

Germ. sp.

106

402

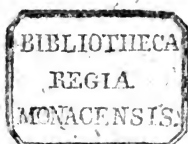
Germ Sp.

106 ~~no~~ Delius

(2 1/88)

M. H. April 1820

Delius



**N a c h r i c h t e n**  
zur  
**Geschichte der Landstände**  
in der  
**Grasschaft Wernigerode,**  
gesammelt

vom  
Regierungsrath Delius zu Wernigerode,  
Korrespondenten der Königl. Gesellschaft der Wissenschaften  
zu Göttingen.

---

---

Quedlinburg,  
in Kommission bei Friedrich Joseph Ernst.  
1 8 1 7.



**B e i t r ä g e**  
zur  
**Geschichte deutscher Gebiete**  
und  
ihrer Beherrscher,  
herausgegeben

vom  
Regierungsrath Delius zu Wernigerode,  
Korrespondenten der Königl. Gesellschaft der Wissenschaften  
zu Göttingen.

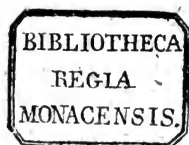
---

Zweiter Band erstes Heft.

Nachrichten zur Geschichte der Landstände in der  
Grafschaft Wernigerode.

---

Quedlinburg,  
in Kommission bei Friedrich Joseph Ernst.  
1 8 1 7.



BIBLIOTHECA

REGLA

MONACENSIS.

Eine gesetzlich und urkundlich ausgesprochene Verfassung, gesichert durch Volksvertreter, steht unter den Forderungen voran, welche laut, oder mit stiller Sehnsucht, aber gleich unabwendbar, unser Zeitalter für die Völker verlangt.

Wie eine freie Verfassung stets nur wohlthätig wirkt, das festeste Band zwischen Unterthanen und Fürsten knüpft; so betrachtet unser Zeitalter dieses Ergebniß als nothwendige Wirkung seines jetzigen Kulturzustandes und als dessen Bedingung. Die Deutschen besonders sehen darin, in ihrer eigenthümlichen Schöpfung — nur die germanischen Staaten kennen die Anstalt, und durch die Söhne der germanischen Wälder ist sie zu den Völkern gebracht — auch noch den Preis der Vertreibung der fremden Zwingherren, und zugleich die dauerhafte Bürgschaft der theuer erkaufenen Unabhängigkeit, des neuen deutschen Lebens, und der deutschen Güter. Die zu Wien von Europa's Mächten entworfenene Grundlage der neuen Verfassung des Vaterlandes verheißt diese Vertreter, Landstände, allen Stämmen und Gebieten desselben.

Der König hat seinen Preußen Volksvertreter, das Ziel und die Gewähr ihrer Wünsche, versprochen, (Verordnung 22. Mai 1815) in weiser Trennung und im Nebeneinanderbestehen sowohl einer allgemeinen Versammlung der Boten des ganzen Reichs, als der besondern Abgeordneter in den einzelnen Landschaften. In diesem Augenblick verhandelt der Staatsrath über die Ausführung. Gottes Segen diesen Berathungen, siehet das Volk! Heget es nur keine ausschweifenden, dem Wesen und den Verhältnissen dieser Dinge unangemessenen Wünsche; so darf es hoffen, solche bald befriedigt zu sehen!

Darüber vereinigen sich nun allgemach die Stimmen — und diese Ausbeute trauriger Versuche beinahe schon eines Menschenalters haben endlich selbst unsere rein theoretischen Staatskünstler nicht mehr ableugnen noch ferner unbeachtet lassen können — daß die Verfassungen nicht das unsichere Erzeugniß einer in Abgezogenheit oder Abwendung von dem Leben, mit Nichtachtung aller bestehenden Verhältnisse, hervorgegangenen Untersuchung und Feststellung, nicht ein Ergebniß dessen sein dürfen, was man zu dieser oder jener Zeit als nothwendige Forderung der Vernunft aus selbst gebildeten Vordersätzen hinstellt; (ein ewiges Recht ist und lebet fort, aber nicht alles was dafür ausgegeben wird, hat die Weihe!) sondern daß die Verfassung sich an die schon im öffentlichen Leben vorhandenen Verhältnisse anschließen, aus ihnen gleichsam hervorgehen scheinen muß, wenn sie Festigkeit und Dauer erhalten soll, indem man nicht ungestraft den bestehenden Zustand ganz zerstören, vielmehr stets nur den weitem Bedürfnissen der vorgerückten Zeit gemäß

gemäß verbessern und den Gewinn der größern Erfahrung und der tiefern praktischen Untersuchung hier anknüpfen darf. Der historische Boden ist es, auf dem Einrichtungen im Staat freudig und kraftgewinnend aufsprießen, in den sie tief ihre Wurzeln, wie feste Anker hinabsenken, und nun Ungewittern trohen. Nur was mit dem schon Vorhandenen in Berührung gebracht, damit verbunden wird, kann Leben erhalten und bewahren. Darum gedeihen keine Anstalten, die aus der Ferne zu uns gebracht und unsern Verhältnissen aufgesproßt werden sollen, aber in diesen, in der bisherigen Verfassung, oder, was dasselbe ist, in unserer Geschichte, keine Verwandtschaft, keinen Halt finden. Nur jemehr die neue Verfassung mit Rücksicht darauf begründet ist, um so schöner, um so daurender wird sie blühen. Der Grund liegt tief in der menschlichen Brust und nur menschenfeindliche, oder ihren Grubeleien ganz hingeebene und von ihnen ergriffene Theoretiker konnten dieß übersehen und dann ableugnen, oder solche den Irrthum willkommen erfassen, welche eine traurige Einerleiheit aller Verhältnisse, als Forderung des Staats vorschoben, um ihrem despotischen Sinne zu fröhnen. Wie mögte auch alle Weisheit der Väter vor unsern Entdeckungen verschwinden, nicht mehr brauchbar sein, was sie auf uns vererbten, allen Gehalt verloren haben, was als das Beste und Passendste zu seiner Zeit, und für unsere Vortlichkeit galt — der ganze politische Wohlstand, auf dem der Segen vieler frommen Geschlechter ruht! Die Väter bekerten weise, rissen ohne Noth nicht ein, nahmen nicht das Alte weg, ehe sie zu dem neuen Gebäude die Baustücke vorrätzig hatten, — und die deutsche Verfassung hat in all-

mählig

mähliger Veränderung ein tausendjähriges Alter erlebt! Auch dieß Alte war das Werk der Jahrhunderte und ruhigen Fortgehens, theilweiser Verbesserung, nicht der Idee, nicht eines deutschen Solons oder Lykurgs Schöpfung, und hätte, was man auch sagen mag, noch Jahrtausende dauern können, wenn nicht — doch infandum jubes renovare dolorem.

Auch ein anderer Mißgriff wird nun eingesehen, und anerkannt, daß, wo ein Reich landschaftliche Verhältnisse und Verwaltungsverschiedenheiten kennt, die in der Geschichte begründet sind, und wo wäre dieß mehr der Fall, als in den deutschen Gebieten, solche nicht verwischt, nicht getödtet werden sollen. Was bei sorgfamer Pflege dieser geheimen, aber reizbaren und oft mächtig wirkenden Kräfte dem Ganzen für Gewinn entstehen kann, hat die Erfahrung der neuesten Zeit wieder gelehrt. Die Streiter für die möglichst unbeschränkte Monarchie, wenn sie nur Verfassung wollen, kommen endlich mit denen, welche die Befugnisse und Rechte der Regierten, so viel als menschliche Einrichtungen es vermögen, gegen Willkür und Despotie sichern wollen, dahin überein, daß die einzelnen Provinzen politische Rechte haben müssen, wie die Gemeinden und die Innungen. Jene hat man angefangen aus einer zu drückenden und zu unwürdigen Vormundschaft zu entlassen und sich selbst zurückzugeben; auch dieser Vortheile wird man endlich gezwungen werden, wieder einzugestehen, und auch hier Verbesserungen des Instituts an die Stelle der Vernichtung setzen.

Alle

Alle diese Grundstoffe des Staatslebens schlagen aber ihre Wurzeln tief in den nahrungsreichen Boden der Geschichte!

Darum wird jetzt eifriger nach der bisherigen Verfassung geforscht, nach ihrer Ausbildung, ihrem Ursprung; darum wollen gerade jetzt öfter als vorher die Bürger wissen, was die Vertreter ihres Landes, oder ihrer Landschaft, diesen gewesen sind, welchen Stand, welche Rechte sie erworben haben, oder weshalb sie zurückgeblieben? Darum so manche Darstellung der Geschichte der einzelnen landständischen Versammlungen im deutschen Vaterland, als nothwendige Einleitung, als Probiertstein der Grundsätze über den Neubau, als Muster, daran (wenn auch als Gegensatz) das Neue zu bilden. Die urkundlichen Rechte werden wieder aus den Archiven hervorgezogen, und lange ruhende Zeugen erweckt aus dem schädlichen Schlafe, und nothwendige Glieder wieder herbeigeht, die Verbindung des Ganzen zu schließen.

Auch an den Vf. ist diese Frage, über die Verhältnisse der Landstände in seinem besondern Vaterlande, vielfach gerichtet worden. Daß er sie öffentlich beantwortet, wird man den Geschichtsforscher deshalb tadeln, der außer dem (vielleicht vorübergehenden) Werth, oder dem Einfluß, dieser Erörterung in dem gegenwärtigen Augenblick (wichtig genug!) und dem darin liegenden oder dadurch geweckten Interesse, außer der Rücksicht, welche für die vollständige Beurtheilung der Anstalt im ganzen Preussischen Reich die Darstellung dessen, was dafür in der (bis 1806 auf eine nach) kleinsten

Provinz geschah (an sich schon dazu unerläßlich nothwendig!) gewähren muß, noch einen höhern Werth und eine höhere Rücksicht für die Geschichte der Länder kennt, in deren wichtigste und anziehendste Abtheilung, die innern Verhältnisse, durch diese Darstellung des Einwirkens der Landstände oder ihrer Entbehrung, und beider Folgen und Verknüpfungen, so vielseitig eingreifend und mächtigen Einfluß erstreitend, ein gleich lehrreiches als anziehendes Gemälde eingefügt wird? Gerade diesen Theil unserer Geschichte drückt noch sehr fühlbare Armuth. Darf überhaupt der Geschichte Deutschlands das Schicksal dieser wichtigen Anstalt in irgend einem Theil des Reichs, Gebietes fremd bleiben? Giebt nicht gerade die Entwicklung des Entstehens, der Fortbildung, und des Wirkens, wie des Endes derselben, in einer kleinen Grafschaft einen nicht unwichtigen, ja gewünschten Beitrag zur allgemeinen Geschichte der ständischen Verfassung überhaupt? Durfte der Vf. daher die Mittheilung nicht als eine Art Verdienst ansehen, das er sich erwürbe?

Einen andern Zweck kann der Verfasser nicht gehabt haben. Wenn aber (wie jene Verordnung zusichert) landschaftliche Vertreter gebildet werden, und dann (woraan bei der Höchsten Gerechtigkeit wieder kein Zweifel sein darf) Wernigerode sein Recht geschieht, so können diese Blätter nützlich werden, um das Alte und Neue in das geeignete Verhältniß zu setzen. Nicht Größe oder Kleinheit der Landschaft kann dabei entscheiden, sondern eben die Forderungen ihrer besondern provinziellen Verhältnisse, oft eben so dringend und  
in



in sich begründet, als die eines Königreichs. Das bestehende Alte soll bleiben, aber, wie jenes Gesetz ausdrücklich sagt, dem Bedürfniß der Zeit gemäß eingerichtet werden. Nicht die unbedingte Beibehaltung oder Rückkehr des Bisherigen, des Alten, darf Statt finden — eine andere Gestaltung, andere Formen und Gesetze der Bewegung sind nothwendig, wenn dem Zweck entsprochen werden soll; aber das Alte darf auch nicht unbedingt weggeworfen werden. Wir stehen jetzt im Anfang eines neuen Abschnittes der Landesvertretung. \*) Drei Perioden hat diese durchlaufen.

**Erstens.** Vertretung durch sich selbst, mittheilst zufälliger und willkürlicher Theilnahme, bei allgemeiner Freiheit in den Versammlungen der Gaue, der Stämme, wo jeder freie und wehrhafte Mann erscheinen, über die Angelegenheiten des Gau's, des Stammes mitstimmen konnte. Eine allgemeine Volksversammlung war dieß nicht, denn die unfreien Anbauer waren nicht vertreten; aber solche gehörten auch nicht zum Volk nach den Begriffen jener Zeit.

**Zweitens.** Vertretung durch die Grundherrschaft und Grundeigenthümer, nachdem auch der übrige größte Theil des Volks das freie Eigenthum seiner Gründe, seiner Wohnungen, seiner Person selbst, verloren hatte; die Vasallentage, die Tage

\* 5

Der

---

\*) Warum nicht auch hier diese Umbildung für Einwohner desselben brauchen, die so gewöhnlich und verjährten Gebrauchs ist? Bei manchen deutschen Gebieten von Volksvertretung zu sprechen, wie vom Reichstage, erzeugt nur Nebengriffe! Landtage aber können wir behalten.

der Gerichtseingefessenen in den großen Reichsherrzogthümern, und, nach entstandener Landeshoheit, in den einzelnen Gebieten. Diese Vornehmen können ihre Hinterlassen, ihre eigenthümlichen Leute, ihre Zinspflichtigen nicht neben sich stehen haben, die immer noch nicht zur Gesellschaft gehörten;

Drittens. Vertretung durch Stände, einzelne Korporationen, Theile für das Ganze, ehemals, aber nicht jetzt mehr, zeitgemäße Vertreter des Volkes, so weit die Einwohner dazu gehörten. Dieser Zeitraum läuft nun ab, und eine vollkommnere Vertretung erscheint.

Weniger noch, als das Unterlegen eines nicht denkbaren politischen Zwecks, fürchtet der Vf. darüber irgendwoher einen Vorwurf: wenn er bei der Darstellung der Landstände nothwendig die zur Zeit ihres Bestehens ganz andern Verhältnisse in Bernigerode mit entwickeln mußte. Er würde keine Geschichte, oder diese absichtlich unvollständig erzählt haben, wenn er dieß verschwiegen, oder, noch schlechter, verschleiert hätte. Daß aber der Geschichtsforscher lieber nie die Feder ergreifen, als sich so herabwürdigen sollte, braucht er nicht zu bemerken! Wie möchte auch die geschichtliche Darstellung des alten Zustandes irgendwo Nachtheile herbeiführen können, nachdem ein neuer, durch einen feierlichen Vertrag entstanden ist, die ganze Vorzeit nur der Geschichte noch angehört!

Der Vf. fühlt sehr wohl, daß er keine Geschichte der Landstände seines Vaterlandes giebt, sondern theils nur Nachrichten zu einer solchen — anders

anders. Konnte er sie daher nicht nennen — theils diese unvollständig, weil nicht alle Papiere erhalten sind. Darum hat er gewöhnlich seine Urkunden allein sprechen lassen, Worte und Ton ganz beibehalten, auch da, wo beides unserm Gebrauch nicht mehr gemäß ist. Dadurch allein werden in ein Werk dieser Art die wahren Farben der Zeit, welche es darstellen soll, gebracht, und darin liegt wieder für die Kenner die Bürgschaft der Treue und Wahrheit, wenn die Urkunden, aus denen geschöpft ist, nicht überall zugänglich sind, und ihre Vorlegung, wie hier, gegen den Zweck des Werks gewesen sein würde.

Wem die genauern Nachrichten von den Verhandlungen der Landstände und deren Hergange zu sehr ins Einzelne fallen, wer sie kleinlich findet, legt allerdings einen Maassstab an die Arbeit, den der Vf. nicht anwandre, der vielmehr überzeugt ist, daß gerade dieß nothwendig sei, um in den Geist der vorigen Verfassung einzuführen. Geschichtschreiber aber wollte er nicht sein, ehe er nicht Geschichtsforscher gewesen, wenn auch bei dem Mangel von Baustücken an das Geschichtschreiben schon gedacht werden könnte. Das reine Ergebnisß dieser Bogen hätte er freilich auf wenige Blätter zusammendrängen können; aber was wäre dem künftigen Geschichtschreiber der Länder vom Harz zur Elbe damit genützt worden? Am belohnendsten würde es freilich für den Vf. sein, wenn einem solchen diese Arbeit einst, wenn auch nur einige Farbenstriche liehe. Klein ist auch der Gegenstand, er bietet nicht die weiten, bunten oder furchtbaren Ansichten, die Beweglichkeit, den  
Streit

Streit, das Treiben und die mancherlei Künste der Versammlungen der Landstände größerer Gebiete, nicht das schöne Gefühl erweckt er, der weitem Ausbildung dieser germanischen, hochwichtigen Anstalt; nur eins kommt freundlich entgegen; das frühe Zuziehen des Bauernstandes! Nicht Millionen fürstlicher Verschwendung sind es, die mit freigebiger Hand für lange Menschengeschlechter auf das Land übernommen werden, nicht Steuern, die nach ihrem Wesen, oder dem Mißbrauch ihrer Verwaltung, die Einwohner eines Landes für große Zeiträume niederdrücken! Nicht das Ringen um Vorrechte und Vortheile erscheint, welche für das Land, oft mehr für die Stände, oder ihre gewaltigen Ausschüße — einzelne Theilnehmer — dagegen erkauft werden sollen. Hier geschah vielmehr zu wenig. Das unterlassene Eingehen in die Vorschläge der Grafen, daß für diese nicht geschah, was die Umstände förderten, verdient Tadel. Es mangelte ganz der Sinn für die Ausbildung solcher Anstalt. Aber dem kleinen, von der Natur nicht begünstigten, armen Ländchen ist auch das Kleine, so ihm auferlegt wird, viel, und seinen rauhen Bergen, die wenig oder keine Silbergaben spenden, konnte der Stolberger nicht Steuern abzwängen, in Zeiten, wo der Bergbau die Herren und das Land eher arm machte, als die Bedürfnisse ausglich, wo man nicht einmal dem Ueberfluß des Holzes eine wohlthätige Richtung geben konnte, das einzige ererbte Gewerke, das Bierbrauen, überall Hemmungen und Störungen erlitt, und selbst durch die neuen Steuern halb zum Versiegen abgegraben wurde.

Wie

Wie man aber auch über die Arbeit, ihren Werth, oder ihren Gegenstand denken mag, den Nutzen wird man dem Vf. nicht bestreiten, daß wieder etwas Unbekanntes, aus einer Gegend, die so wenig Denkmale ihrer Geschichte aufzuweisen hat, aus den dunkeln Archiven an den Tag gefördert ist. Bei allem ungeheuren Vorrath für unsere Geschichte besitzen wir doch noch lange nicht genug, und Beiträge thun immerfort Noth. Auch die Freude gönnt man dem Vf. wohl, damit zur künftigen Geschichte seines ganz besondern Vaterlandes eine Vorarbeit mehr geliefert zu haben.

Vern wäre er dafür schon thätiger gewesen, aber — noch ein Zweck der Herausgabe dieser Arbeit — das erste Heft des ersten Bandes dieser Sammlung, welches die Geschichte des Amtes Elbingerode auf dem Harz während der Herrschaft des Hauses Stolberg vom 15. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts (so muß der offenkundige Druckfehler verbessert werden) enthält, hat so wenige Unterstützung gefunden, daß nur ein kleiner Theil der Druckkosten ersetzt ist und der größte Theil der schwachen Auflage noch unabgesetzt da liegt. Zwar fiel die Herausgabe in die letzten Zeiten des französischen Drucks, der fremden, elenden westphälischen Herrschaft, kurz vor den großen Tagen von Leipzig, und erst mußte das Vaterland gerettet, der weltchädliche Tyrann vertrieben, erst mußten Europa's Interessen auszugleichen versucht sein, ehe die litterarische Aufmerksamkeit auf solche Werke wieder eintreten konnte; indeß durfte der Vf. doch, nach den im Ganzen günstigen Anzeigen, (Gött. Anz. 1814. St.

43.; Gen. Lit. Zeit. 1814. St. 208; Hall. 1814. St. 31.) auf größere Theilnahme wohl rechnen. Unter diesen Umständen konnte aber das zweite Heft des ersten Bandes, welches das innere Leben, die Verwaltung des Amtes Elbingerode, zeigen sollte, nicht erscheinen.

Ob, außer den öffentlichen Verhältnissen, die Schuld an dem Gegenstande von zu großer Vertikalität lag, oder an dem Vf. und seiner Behandlung des Stoffs, kann vielleicht das gegenwärtige Heft ausmitteln. Denn, wenn gleich auch darin wieder nur von einem kleinen Landstrich und einem einzelnen Gegenstand seiner Geschichte erzählt wird, so ist dieser Gegenstand doch zeitgemäß, und überall besprochen, somit dieser Beitrag eine allgemeinere Aufmerksamkeit zu erregen wohl geeignet.

Die mitgetheilten Urkunden sind aus dem, dem Vf. anvertrauten Archiv genommen.

Wernigerode im Julius 1817.

Nach

---

# Nachrichten

zur

## Geschichte der Landstände in der Grafschaft Wernigerode.

---

§. I.

Vorerinnerung aus der allgemeinen Geschichte der  
Landstände in Deutschland.

I. Ueber den Ursprung der Landstände, wie solche in den einzelnen deutschen Landschaften in dem Augenblick bestanden, als, vor unsern Augen, das Reich frech zertrümmert wurde, und über den eigentlichen Zeitpunkt, von wo man ihr geschichtliches oder rechtliches Dasein, und ihr verfassungsmäßiges Eingreifen annehmen kann, ist vielfach, besonders kurz vor der letztern Zeit mit neuem Eifer, gestritten worden, indem die Frage auf die rechtlichen oder politischen Verhältnisse Einfluß zu erlangen schien. Einige, besonders ältere Forscher schoben diesen Zeitpunkt gar zu hoch hinauf, verführt durch die allgemeine Abneigung der freien deutschen Männer gegen Willkür, und die Gewohnheit und Nothwendigkeit, ihre Meinung in den wichtigern Angelegenheiten des Gau's und Stamms mitstimmend abzugeben — Eigenschaften, die schon Tacitus auf  
Deliu's Beitr. 2. B.      2      gezeig

gezeichnet — und durch die spätern, ähnlich gestalteten Erscheinungen, als die Senden, die Herzogs: Grafen: Gerichts: (später die) Lehn: und Hof: Tage, auch Bundestage einzelner Verbindungen. Sie verwechselten die ersten, nothwendig kleinen, oder unentwickelten, von der nachherigen Gestalt oft ganz abweichenden Anfänge mit der ausgebildeten, herrlich blühenden Anstalt; den Keim mit dem schattenden Baum. Andere dagegen wollten nur in ihrer Vollendung die Anstalt anerkennen und die Ausbildung von den frühern Zuständen trennen. Nur den hochragenden Mast, der die bangen Heerden im Ungewitter unter sich schüßt, achteten sie. Daß er vorher, auch niedriger, ein recht schöner Baum, daß selbst das Reis, aus dem er aufgewachsen, seiner Art gewesen, verkannte man; unnatürlich stets denselben Zustand, die letzte Stufe der Ausbildung immer fordernd. Dieß trifft besonders die Untersuchungen, durch welche von Lang die Forschungen wieder auf diesen Gegenstand leitete<sup>1)</sup>, indem er den Ursprung der deutschen Landstände erst und allein in dem Schuldenwesen der Fürsten am Ende des 15. und im 16. Jahrhundert findet, und die Gerechtsame, welche den Landständen zuletzt in den meisten Reichsgebieten zustanden, die Merkmale, woran man sie zuletzt erkannte: das Recht der Versammlung; die Nothwendigkeit der Fürsten ihren Rath zu vernehmen und diesen zu befolgen; die Ausübung dieser Rechte wegen

---

1) Karl Heint. (nun Ritter von) Lang historische Prüfung des vermeintlichen Alters der teutschen Landstände. Göttingen 1796. 52. S. in octavo.



wegen Grundeigenthums; die Mituziehung der vornehmsten (städtischen) Gemeinheiten; die allgemeine Versammlung und collegialische Verbindung in ihrer Gesamtheit; die ganze Masse der jetzt entwickelten Rechte und Pflichten, als Maassstab auch für die frühern Zeiten anlegt, und wo dieser nicht auslangt, das Dasein von Landständen leugnet.

Es können hier die Gründe für und wider <sup>2)</sup> nicht erörtert werden, die Wahrheit liegt, wie gewöhnlich, in der Mitte. Wir dürfen allerdings nicht in jeder Versammlung von Vasallen und Dienern oder Beamten Landstände erblicken; <sup>3)</sup> aber wir dürfen auch eben so wenig die Gestaltung der letzten Zeit, die lange Berathung in verschlossener Versammlung, die Beamten — den Landschaftssyndikus an der Spitze — die, oft die Gesamtheit ersetzenden Ausschüsse hinübertragen und fordern wollen, von den kurzen Beredungen der Ritter auf freiem Felde; eine Ausbildung ohne vorhergegangene Entwicklungsstufen! Der Mißgriff ist

A 2

nicht

2) Sie liegen zum Theil in den gegen das vorhergenannte Werk gerichteten: Carl Glib. Weber spec. historiae et juris publici de vera ordinum provincialium tum in Germania generatim, tum speciatim in Bavariae ducatu epocha recte constituenda. p. 1. generalis 38. S. p. 2 spec. 43 S. in quarto Lipsiae 1797; und Andr. Rudolph Jacobi versuchte Auflösung einiger Zweifel über das Alter und die Repräsentationsrechte Deutscher Landstände. Hannover 1798. 108. S. in octavo zum Theil mancher Zirkelschluß, zum Theil petitio principii.

3) Das consilium fidelium ist oft auch eine Form gewesen, und man kann nicht, wie Jacobi noch thut, darauf Schlüsse bauen.

nicht weniger ungeschichtlich und schädlich, als der entgegengesetzte. Nicht bloß auf die äußere Gestalt, auf das Wesen einer Einrichtung müssen wir sehen, wenn wir über ihr Vorkommen urtheilen wollen.

2. Der Ursprung unserer Landstände kann nicht vor der Landeshoheit der Reichsstände und der Bildung der Reichsgebiete selbst fallen, <sup>4)</sup> d. h. also nicht vor der Mitte und dem Ende des 13. Jahrhunderts. Ob er mit ihr gleichzeitig ist? bleibt eine Frage die sich nicht allgemein beantworten läßt, weil beide Verhältnisse unbeachtet und allmählig entstanden. Daß der Ursprung nicht höher hinaufzusehen, fordert die Geschichte der Bildung deutscher Gebiete, die staatsrechtliche Form und der Zweck der Landstände, die Stellvertretung der einzelnen Gebiete gegen deren Herren, erfordert die Natur ihrer Ausbildung, hervorgegangen aus der Verticlichkeit und den besondern Verhältnissen jedes einzelnen Landes, nach diesen gemodelt, und durch dies alles bedingt. Was früher an ähnlichen Ständen in den großen Reichstheilen aufgefunden werden mögte, hatte andere Zwecke, anderes Leben, andere Formen, war kurz eine ganz andere Anstalt, die wie sie war, nicht einmal in die neuen Verhältnisse

---

4) In der Zwischenzeit finden sich daher auch gar nicht einmal Landtage erwähnt, wie in Baiern von 1244 — 1302. Rudhard Gesch. der Landstände in Baiern I. 23. worin übrigens die Vereine, Einigungen einzelner Klassen nicht genug geschieden, sondern mit den Landständen zu sehr vermischt, auch über die Vertretung der Hinterfassen (Grundholden) Behauptungen aufgestellt sind, welche nicht anerkannt werden können.

nisse aufgenommen werden konnte. Die neuen Landesherren waren vorher zum Theil selbst als Stände auf den Herzogstagen erschienen. Vorbild mag das immer geworden, und in den großen Reichsgebieten, den Herzogthümern, mag Anknüpfung an bisherige Gewohnheiten natürlich gewesen sein, aber es war kein Uebersetzen, und die Geschichte muß überdies dazu erst in jedem Landstrich uns noch zu solcher Annahme Veranlassung geben.

Im Allgemeinen können wir indeß sagen, daß sobald die deutschen Fürsten, Grafen und Herren sich in den Besitz der Landeshoheit über ihre Gebiete gesetzt hatten, als diese abgeschlossen, von fremden Bestandtheilen gereinigt, und ihre Verhältnisse gegen einander bestimmt wurden, wir auch bald gleichmäßig in Deutschland die Gewohnheit finden,

daß (Statt des ursprünglichen Stimmrechts jedes freien, wehrhaften Mannes) bestimmte Personen oder Gemeintheiten eines Gebietes bei mehr oder minder wichtigen ~~des~~ Angelegenheiten und Landesverwaltungsgeschäften ihren Rath und ihre Einwilligung erteilten, erteilen mußten, <sup>5)</sup>)

U 3

wenn

- 5) Und ist aber, daß dieselben Dienstherren von Steyr uns bitten, das wir dasselbe Herzogthum leihen einem Fürsten — — — dem wollen wir zu den Ehren desselben Fürstenthums erheben und darnach als der mehrer und der wegerer theil des Landts zu Steyr uns gerathet, wan wir nicht wollen, das man ihnen eine newe Herrschaft gebe, die sie mit beschaidenheit verworffen mügen und die inen nicht recht kumbt. Urk. König Rudolf I. von 1277 (nach der Erneuerung und Uebersetzung Herz. Albrechts 1339) Steyerer hist Alberti II. p. 125.

Rach

wenn diese Handlung, der deshalb genommene Entschluß des Landesherrn, gültig sein sollte, und daß sie darin nöthigenfalls auch gegen diesen das Land vertraten, so weit es damals in Hinsicht seiner Einwohner staatsrechtlich vorhanden war<sup>6)</sup>, daß die alte Gemeinde- und Gauversammlung übergegangen war in eine Rathsversammlung der Grund- Herren, deren einzels-

---

Nach Räte, Willen, und Gunt aller unser Fürsten Pant-  
herren, Rittersn und Knechten, Burgern und Landsejzen in  
allen unsern Landen und Steten, die nothdürftig dartzu  
war n. Erbvertrag zwischen K. Karl 4., dem Hause De-  
sterreich und Margarete Maultasche 1364. eben daf. S. 384.

Nach zeitigen und fürsichtigen Rath aller unser Lanther-  
ren und Rathgeben gemäinlich — — — Nach Rath, Wil-  
len und Guntke aller unser Lantherren und Rathgeben —  
wann wir sy (alle entgegenlaufende Urkunden) nach Rath  
aller unser Landherren und Rathgeben, burger und Lands-  
fessen, die von Kechen gewonheit dazugehorn,  
vernichten. Margarete Maultasche Uebergebung Tyrols an  
die Herzoge von Oesterreich 1364 eben d. S. 359 — 362.

Als Bischof Albert zu Halberstadt die Schldfer Grdnungen  
und Oscherleben eingelsset hatte, versprach er solche ohne  
des Kapitels Willen nicht wieder zu versetzen, die Noth  
wäre denn so groß: dat unsern Mannen und den  
Steden duchte dat mo neue beter weghe finden konde.  
ungedr. Urk. von 1371.

- 6) Da nun die unfreien Städte, die meist Leih- und Zins-  
eigenen Bauern, keine Stelle im Staatsrecht hatten, so  
konnten sie auch nicht erwähnt oder als Stand vertreten  
werden, und wo es geschah, sollten nur die Rechte der  
Leihherren mehr gesichert werden, wie in den Baierschen  
Verhandl. 1311; Bünzburg 1392.

einzelne Theile darin vertreten wurden, nicht das Volk eines Reichslandes.

War das zufällig? War es wesentlich? Ein Rechtszustand? Ein Herkommen, dem geschriebenen Recht an Kraft gleich?

3. Schon um die frühesten Zeiten der werdenden Landeshoheit sehen wir über eine solche Mitwirkung und Stellvertretung zwischen den großen und kleinen <sup>7)</sup> Reichswürden, und den großen Land- und Grundherren, den Gutsbesitzern, Reibungen entstehen, und durch die Reichsgewalt die Befugnisse der letztern anerkannt. <sup>8)</sup> Denn wie wollte man auch den Hauptzug im öffentlichen Leben der Deutschen, Haß gegen willkürliche Herrschaft, in der Fürstenversammlung, welche die Schutzwehr der Freiheit gegen den

U 4

Kaiser

7) neque Principes, neque alii quilibet. s. die folgend erwähnte Urkunde.

8) Siehe die durch Schultes (Kob. Gesch. 135 p.) kürzlich bekannt gemachte Urkunde König Heinrich 7. über die Entscheidung des Wormser Hoftags vom 1 Mai 1231: ut neque principes, neque alii quilibet, constitutiones vel noua jura (auch die Abgaben hießen so) facere possint, nisi meliorum et majorum terre consensus primitus habeatur. Aber die großen Landherren und Vasallen, welche nach alter Kanzleiform unter jener Bestimmung begriffen wurden, sind keine Landstände: ein solcher melior und major terrae war der Graf im Herzogthum; die Zeiten sind aber wohl vorbei, wo man aus Herzogsgewalt auf landeshoheitliche Rechte über die im Umfange desselben begüterten und beamteten Reichsgenossen zu schließen wagen durfte. Die Fürsten dieser Urkunde sind unsere Landesherren noch nicht. Es ist mehr auf die vorübergehende Ver-

Kaiser war, haben unterdrücken können; eine Freiheit, deren glänzendste Frucht ihnen eben zu reifen begann, deren Genuß ihnen aber noch lange nicht sicher war? Wie konnten hier den großen Landherren und Gutsbesitzern diese Rechte abgesprochen werden, da diese nicht noch eine in der Versammlung unbedeutende Stimme hatten? Diese Reibungen mußten ihre Wirkung in die neue Verfassung der Landeshoheit herübertragen. Doch nicht durch jenen Zauberschlag, der jetzt Stellvertretungen hervorruft, oder mit neuem Glanz aus langem Schläfe weckt, sondern allmählig bildete sich die wohlthätige Anstalt aus. Viele Verhältnisse, in welchen die Landstände mitwirkend eingetreten sind, waren seit dem Entstehen der Landeshoheit noch lange gar nicht vorhanden, selten war die Veranlassung zu solchen Geschäften; sollen wir darum auch keine Landstände im obigen Sinne annehmen dürfen? Aber selbst der Fürst wirkte bei solchen Gegenständen noch nicht ein, gab es darum auch keinen Herrscher? Wenn die Verfassung

---

Verfassung als die beginnende zu sehen, es ist eher ein Sieg der Landeshoheit gegen die alten Provinzialbehörden, als der Landstände gegen die Besitzer der Territorien. Wie ernst auch das Bestreben König Heinrichs war, recht viele Fragen aus dem deutschen Staatsrecht festsetzen zu lassen, wie die bekannten Begünstigungen der Fürsten auf dem nämlichen Wormser Reichstage, die Urkunden haben als Reichsverfassungsquellen wenig Nutzen und Einfluß gehabt, und sind, wie gerade diese, erst nach sechs Jahrhunderten aus den stummen Archiven zur Sprache gebracht. Noch kannte das Reich die Landeshoheit und landeshoheitliche Gebiete nicht, wie hätte dasselbe in Hinsicht ihrer etwas festsetzen können!

Zunächst sehen wir freilich nur eine Klasse von Einwohnern der Lande jene Befugnisse ausüben, wenigstens dabei vorzüglich genannt werden, die freien Lehensleute, (Vasallen) die Dienstmannen, beide auch zusammengefaßt als die Ritter, (weil diese damals noch nicht erbliche Würde beiden Klassen mitgetheilt wurde, als Ehrenstand aber hauptsächlich erwähnt werden mußte.) Diese Klasse war die zahlreichste in den Umgebungen der Fürsten, im Besiz der Gunst, des Ansehns und der Macht, also von selbst schon des Herrn natürlichste Berather. Durch die reichen Güter <sup>9)</sup> der Ritterorden an die Geistlichkeit gereicht, gab sie auch den Städten noch die angesehensten und vornehmsten Einwohner, ja die ersten Vorsteher lange Zeit hindurch, <sup>10)</sup> bis die

A 5

Städte

9) Jacobi S. 18 behauptet: sie hätte öfter die Geißlichkeit vertreten, aber ohne Beweis!

10) Theloneum in antiqua et nova civitate nostra werningerode, universitati, hoc est milicibus, consulis et burgensibus ibidem, pro septuaginta marcis vendidimus. Urkunde des Grafen Konrad von 1279. Bis gegen das Ende des 14. Jahrhunderts finden sich an der Spitze der Wernigeröder Rathsversammlung Ritter und Personen vom niedern Adel, später noch als deren Mitglieder. Ein Umstand, auf welchen bei der Frage über die Theilnahme der Städte an den Landtagen noch nicht hinlängliche Rücksicht genommen ist.

Städte ausschließlich bürgerlich, und der indess entstandene niedere Adel nur darin geduldet wurde. Leichter war unter ihr gemeinsames Zusammenstehen, Bündniß. So sehen wir in vielen Ländern die Geistlichkeit erst spät,<sup>11)</sup> nach der Natur der Sache, als nothwendigen Theil der Landesvertretung, und spät erst die Städte ausdrücklich genannt werden. Aber eben deshalb ist die Befugniß zur Theilnahme an den Landesversammlungen zwar meist an Grundeigenthum, aber durchaus nicht ausschließlich geknüpft (auch durch Geldlehn sammelte der Herr Vasallen um sich, Burgmänner erkaufte er sich) noch weniger an Eigenthum im Gebiete, auch Lehnsleute und Klöster in der benachbarten Mark anwesend erschienen dabei und noch in der spätesten Zeit.

4. Nicht immer können wir nachweisen, daß der Rath solcher Personen und Gemeinheiten nothwendig erforderlich war; daß sie ihn als Stände, Stellvertreter des Landes gaben;<sup>12)</sup> daß der Landesherr ihn nothwendig auch befolgen mußte! Allein einmal sind wenige, oder gar keine Verhandlungen der Art aus frühern Zeiten schriftlich niedergelegt, und

11) In Baiern 1394 und 1396.

12) cum consilio fidelium. (auch mit dem Zusatz:) terrae nostrae; na Rade unser truwen Mann; na Rade Prälaten Mannschop und Städte; dat wie mit unsen erbaren Raden, Mannschop und Städten verdragen worden sin, lauten gewöhnlich die Ausdrücke (vergl. Anm. 5) die man wohl schon an sich nicht überall (Anm. 3.) als müßig annehmen kann, und vielfältig ist Rath gleich der Zustimmung, consilium dem consensus; ein Deutscher Du Fresnois fehlt noch.



und der Urkunden, worin etwas darüber erwähnt wird, überdies auch zu wenige auf uns gekommen. Aber alle Verhältnisse der damaligen Zeit brachten es allerdings wohl mit sich, daß der Fürst den Rath derer, ohne welche er keine Macht hatte, befolgte, wenn er ihn erfordert hatte, weil sonst Versagung des Gehorsams und Fehden ihn wohl zwingen konnten; und ihre Einwilligung mußte er erfordern, wenn er Beihülfe und Unterstützung erlangen wollte. Denn noch gab es bloße Lehn: oder später einige geworbene Miliz, noch kein stehendes Heer, das den bösen Fürsten die Uebung von Willkür und Bedrückung mit Ausdauer erlaubte; es gab noch rechtsbegünstigte, auch vertragsmäßige Selbsthülfe, Beispiele glücklicher Fehden der Ritterschaft und Städte gegen die neue Fürstengewalt. Und gerade hier tritt die Wirksamkeit des zum Eigenthum des Volkes gewordenen Rechtspruches kräftig ein: wo wir nicht mit rathen, haben wir auch nicht mit zu thaten. Auch ist die Erscheinung zu gleichförmig, zu oft wiederkehrend, als daß die Vermuthung: dieß habe auch so sein müssen, so leicht abgewiesen werden könnte.

5. Liegt aber auch der Grund der landständischen Verfassung tief im deutschen Sinne, und dem alten öffentlichen Leben des Volkes, reicht ihr Ursprung in die entferntern Jahrhunderte des Mittelalters hinauf, ist er nicht erst aus dem Schuldenwesen der Landesherren in dem letzten Theil dieser Zeit abzuleiten; das bleibt darum nicht weniger wahr, daß dieses reichsständische Schuldenwesen, (wie früher hie und da den ersten Anreiz) seit dem 14 und 15. Jahrhundert, der ständischen Verfassung

fung

fung in den meisten (nicht allen) Gebieten, die letzte und völlige Ausbildung gewährt, daß diese Verfassung die weitere Reife, eine unsern Ansichten und Kenntnissen gemäßere Ausdehnung und zusammenhängende Ordnung, erst seit jener Zeit und durch den Einfluß dieses Ereignisses gewonnen hat. Die allgemeine Verschuldung, der alle Landesherren und Gebiete im 15 und 16. Jahrhundert allmählig, oft mehrfach, unterlagen, erzeugte überall die nämliche Maafregel: Geldhülfsen der Unterthanen, und diese konnten ohne Einwilligung derselben, oder ihrer Stellvertreter, weder angelegt, noch ohne ihre Einnischung erhoben und verwandt werden. So war die Gelegenheit vorhanden, der Anstalt größere Wirksamkeit, Dauer, Festigkeit zu geben, den Einfluß und die Macht der nun stets mehr sich ausbildenden landständischen Verfassung immerfort zu vergrößern und auszudehnen — bis endlich die ständische Vereinigung mit ihren großen, für jene Zeit hinreichenden Rechten vollendet hervortrat.

Das Schuldenwesen der Landesherren hat nicht die Stände, aber ihre Verfassung, ihre Stelle im Lande hervorgebracht, ohne dieses wären sie vielleicht in manchen Gebieten nie erschienen, hätten in allen weniger Rechte erhalten, und würden in den meisten schon früher völlig wieder außer Uebung gekommen sein. Denn gleiche Rechte haben die Landstände in den verschiedenen Gebieten des Vaterlandes nicht genossen, jedes hat der seinigen Verhältnisse anders gebildet, wenn gleich die Hauptzüge ihrer staatsrechtlichen Wesenheit gleich sein mußten. Wie sie hier früher, dort später erscheinen, so auch hier einflußreicher, ausgebildeter und festwurzelnder, dort

dort unbestimmt, mit schwankenden Befugnissen, auch wohl ganz gelähmt, in Vergessenheit zurückgetreten, nie hervorgekommen. Während in Württemberg die Landstände sich einer Macht erfreuten, wie wenige sie errungen haben, kannte die benachbarte Rheinpfalz die Anstalt gar nicht.

Dem Schuldenwesen der Landesherren verdanken die Stände ihre Ausbildung; aber nicht bloß die Anstalt, auch die Gestaltung war früher als dies Bedürfniß. Auch selbst diese Ausbildung verdanken sie ihm nicht ausschließlich. Ihr kräftigeres, öfteres Hervortreten, ihre größere Wirksamkeit fällt zusammen mit der großen Veränderung, die mit dem Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts sichtbar in der Geschichte wird, und an die Entdeckung Amerikas, die Fahrt um Afrika's südliche Spitze, den letzten Landfrieden und das Kammergericht, so wie die Reformation sich lehnt, die weniger ihre Ursachen als ihre Erzeugnisse, wenigstens nur gleichzeitige Ereignisse sind.<sup>13)</sup>

## §. 2.

Älteste dunkle Zeit der Landstände in Wernigerode.

Sobald sich eine Grafschaft Wernigerode als ein Ganzes gebildet, die einzelnen Gebiete, Grundherrschaften, Edelvogteien und Gerichtsbarkeiten, welche in dem Umfange derselben vormalis bestanden, allmählig in der Hand der Grafen sich vereinigt hatten,

---

13) B. 1. dieser Beiträge S. 87.

hatten, oder ihrer höhern Gerichtsbarkeit unterworfen, als diese Grafen aus Landherren, Landesherren wurden, finden wir auch sogleich die Versammlung der Lehenleute, der Mannen, der Ritter, (und beiz der Nachfolger, des ritterbürtigen Adels) die Grafen bei allen feierlichen Gelegenheiten umgeben, und in den Urkunden derselben, bekräftigend, als Zeugen auftreten. <sup>14)</sup>

Es

14) Datum in Werningerode. Huius rei testes sunt dominus Hinricus plebanus in werningerode. Milites vero dominus Siffridus de mynsleue dominus Arnoldus de Bersle, dominus Euerhardus de gercksum dominus Hinricus frater suus dominus Heyno de Connenrode dominus Bernhardus de Bukde et ceteri quam plures. Urk. der Grafen Gebhard und Konrad für das Kloster Ilfenburg 13. Mai 1254.

Huius rei testes sunt Geroldus decanus — sancti Silvestri. Milites Siffridus de Mynsleue Johannes de Hartesrod (— refrod, nämlich Hassferode) Tidericus de romesleue Eggelbertus de lochtent. Henricus de marklingerod, quorum arbitrio fuit complanatum, Henricus de scowen, Johannes de mynsleue et alii quam plures. Dieselben. Urk. ohne Zeitbestimmung aber vor 1269.

Als die Grafen von Reinkeln dem Pfarrer Nandwicus zu Rimbecke zu Almbfen in Werningerode einen Mansus in Bili verkauften 1293 heißt es: testes sunt Gheroldus de Meica, Johannes de Eimersleue, Reynerus Scat. milites comitis Heinrichi de Rhogenstene. Basilius de Romesleue Bernardus de Oluenstede. Johannes de Minsleue, Johannes de Hartesrode. Jordanus de Minsleue. Johannes de Romesleue. Heinricus de Jhercsem milites de Werningerode.

Zugen sin gewesen unse lewen getreuen Hans von Oldenrode, Heinrich von der Helle, Frederick Etacius und Hermann Dornewase Mannschop to Werningerode. Schen.

Es ist nach den gleichmäßigen Vorgängen in andern Ländern, nach den hier eben so wal tenden Gründen, eben so vorhandenen Verhältnissen, wohl gewiß, daß auch hier die Landesangelegenheiten von diesen Personen mitrathend und einstimmend besorgt, und daß sie zeitgemäße Stellvertreter des Landes gewesen sind. Der Mangel an hinlänglichen Urkunden, besonders solcher, welche die Landesverfassung betreffen, die mehr hausväterliche Art, wie solche kleine Gebiete verwaltet wurden, der Mangel an wichtigern Angelegenheiten, an Erschütterungen, wie sie die Fürstenthümer und großen Landschaften der Nachbarschaft von Zeit zu Zeit ergriffen, der Mangel an Reibungen, läßt uns dieß indeß nicht sogleich und von der frühern Zeit, wo die Theilnahme, verfassungsmäßig sein mochte, nachweisen, und uns bleibt nur eine der Gewißheit nahe kommende Wahrscheinlichkeit, daß die Wernigeröbischen Ritter und Mannen ihren Standgenossen in den Nachbarländern nicht nachge standen haben werden. Wie überall erlaubte das noch weit mehr hausväterliche Verhältniß zwischen Herren und Vasallen und Unterthanen, die noch nähere, freundschaftliche Verbindung zwischen beiden erstern, noch durch keine so hohe Begriffe von Regentenwürde in weitem Abstand von einander geschieden, kein anderes Verfahren, als sie zu hören, wenn es auch nicht gesetzlich war, und gab zugleich den Zwang zur Befolgung eines solchen Raths. Gewohnheit bildete bald Herkommen, Herkommen giebt Recht.

S. 3.

---

Schenkung eines Holzes an das Kloster Hulseburg durch den Graf Henrich 1427.

S. 3.

Erwähnung des Raths und der Einwilligung  
der Stände.

Mit der vorgerückten Zeit, mit den mehr gerethe-  
ten Urkunden sehen wir alsdann ausdrücklich  
die Einstimmung der Stände, den Rath, die Mit-  
wissenschaft und die Einwilligung der Unterthanen  
bei den Handlungen der Grafen erwähnt. —  
„Mit Rade unser lewen Getruwen“ schenkte  
Heinrich, der letzte des Hauses, die von ihm er-  
bauete Kapelle zu S. Theobald über Nöschenrode  
dem Kapitul des Sylvester und Georg; Stiftes in  
der Stadt Wernigerode 1419;

dat we mit unsen Undersaten, besündern  
(den) Bürgern in unser Nienstadt to Wernigerode,  
umme sonderliken Nut und Frommen willen, unser  
Land und Lude, unser Mannen und Undersaten  
geistlich und weltlich, eindrechtlich overkomen  
und to Rade geworden sind, eines freien  
Kapmarktes, derselbe 1428;

Hirumme haben wir uns mit dem vorschreiben  
Kapitel mit Wissenschaft unser lieben Ge-  
treuen, Mannen und Rätthe <sup>15)</sup> darümme güt-  
lich vortragen. Graf Borho zu Stolberg, Urk.  
über den Umfang einer zu jener Kapelle gehörigen  
Holzung 1438;

daß

---

15) „Aller unser Pantheren und Rathgeben,“ Tiroler Urk.  
1364. eben Anm. 5.; „ohne Einwilligung — aller Rätthe  
und Mannschaft dieser Lande“ Urk. König Christian I.  
für Schleswig und Holstein 1460 und die folg. Anm.

daß wir haben gebeten die ersamen, unsere lieben Getreuen, den Rath und die Meinheit unser Stadt zu Wernigerode, daß sie uns haben geborget mit Wissenschaft und Volbort (Einwilligung) unserer Räte und lieben Getreuen, der gestrengen Heinrich von Kürleben, Hans Krebs, Anton von Werter und Heinrich von Sundhausen, 1400 Gulden. Graf Heinrich zu Stolberg 1490;

des zu mehrer Wissenheit haben wir diese nachgeschriebene, unsere Mannen, Räte und liebe Getreue gesetzt, daß solche Verpfändung geschehen ist, mit ihrem Wissen und Volbort, so als sie gesetzt sind von den wolgebornen, unsern lieben Söhnen Heinrich und Borho, die gestrengen Klaus von Arnswald, Anton von Werter und Hans von Sundhausen, und wir (diese zuletzt genannten) bekennen offenbar, daß solche Verpfändung mit unserm Wissen, Rath und Volbort geschehen ist. Derselbe bei Erborgung eines Kapitals von 500 Gulden von dem Rath zu Wernigerode auf die Gerichte und den Zoll in der Stadt, 1491.

#### S. 4.

### Verschiedene Stände der Einwohner in der Grafschaft.

Auch in dieser Landschaft werden also vornämlich nur die Adellehn-Besitzer, die Mannen, und die Räte genannt, wenn von einer Einwilligung des Landes die Rede ist. Aber sonst erscheint, urkundlich, wie vorher unter den Bewohnern der Stadt (Anm. 10.), so auch im ganzen Lande die Trennung der Insassen in verschiedene Stände, und die

Delius Zeit. 2. B.

B.

Nens

Nennung dieser Statt des Landes, wie einzelner von ihnen Statt aller Mitglieder eines solchen Standes. Als der mehr erwähnte Graf Heinrich 1421. dem Rath der Altstadt Wernigerode das Epelhaus (den Rathskeller, zugleich für öffentliche Gastereien, (daher sein Name) Spiele, bestimmt und verknüpft mit dem ausschließlichen Weinschank) verkaufte, bezogte er sich den Gebrauch desselben: „zu tanzen und in den Fasten Collation zu halten mit unser Mannschaft und Bürgern,“ aus; als Graf Heinrich der Ältere zu Stolberg 1497. „das Regiment seiner Herrschaft“ seinem Sohn Heinrich übergab, erließ er seine Räte, Amtleute, Mannen und Städte<sup>16)</sup> ihrer Pflichten.

Klarer erscheint diese Abtheilung der Einwohner in staatsrechtliche Klassen bei den Verhandlungen, welche nach der Wiederüberlassung der Lehnsgerechtigkeit über die Grafschaft an den Kurfürst Friedrich 2. von Brandenburg, vermöge des Zinnaer Vergleichs vom 15. Nov. 1449,<sup>17)</sup> Statt hatten.

In dem hierauf erteilten ersten Lehnbrief für den Grafen Botho zu Stolberg (1. Mai 1450.) versprach der Kurfürst für den Heimsfall:

so sollen und wollen wir alle erbar Mannschaft, Pfaffen und Laien, Bürger und Gebauern und besondern alle Inwohner<sup>18)</sup> derselben Herrschaft  
Wers

16) Gerade wie Herzog Otto zu Göttingen 1435: dat wy mit unsen erbaren Reden, Mannschop und Steden overkomen sin. Scheidt vom Adel 129.

17) Gerken Cod. Dipl. Brand. V. (362) 364.

18) So wie die Herzoge Rudolf und Ludwig 1307 den Prälaten, Grafen, Freien, Dienstmannen, Städten, Märkten, Bürgern und Bauleuten und überall allem unserm Land zu Bayern. Rudhart. I. 55.



Wernigerode, iglichen besondern und insamt, bei allen Freiheiten, Herrlichkeiten behalten und bleiben lassen.

Dem Kurfürsten war es einmal ein Ehrenpunkt geworden, dieses, nach Aussterben des askanischen Hauses, von der Mark abgekommene Lehn wieder bei derselben zu besitzen. Nach der Erreichung des Zwecks mußte er daher mit Aufmerksamkeit die Möglichkeit einer neuen Entfremdung entfernen, wie er überhaupt, nach so langer Unterbrechung dieser Verhältnisse, die Verbindung fester zu knüpfen Veranlassung hatte. Durch die bekannte Erbverbrüderung zwischen den drei Grafen: Häusern Stolberg, Schwarzburg und Hohnstein (1418) 1433 und noch mehr durch die 1444 in der Eheveredung der Gräfinn Elisabeth festgesetzte Ueberlassung der Hälfte von Wernigerode an den Herzog Wilhelm zu Braunschweig <sup>19)</sup> war aber die Gefahr eines solchen Verlustes, und, da das Haus Stolberg damals auf vier Äugen beruhte, auch die Möglichkeit eines baldigen Heimfalls vorhanden. Der Kurfürst wollte diesen aber sicher stellen, und verlangte für diesen Fall die Angelobung der Treue und des Gehorsams von den Einwohnern. Diese wollten sich dabei die Bestätigung ihrer Rechte, Freiheiten und Besitzungen für eben das Ereigniß ausbedingen — wie es bei Gelübden und Huldigungen gewöhnlich war.

Der Kurfürst erinnerte zuerst in einem Ausschreiben, welches jedoch ohne Zeitbestimmung ist, die

B 2

wür,

19) Beiträge B. 1. S. 49 erst 10. Dec. 1452 wurde dieser Vertrag wieder aufgehoben.

würdigen und andächtigen, vesten, ehrsamten und weisen, unsere lieben Getreuen, Prälaten, Ritter, Mannschaft, Bürgermeister und Rathmannen der Herrschaft und Stadt Wernigerode: — hierum wir von euch mit sonderm und ganzen Fleiß begeren, ob es fürter sich begeben wird (das Aussterben des Stammes Stolberg) daß ihr euch dann an Niemand anders, wann an uns — — halten und gewärtig sein und an Niemand anders sonst verweisen lassen wollet, (besondern) Unwillen und Unrath, der daraus entstehen mögte, zu vermeiden.

Indeß verzogen sich die Verhandlungen noch, erst am 25. Junius 1452 <sup>20)</sup> gaben dem Kurfürsten Friedrich:

von der Gnaden Gottes Heinrichs Overbecke, Abt, und die ganze Sammlung des Stifts Isenburg, Johann Seinstedt Dechant und das ganze Capitul der Kerken S. Sylvester und Georg, Röttger Krebs, Heinrich Oldenrod, Kurt von Minsleben, Ludolf von Minsleben, Kurt Kleinespinke und Rudolf Stracius, Bürgermeister, Rathmänner, Gewerke und ganze Gemeinde der Stadt zu Wernigerode die Versicherung, nachdem nun Graf Bothe die Grafschaft von dem Kurfürsten zu Mannlehn empfangen habe:

wäre es, daß geschehe — — daß der obgenannte unser gnädiger Herr, Er Bothe Graf zu Stolberg, und seine männlichen leibes lehn: Erben verstürben, so reben und loven wi alle, daß wir uns also dann an den genannten Herrn Friedrichen Markgrafen zu Bran-

20) Am Countage nach Johannis Bapt. also nicht vor der Belehnung, wie Werken a. a. O. S. 353 sehr allgemein sagt.

Brandenburg, als an unsern natürlichen Erbherrn, und sonst an Niemand anders halben schollen und wollen und uns auch bei des genannten u. g. H. von Stolberg Lesende an Niemand anders vorweisen lassen. Und wenn das also käme, daß Graf Borcho ohne Leibes Lehns Erben abginge, daß uns dann unser gn. Herr, Markgraf Friedrich — bei unsern Freiheiten, Herkommen, Gewohnheiten bleiben und lassen wollen und sollen — so haben wir obgeschriebnen Prälaten, Mannschaft und Rathmannen unser und der Stadt Wernigerode Insiegel an diesen Brief lassen hängen.

Gleichfalls am 25. Junius 1452 gab auch schon der Kurfürst dem Rath der Stadt zu Wernigerode unter andern die Versicherung:

daß wenn Graf Borcho und dessen Leibes Lehns Erben vorfallen wären, er sie lassen wolle, bei allen ihren Rechten, Wonheit und Freiheit, also also se bi den edlen Grafen Corde und Graf Heinrich, vormals ören natürlichen Herrn, geseten hebben und noch bi dem edlen, Ern Borchen. Of en schulle we noch en willen de Sadt to Wernigerode eder den Rad noch de Meinheit nicht verkopen, noch vorseßen, oder to mehr Hulde dringen, nemde to donde, de wile we ader unse Erven lesen, se en willen dat liden, eder don, mit ören guten Willen.

Am 30. Junius gab er dergleichen für Dechant Kapitul und Paphheit gemeiniglich, wie für das Kloster Ilfenburg. In diese Tage muß auch der ähnliche Revers an die erbare Mannschaft der Grafschaft fallen, der auch in der noch vorhandenen

Urschrift keine Zeitbestimmung hat, worin der Kurfürst sagt, wenn die Grafschaft an ihn fiel: so schullen und willen unser Erben — — de erbar Manschop der Graueschop to Wernigerode bei allen Friheiten, Gerechtigkeiten, Würdicheiten unde aldem Herkommen, so de genant Manschop bi der Herschop to Wernigerode und bi dem genanten Ern Boten wenteher gewest und noch sint, bliven laten, se in neyner wiß an neinen Saken ferder nöddigen edder nöddigen laten.

Hier sind also aus der Allgemeinheit einzelne Stände herausgehoben, als Stellvertreter des Landes, und einzelne Glieder der Stände treten Statt der Gesamtheit derselben auf. Denn so wenig wie der Abt von Ilseburg und der Dechant zu S. Sylvester mit ihren Konventen die ganze Geistlichkeit der Grafschaft ausmachten, in welcher noch ein Manns- und zwei Frauenklöster bestanden, worin ein großes Gut des Klosters Walkenried und eine Komende des Deutschen Ordens lagen (mit welcher die Grafen so eben, laut jenes Lehnbriefs, beliehen waren) weshalb diese ohne Zweifel unter den Landständen, wie nachher, saßen; so wenig waren die genannten Mannen die einzigen Adel: Vasallen.<sup>21)</sup>

Diese

21) Aus den Huldigungsbriefen der Grafen ist für die Geschichte der Landstände keine Nachricht zu ziehen. Es sind vereinzelte Versicherungen, von denen die für die Mannschaft fehlen, die Bayern bekamen ohne Zweifel nicht einmal dergleichen, als Stand gewiß nicht; denn als solcher waren sie rechtlich noch nicht begründet. Die für die Stadt Wernigerode enthalten nur allgemeine Versprechungen, bei Freiheiten und Rechten zu lassen, Lehen zu leihen, Innungen zu bestärken. Bei den Grafen zu Stolberg (1417) wurde erst bedungen:

Ok

Diese Nennung der einzelnen Stände der Einwohner des Landes, was zeigt sie anders, als eine Stellvertretung desselben? und wenn sie es nicht gewesen wäre, hätte dieser Vorzug nicht nothwendig darauf führen, hätten die Wenigen nicht die Versammlung bald ausschließen müssen? Mußten sie nicht schon im Besitz dieses Vorrechts sein, als sie, Namens des Landes, dem Kurfürsten künftige Unterthanen Treue und Festhaltung an den Verhältnissen mit der Mark, versprochen? als sie dem jüngern Herrn für das Land, beim Leben des Vaters, Pflicht leisteten? Was sind Landstände anders als Stände, Klassen des Landes? <sup>22)</sup>

#### §. 5.

Verpflichtung der Grafen, das Land und die Stände zu hören, deren Einwilligung zu erfordern.

**M**ag uns auch die neidische Zeit das Verhältniß und die genaue Bestimmung des Rathes, der Wissenschaft, und der Einwilligung (Vollwort) zu dem Willen und den Pflichten des Regenten selbst vorenthalten haben; die Anführung zeigte doch immer, daß sie eine Form gewesen wäre, erfordert zu

#### B 4

größ

Ok en schulle we — de Stad to Wernigerode nicht vorkopen, noch vorfetten eder to neuer hulde dringen, nemede to donde — — se en welden dad lyden eder don myt orem gudem willen.

<sup>22)</sup> da sey (Herzog Leopolt) von den vier partyen des Landes zu Osterrych zu der vormundschaft genommen worden. Spruch Kaiser Sigmund 1411. Rauch Rer. Austr. script. III. 510.

größerer Sicherheit oder Gültigkeit des Geschäfts. Nothwendig aber erscheint die Zuziehung dieser Stellvertreter, keine bloße willkürliche Form mehr, da ihre Theilnahme, Wissenschaft und Einwilligung zu den Verhandlungen des Landes, besonders bei aufzuwälgenden Landesbürden, so ängstlich wiederholt und in den Urkunden herausgehoben, von den Statt des Landes erscheinenden Stellvertretern als richtig bekundet wird. Dieß würde so wenig gefordert als bewilligt sein, wenn die Pflicht dazu nicht wirklich vorhanden gewesen wäre!

Hieran ist auch um so weniger zu zweifeln, da schon Markgraf Woldemar zu Brandenburg, als erbetener Schiedsrichter in den großen Streitigkeiten zwischen den Grafen zu Wernigerode und dem Kloster Ilseburg am 19. Januar 1314 eine Stelle des Sachsenspiegels <sup>23)</sup> auf die Verhältnisse der Grafen angewendet und ausgesprochen hatte:

daß kein Richter Geld, Herberge, noch Bede, noch Dienst, noch Reiherecht auf das Land setzen dürfe, es habe denn das Land solches verwilligt, <sup>24)</sup>

ob

23) Landrecht 3. Buch 91. Artikel C. 554. Bärtnersche Ausgabe s. die folg. Anmerk.

24) Die ander schulde, (Berschuldigung, Klagepunkt) die sie geuen (machen) den vorbenannten Greuen von wernigerode, dat sie, si. vnd ere gut (Besitzung) weldichlichen beherbergen (mit Gewalt sich und die ibrigen einlegen und unterhalten lassen, besonders die Jäger und Jagdhunde, als ein eigenes stets ausgeübtes Vorrecht: den Alh) vnd bebeden (mit Steuern belegen) vnd mancherleye walt, (Gewalt) en vnd an Erem gude dun. Hir tv sprecke wie dar

obgleich in dem nachherigen Vergleich von 1320 des Steuerpunkts weiter keine Erwähnung geschehen ist,  
B 5

dat kein Richter mut gheldt (nichtein Gebot in allen Ausgaben des Sachsenspiegels, praeceptum in der latein. Uebersetzung) noch herberge noch bede noch dienst, noch Rye recht (noch kein recht im Sachsensp. novam consuetudinem, also rye für nie genommen!) vppe dat laut setten et en willekor dat laut.

Die Stelle des Sachsenspiegels, welche wörtlich diesen Ausspruch enthält, ist bekanntlich der allerletzte Satz in einigen Handschriften, andere enden schon viel früher, wie die Quedlinburger. Schade, daß der Senator Anton uns keine kritische Ausgabe dieses alten Rechtsbuchs, wie er versprach, geliefert hat. Mit den Hilfsmitteln zur Erklärung dieses, wie anderer unserer Rechtsbücher des Mittelalters, steht es immer schlecht. So viel ist nun wohl klar, daß der letzte Theil des 91. Artikels ein ganz ungehöriger Zusatz ist, von einer unberufenen Hand angehängen; er zerfällt in zwei ganz verschiedene Abschnitte, der erste, ganz vom letztern, seinem Inhalt nach getrennt, handelt von richterlicher Verurtheilung über das Zugeständniß hinaus, und weil hier vom Richter die Rede ist, so hat der, welcher den Zusatz machte, noch eine Bestimmung über den Richter beifügen wollen. Ohne Zweifel ist die Stelle eine Uebersetzung einer Verfügung aus einer Zeit oder Gegend wo der judex (davon Du Fresne unter judex und comes) ganz andere Rechte hatte, (wie im Lombardischen Reich, wo die Grafenschaftsverfassung der Franken nicht Statt fand), oder, wenn das nicht der Fall, so will sie von andern Richtern verstanden sein, als denen, welche die bürgerlichen Streitigkeiten schlichteten, wie auch schon die Ausleger einsahen, von denen Zobel (Ausgabe Leipzig 1582 Bl. 457 b.) sagt: Kein Richter oder Herr, der ein Gebiete hat, mag Steuer — — auf die Leute legen und ferner: intellige duces, marchiones, comites et iudices ordinarios habentes imperium et jurisdictionem, videlicet quod

hi

ist, <sup>25)</sup> weil die Grafen hierin wohl keine Entziehung des Klosters gestatten mochten.

Es ist um so weniger an der Nothwendigkeit dieser Einwilligung zu zweifeln, da gerade (wie gegen die Stadt die Grafen zu Stolberg bei ihrer ersten Huldigung) gegen die nämlichen Klassen der Stellvertreter Markgraf Friedrich sich verpflichtete: sie beim Heimfall nicht zu mehrern Huldigungsverbindlichkeiten zu dringen, oder sie in keiner Weise, zu keinen Sachen ferner nöthigen oder nöthigen zu lassen — keine neuen Auflagen, Lasten und Verpflichtungen aufzulegen — sie wollten denn das leiden oder thun mit ihrem guten Willen.

S. 6.

hi non possunt congregare manum militarem (falsche Lesart Herfahrt Statt Herberge) — neque collectam indicere sine consensu populi ut hic.

Richter heißt in der alten Sprache auch Herrscher (vielleicht vom Rich, Gebiet, ein Gebietiger) König:

Charl. der Richtere

der gedacht oc an die swere,

Stricker bei Schilter, 2. G. 5. sect. IV. eine Bedeutung, welche zu Luthers Zeiten noch nicht erloschen war, als er die Häupter der Juden vor dem Königthum Richter nannte. Richten für gebieten, herrschen ist eben so bekannt: im Ottfried siehe Scherz im 3. Theil des Schilter G. 681, in den Nibelungen 3. 2108:

unz daz alhie richte des chunich guntheres hant

Desgl. 3. 2874:

und' rihte under chrone unz an daz zehende jar.

eine andere gewöhnliche Bildung ist richen s. ebenfalls, Scherz.

25) Lenckfeld Ant. Poeld, G. 232. Der Abdruck des Engelbrechtschen Chronikons bei Leibniz A. rer. Brunsv. 3. G. 687 ist nicht so vollständig.



§. 6.

Landtag von 1499; Bewilligung der Bierziese auf demselben.

In vollständigerer Form erscheinen aber urkundlich die Landstände im Stolberg'schen ebenfalls erst, als das Schuldenwesen der Grafen kräftigere Maaßregeln und thätigere Beihülfe des Landes, durch neue Auflagen, nothwendig machte. Auch hier müssen also, wie überall in Deutschland, die Landstände zwar nicht ihren Ursprung, aber doch ihre immer erweiterte Ausbildung, zu den zerrütteten Geldverhältnissen der Landesherrn zurückführen.

Die Regierung des Grafen Heinrichs, des zweiten Herrschers in Wernigerode aus Stolberg'schem Stamm, war höchst nachtheilig für den Landeshaushalt.<sup>26)</sup> Nach Verpfändungen aller Art, nach theilweisen Steuern,<sup>27)</sup> blieb gegen das Ende des 15. Jahrhunderts kein anderes Mittel mehr übrig, den Ausfall der Einkünfte zu decken, als eine allgemeine und austräglische Steuer des ganzen Landes. Graf Heinrich und seine Söhne, Heinrich der Jüngere und Botho, versammelten daher 1499:

„die würdigen, gestrengen und ehrsamten unser aller Herrschaft Prälaten, Ritterschaft und gemeine Stände, unsere lieben Andächtigen und Getreuen,“

und trugen diesen ihrer Herrschaft Beschwerde vor, erzählten die Ursachen, „warum wir nicht wenig zu hinter und rücke unser Herrschaft gegangen, und in

26) Beiträge B. I. S. 78. ff.

27) das. S. 80. Anmerk. 19.

In merckliche Schulde und Jahrrenten, von uns zu geben, die dann unser Aufkommen unser Herrschafft nicht erreichen mögen, geführt worden, als: ausländische fürstliche Dienste, die von uns dem heiligen Reich, zu Stärkung christlichen Glaubens, und dem Hans zu Sachsen, Brandenburg, Braunschweig, Hessen, sammt andern unsern Herren und Freunden, oftmals gethan, die Versorgung unser Schwester (Elisabeth, vermählt an den Herzog Wilhelm zu Braunschweig) mit einer mercklichen Summen,<sup>28)</sup> und zwei unser Töchter,<sup>29)</sup> dazu auch Land und Leut zu uns gekauft und gebracht, das wir alles zu Mehrung unsers gräflichen Ruhms (Gerüchts) und unsern Landen und Leuten zu Befriedung und um Vertheidigung willen gethan haben,“ und baten: „Uns ihren Rath und Hülfe mitzutheilen, dann wir ihres Raths, als der unsern, in dem, daß unser Herrschafft, Land und Leute zu Ehren, Nutzen, Gedeihen und Friede kommen mögen, beliebt zu verfolgen.“

Hier sind alle Erfordernisse eines Landtags vorhanden. Eine allgemeine Versammlung wegen aller Stolbergischen Lande; die Besuchung derselben durch alle die Stände der Einwohner, welche damals Stellvertreter hatten; es wurde über Abhelfung der landesherrlichen und der Landesbeschwerden berathschlagt — und wir können diese Versammlung daher den ersten uns bekannten Stolbergischen Landtag nennen. Aber die  
Urs

<sup>28)</sup> das. S. 49. Anm. 79.

<sup>29)</sup> Anna vermählt an Jacob Grafen zu Lindau und Ruppin 1477 und Brigitta an Bruno Edlen Herrn von Duerfurt.

Urkunde, welche uns diese Nachrichten giebt (die vollständigen Verhandlungen scheinen nicht auf uns gekommen zu sein) zeigt deutlich durch ihre ganze Fassung, daß diese Verhältnisse noch nichts Gewöhnliches, nichts Altes und Festes waren, sondern erst jetzt in dieser Art sich bildeten.

Eine große Landesbewilligung sollte erfolgen; es kam auf die Stolberg'schen Stände nun an, was sie werden, was sie aus sich machen wollten! Ergriffen sie die Gelegenheit, wie andere Stellvertreter der Lande umher, um ihre Vertretung urkundlich zu begründen, ihr die zum Fortdauern nöthigen Formen zu geben, bewilligten sie die Anshülfe nur unter Vorbehalt der eigenen Verwaltung und gegen Stiftung eines bleibenden Ausschusses, der auch diese allgemeine Landeskasse unter nähere Aufsicht nähme, dann konnten auch sie die staatsrechtliche Stelle erlangen, welche ihre Genossen anderwärts sich flug erworben hatten oder ferner erwarben. Sie konnten noch mehr wirken, sie konnten durch diese weise Benützung der Umstände, ein festes Band um alle Stolberg'schen Landschaften schlingen, das diese noch inniger zu einem Staatskörper verbunden, die spätern Eingriffe und Trennungen der Lehnherren unmöglich gemacht und in Wechselwirkung den Landsständen selbst vereinigte Dauer und Wirksamkeit gewährt hätte! Ungehalten entfloß die rasche Götting, bald lehrte sie nur die lockenleere Hälfte zu!

Eine allgemeine Steuer wurde bewilligt, aber sie floß nicht zur allgemeinen Verwaltung zusammen, sondern wurde vereinzelt. Das Mittel zur Unterstützung der Herrschaft wurde in der neuen, und, wenn gleich nicht beliebten, doch vorzugsweise zu solchem Zweck

Zweck benutzten Auflage auf das damals stärkste und am leichtesten unter Aufsicht zu stellende Gewerbe, das Bierbrauen, gefunden, seit 1440 in Sachsen eingeführt.<sup>30)</sup> Die Bierziese wurde allen Stolzbergischen Ländern aufgelegt. Sie konnte ihrem Wesen nach nur die Städte treffen, welche, mit Ausnahme des Haustrunks, den der Adel und die Geistlichkeit sich braueten und womit sie allenfalls auch ihre eigenthümlichen und zinspflichtigen Schenken und Krüge zu versehen sich bemühten, im Besitz des Alleinhandels mit diesem wichtigen und unentbehrlichen Erzeugniß waren und sein mußten. Wohlfeilheit und Güte können nur umfassende Werkstätte gewähren, andere Vortheile, die geschichtlichen Verhältnisse der Länder, verlangten dasselbe. In den Stolzbergischen Ländern fiel also die Last allein auf die Städte Stolberg und Wernigerode. — Diese versorgten damals fast den ganzen Unterhartz mit dieser Waare.<sup>31)</sup> Da Adel und Geistlichkeit durch allgemeine Befreiungen und Herkommen die Steuern abwehrten, durch die Zuziehung ihrer Hintersassen die Verpflicht-

tuns

30) das. S. 81. Anm. 19.

31) Noch war das ganze Anhalt-Bernburgsche Oberfürstenthum als Pfandschaft in Stolbergischen Händen, Güntersberg und Harzgerode nahm das Bier aus Stolberg, der Hauptstadt seiner damaligen Landesherren, bis zur Einlösung 1536; wie Stiege und Hasselfelde es gerathener fanden daher ihren Bedarf ebenfalls zu ziehen. Wernigerode aber versorgte Benneckenstein. Elbingerode (wie Schauen) war durch enge Bande an Wernigerode geknüpft und verpflichtet sich dahin zu wenden. Erst 1579 fing der Rath widerrechtlich selbst zu brauen an, die Klage der Stadt Wernigerode am Reichskammergericht ist nicht beendet.

rungen gegen das Land erfüllten, ihr eigenes Getränk beschränkten und das städtische Bier nur als Ausnahme, und dann ja versteuert, oder an steuerfreien Orten, tranken; so blieben auch hier beide Stände unmittelbar frei. Nur mit den Städten hatte man zu unterhandeln, und unterhandelte mit jeder besonders über die Anlegung der neuen Bierziese. Am 23. Junius 1499 schloß man mit Stolberg, später am 12. Julius mit den Städten Wernigerode ab.

„Die ehrsamten lieben Getreuen, Räte, Rathsmann und ganze Gemeinheit unser alten und neuen Stadt Wernigerode“ — sagen die Grafen in der darüber ausgestellten Urkunde — „haben sich solch unser (oben angeführtes) Vortragen mit Bewegung des Gemüths zu Herzen und in Betrachtung genommen und sich gegen uns nachfolgender Weise, als getreue Unterthanen und Liebhaber der Herrschaft beweiiset, und haben uns und unsere Erben aus innerlicher und zugeneigter Liebe, die sie zu unser Herrschaft tragen, und aus Verwandniß — eine Bierziese auf 10 Jahr lang, nämlich von jedem Gebraunde zwei Rheinische Gulden,<sup>32)</sup> in unsere Kammern zu übergeben, und von jedem Faß Gose 5 große Groschen, (wogegen Wein und Eimbeckisches Bier auf dem Keller der Altstadt, und eigenes Bier in den Kellern beider Städte, frei blieb) bewilligt, das wir von ihnen, als den gehorsamen Unterthanen, in gnädigem Willen und Bedankfagung angenommen haben.<sup>33)</sup> Dagegen versprachen die Grafen, diese Ziese

---

32) Jetzt bekanntlich an Werth 2 Thaler Gold.

33) Das übrige gehört in die Geschichte des Abgabewesens; in Stolberg waren mehrere Bestimmungen anders, theils bedingte

Ziese nirgends anders, denn zu Entledigung der Herrschaft Wernigerode Beschwerde zu gebrauchen, nach Ausgang der 10 Jahre nicht weiter zu nehmen, sondern zu ewigen Zeiten ganz fallen zu lassen, sie auch mit keiner Neuigkeit mittler Zeit ferner zu belästigen, so wie die Stadt, wenn die Grafen innerhalb der 10 Jahre ohne Leibes-Lehns-Erben verstürben, von Stund an der Ziese entledigt sein solle. „Wäre es auch Sache“ heißt es ferner, „daß wir jezt genaynte Grafen, ehe die 10 Jahr verlaufen, verstürben und Leibes-Lehns-Erben hinter uns lassen, würden alsdann Prälaten Ritterschaft und Stände unserer Herrschaft bei sich befinden, daß solche Braus und Bierziese unsern Leibes-Lehns-Erben, der Herrschaft, Land und Leut zu Nutzen, zu Gedeihen die hinterstelligen Jahre kommen mochte, steht zu ihrem Gefallen.“

Dagegen thaten die Grafen der Stadt „den Willen und die Günst, daß die 10 Jahre lang, auf keinem unserm Dorfe in unserer Herrschaft Wernigerode, von Niemand (ausgeschlossen Geistlichkeit, und Ritterschaft, die denn solches weder verwechseln noch verkaufen sollen) ferner soll gebrauet oder fremd Bier

---

bedingte man sich mehrere Vortheile aus, namentlich: daß ihnen fortmehr keine Verneuerung, Aufsätze, Bethe, Dienste, Vere (Wern, allgemeine Benennung der Abgaben, besonders in Böhmen seit König Johann, und von da auch seit 1405 in Sachsen, wahrscheinlich von dem im Mittelalter weit verbreiteten Werner-Verona-Gelde, das die Luxemburger bei ihren italienischen Zügen kennen lernten.) Schätzung, oder wie man das erdenken mochte, aufgelegt werden solle. So sorgfältig war man in Wernigerode nicht!

Bier geschenkt werden, sondern sollen sich des Bierskaufs in unser Stadt Wernigerode erholen.“

Stillschweigend oder ausdrücklich ist die Erhebung verlängert, denn sie hat über jene zehn Jahre hinaus gedauert.

S. 7.

Landtag von 1555. Bewilligung der  
Franksteuer.

Während der ruhigen und durch keine Geldverlegenheiten gedrückten Regierung des Grafen Borho des Glückseligen <sup>34)</sup> hören wir nichts von Landständen. Die großen Veränderungen des Landes, welche die kirchliche Verbesserung begleiteten und ihr folgten, wirkten bald auch auf diese Anstalt ein. Der Prälatenstand hörte der That nach auf, wenn er auch dem Namen nach noch fort dauerte und Aebte und Präpste erschienen; es waren die alten nicht mehr! Die Verwickelungen worin der unvorsichtige und üble Haushalt die Söhne Borhos bald führte, <sup>35)</sup> riefen die Stände wieder zur Wirksamkeit hervor. Wie bald landschaftliche Versammlungen und wie oft sie gehalten sind, weiß man nicht mehr, weil die darauf Bezug habenden Papiere verloren gegangen sein mögen. Als die Noth einen hohen Grad erreicht hatte, forderten die Grafen durch ein Ausschreiben den Landtag auf den 1. März 1555 zusammen. Da das Ausschreiben die Stände nicht namentlich angiebt, so lassen sich solche auch daraus nicht nachweisen.

Am

34) Beiträge i. G. 84. ff.

35) das. G. 96. ff.

Dehlius Beitr. 2. B.

Am 2. März wurde eine gräfliche Proposition den Versammelten übergeben: wie wir in etliche Beschwerde gerathen, — — haben wir euch darum beschrieben, Bericht zu empfangen, wie das gekommen, auf daß wir hierauf euren Rath anhören möchten, wie solchen Beschwerden zu begegnen. Dieß wird, nach Beendigung jenes Gegenstandes, am Ende wiederholt: wenden uns zu euch, als unsern lieben Andächtigen, Getreuen, Lehnteuten und Unterthanen, und wollen euren getreuen Rath suchen und anhören, wie wir dann auch hiermit an euch ganz gnädiglich gesinnen und bitten: ihr wollet uns, wie wir unsere ausstehenden Forderungen einmahnen und erlangen, und durch was Mittel und Wege wir diesen Beschwerden und aufgekündigten Summen abhelfen, oder in Anstand bringen mögten, euren treuen und guten Rath mittheilen. (Anlage 1.)

Jeder Stand gab hierauf abgesondert sein Bedenken, mit der Freimüthigkeit, wie im 16. Jahrhundert gewöhnlich war. (Anlage 1. II. und III.) Die Grafen replicirten wieder durch eine einzige Vorstellung: daß durch jene Bedenken dem Verderben nicht vorgekommen werde, die gemachten Vorschläge alle schon versucht wären, bessere erfolgen müßten. Die Landschaft<sup>56)</sup> möge doch bei den Gläubigern Stillstand suchen, für die Zinsen gut sagen, auch eine

---

56) Der ältere Ausdruck für Landstände, so heißt es in dem berühmten Münfinger Vertrage, der die Rechte der Württemberger Stände begründete: mit Rath Prälaten, Ritterschaft und Landschaft; 1402 Landschaft, 1403 gemeine Landschaft in Baiern, drei Stände gemeiner Landschaft 1508; Prälaten, Mannschop, Städte, Wichelbe und gemeine



statliche Summe ihnen zum Besten aufbringen, oder dafür sich verbürgen, man wolte ihnen dafür die inhabenden Schuldverschreibungen zustellen. „Wenn auf solche oder andere Wege geholfen, so wollen wir uns mit Anstellung unsers Haushalts, Regierung, und andern dermaßen verhalten, daß ihr daran ein gut Gefallen haben werdet.“ Die von den Ständen übergebene gemeinschaftliche Duplik stellte die Unanwendbarkeit der obigen Vorschläge auf, und legte, mit Wiederholung voriger Beschwerden und Ermahnungen, andere vor: daß alle Gläubiger zugleich mit der Landschaft beschieden und dann Stillstand gesucht werden, Graf Ludwig seine statliche Herrschaft in Welschland (Rochefort) zum Besten des Landes verkaufen, die Stifter und Klöster in Ihrer Gnaden Herrschaft sich für die Schulden verschreiben mögten. Die herrschaftliche Triplik erklärte dann wieder, mit jenen Ansichten nicht einstimmen zu können. Wenn sich aber die Stände für die Zinsen verschrieben, oder Geld aufbrächten, so haben wir, um dieses zu sichern, „auf nachfolgenden lieberlichsten (leichtesten) Weg gedacht, die weil kein Unterpfand vorhanden, wiewohl wir's mit Gott bezeugen, daß wir's ungern vorschlagen, vielweniger mit Willen fordern, daß auf das Geranke eine ziemliche Anlage auf zehliche Jahre gelegt und aus eurem Mittel Etliche verordnet, so solche Anlage einzunehmen und ferner an die Dörter, da ihr gehandelt, für Zinsen gut worden, gebraucht würde. Dieser Weg, wiewohl er der Armuth beschwerlichen, so wollen wir's doch dafür halten, es wolte ih-

C 2

nen

meine Landschap in Buneburg 1520; Landschaft im Mecklenburgischen 1572.

nen viel beschwerlicher werden, wenn uns mit nichts geholfen, und andere Obrigkeit, die sich in die Sachen sonder Zweifel wohl schicken werden, regieren würden, alsdann würden sie vor und vor von denselben mit Steuern belegt werden.

Die Quadruplik der Stände lautete auf diesen Punkt ausweichend: „darauf können Euren Gnaden wir in Unterthänigkeit nicht verhalten, die weil der mehrere Theil von diesen E. G. ietzt erfordereten Ritterschaften verritten und sonst noch der andern viel stattliche zur Stätte nicht gewesen, daß wir als der wenigste Theil hierinnen nicht schließen können. Da aber E. G. das bei der ganzen Ritterschaft erhalten werden, wollen wir uns, als der wenigste Theil, E. G. in ihrem Obliegen unterthänig verhalten und erzeigen. Wie denn auch die Städte HINTERGANG genommen, solche E. G. Suchung an ihre Gemeinden gelangen zu lassen, was denn die andere Ritterschaft sich wird vernehmen lassen, das wollten sie auch thun.“ Bei den Geistlichen möge man anhalten, daß sie etwas für E. G. thun, wie sie sich des albereit haben vernehmen lassen.

In der Quadruplik nahm die Herrschaft diese bedingte Zusicherung als vollständige Einwilligung, da der mehrste Theil der Stände bei einander wäre. „Haben der Sachen nachgedacht und ein Verzeichniß gemacht eines Ausschlusses, der durch uns angegeben (ernannt) und verordnet zur Behandlung der Gläubiger und sonst in vorfallenden Sachen von uns beschrieben, auch die Franksteuer einnehmen, und an die Derter, dahin sie

sie gewilligt, oder durch seine Verordneten, abgeben soll.“ Würden sie für die fälligen und noch fällig werdenden Zinsen gutsagen, „so sind wir des Erbietens, zu der Tranksteuer so viel gewisses jährliches Einkommens zu verordnen, daß ihr von beiden, so viel ihr bedürftig, haben sollt. Die Verwilligung der Tranksteuer nehmen wir zu gnädigem Gefallen und Dank an, und wollens dafür halten, daß der mehrere Theil der Ritterschaft alhier, und ob schon etliche verritten, haben sich doch dieselbigen mehrentheils erbotten, was ihr thun oder willigen würdet, wollten sie sich gefallen lassen. So viel die Städte anlangt, lassen wir uns gefallen, solches an die andern Rathspersonen gelangen zu lassen, und zweifeln nit, sie werden diese Sachen mit allem Fleiß helfen befurdern. Heringen und Kelbra halber wird es mit unsern Freunden von Schwarzburg Unterredung bedürfen, die wir auch ersuchen wollen; endlich bitten wir, wollet unbeschwert hier verharren, bis ihr mit uns allenthalben einig, sonderlich der Form und Maasß der Tranksteuer verglichen, die wir achten also anzustellen, wie es im Fürstenthum Sachsen mit der großen Tranksteuer icht gebräuchlichen.“

Die Sextuplik der Landschaft ist in der Form eines Landtagsabschieds abgefaßt: „Wir Prälaten, die von der Ritterschaft, und die von den Städten, welche dieses Tages hier sein,“ und stellt zuvörderst Erinnerungen gegen einige zum Ausschluß ernannte Personen auf, weil Niemand gern die Last übernehmen wollte. „Die Tranksteuer betreffende, haben wir, was unsere Person anlangt, uns erklärt, denn wir der andern, so verritten, nicht mächtig, wir zweifeln aber nicht, da E. G. dieselbigen wer-

ben ersuchen, sie werden sich gegen E. G. nach Vermögen zu erzeigen wissen, sind wirs alsdann auch erbdtig.“ Die Städte blieben dabei, es erst nach Hause gelangen zu lassen, „wissen nicht, was große oder kleine Tranksteuer<sup>37)</sup> sei, denn dergleichen Steuer bisher an diesem Orte nicht gebräuchlich.“

Die siebente Eingabe der Grafen, die Schlußschrift, erwiderte zuerst: von dem Ausschuss könne keiner erlassen werden. Die Tranksteuer betreffend, wollen wir's bei denen, so nit erschienen und unbewilligt verritten, suchen, und versehen uns zu denselbigen so wohl, als zu euch, keiner Weigerung. So soll den Städten Erklärung geschehen, und dieweil die Noth so groß vor der Thür, so hoffen wir, es werde uns dessen, aus oft angezogenen Ursachen, Niemandes verdenken. Der Ausschuss solle bestehen: aus fünf Personen der Ritterschaft<sup>38)</sup> und zwei Rathspersonen aus Stolberg, hie diesseits des Harzes; und aus von Gadenstedt, Cram, Thale, Kelsner und Reisenstein<sup>39)</sup> von der Ritterschaft und zwei Rathspersonen aus Wernigerode, jenseits des Harzes

---

37) Große Tranksteuer (Vierzehnten) hieß die 1546 dem Herzog Moriz verwilligte Erhöhung der Steuer von 5 Groschen auf 20 Groschen vom Faß (5 Eimer) Bier, nicht als Gegensatz einer zugleich vorhandenen kleinen, die es vielmehr nicht gab. (Die nachherige Verwilligung war also 1 Groschen vom Eimer niedriger.)

38) Nämlich Georg von Werter, Heinrich v. Kämpfen, Balthasar von Gunthausen, Ulrich Knaut, Adolarus Marschall (von Gossersedt.)

39) Von diesen allen siehe das Nähere S. 17. unten, und Beilage 2.

Harzes. „Und do ihr des Ausschusses halber kein fernere Bedenken, wollen wir euch hiermit, nach gehaltenener Mahlzeit, gnädiglichen erlaubet (entlassen) haben.“<sup>40)</sup> So endete nach dreitägiger Berathung am 4. März dieser Landtag, nachdem „Prälaten Ritterschaften und Landschaften der Herrschaft Stolberg, so ietziges Tages daselbst bei einander gewesen,“ noch ein bewegliches Schreiben an den abwesenden Grafen Ludwig zu Königstein erlassen und dringend seine Ankunft in den väterlichen Landen gesordert hatten, dem auch seine Brüder am 6. März zusandten, „was mit Prälaten Ritterschaft und Städten auf ietzt gehaltenem Tage verhandelt und verabschiedet.“

Abichtlich sind die Verhandlungen dieses Landtags ausführlich erzählt, und die eigenen Worte ausgezogen worden, nicht nur der Wichtigkeit des Gegenstandes und der Folgen wegen, welche aus der Franksteuer entsprungen sind, sondern um zu zeigen, wie nun die Geschäfte ganz nach der Weise der benachbarten landständischen Verhandlungen eingeleitet und fortgeführt wurden, durchaus kein Unterschied mehr zu finden, und selbst die sonderbare Mischung von Gesuch, Verlangen und Anordnung von Seiten der Landesherrschaft bei den Forderungen sehr wohl übertragen ist.

Netzt war die Anstalt in der Blüthe. Zum zweiten Mal war es den Stolbergischen Ständen möglich, sich Ansehen, Einfluß und Dauer zu sichern, die Grafen kamen ihnen, bei den Bedrängnissen, rascher entgegen, als man erwarten konnte. Einen

E 4

Aus

40) Beilage I. IV.

Ausschuß schlugen diese, die Verwaltung der Einnahme selbst vor, und andere Bedingungen noch größerer Freiheit und Selbstständigkeit würde man leicht erlangt haben, hätte man sie an die Bewilligung der Steuer geknüpft und diese, die doch unvermeidlich war, und halb zugestanden wurde, unter solchen Vorbehalten, zum Vortheil des Landes gleich jetzt auf eine förmliche Weise und als allgemeine Anstalt eingeführt, hätte man aus den Schulden der Grafen wirkliche Landesschulden gemacht, Statt, daß nachher Städteschulden daraus wurden, hätte man überhaupt auch den zweiten Schritt gethan, und auch von den Landesbedürfnissen in Wechselvorschlägen gehandelt, Statt, wie auch anderwärts wohl, über den Inhalt der landesherrlichen Proposition, außer im allgemeinen und mit einigen Ermahnungen, gar nicht herauszugehen! Noch war es Zeit, dem Einfluß zuvorzukommen, welcher der Ausbildung stolbergischer Landstände sich später entgegengekehrt hat, jetzt noch ließ sich eine dauernde Verbindung aller Landschaften schließen, die den spätern Anfällen widerstehen konnte. Auch dasmal versäumte man die köstliche Gelegenheit unauflöslich festzuhalten, und bald war sie für immer entflohen.

Die Stiftung des Ausschusses war der einzige Gewinn dieses Tages, er ist nachher noch benutzt worden; <sup>41)</sup> aber über die Einführung der Transfesteuer wurden mit den Städten erst später wie der besondere Uebereinkünfte, mit Bezug auf jene Landtagsverhandlungen, getroffen, da

---

41) S. B. 6. Okt. 1558: der Ausschuß von der Landschaft.

die Streitigkeiten im Hause die Zusammenberufung eines neuen Landtags und die Festsetzung der Steuer, als einer allgemeinen, verhinderten. Die dem Rath und der Gemeinde zu Wernigerode deshalb ausgestellte Versicherung ist am 11. Julius 1556 vollzogen, an welchem Tage ohne Zweifel der Vertrag selbst abgeschlossen wurde.

„Nachdem wir unlängst“ — sagen darin die Grafen — „unsere liebe Andächtige, die Aebte und Prälaten, die von der Ritterschaft und Städte, unsere lieben Getreuen, zu uns erfordert und ihnen unsere merkliche große Beschwerung und drangselige Schulden, damit wir ieziger Zeit beladen, gnädiglich angezeigt — als haben wir darauf unserer Untertanen unterthänige Hülfe gesucht; wiewohl nun unsere Untertanen der Rath und Gemeinde zu Wernigerode ihre großen und merklichen Beschwerden vermeldet, auch die Freiheiten und Verschreibungen, daß sie mit keiner Steuer ferner sollten belegt werden, angezogen; so haben sie doch iezige Gelegenheit und Noth treulich bedacht, und uns gewilligt, daß sie acht Jahre lang zu Bezahlung gemeiner Herrschaft Schulden geben wollen, von allem frischen Bier, das ietzt gebrauet ist, und von dato an hinfurder gebrauet wird, allewege von acht Eimern einen Thaler, zudem von drei Eimern rheinischen oder Frankenwein einen Thaler, von vier Eimer Landweins, als Eisleber, Blankenburger oder Thüringischen Weins, einen Thaler, von sechs Eimer fremdes Biers einen Thaler und einen Ortsthaler, es sei Bier was es wolle. Wir haben auch gnädiglich gewilligt, daß der Rath solche Steuer, bis auf ferner Erwägung und Bedenken Unser und unser andern Stände und Un-

erethanen, einnehmen, Zinsen und Hauptsummen, so weit die Steuer sich erstreckt, davon bezahlen möge. Damit der gemeine Mann zum wenigsten beschwert werde, so haben wir auch gewilligt, ieziger Zeit zu Beförderung der Steuer alsbald die Vorsehung zu thun, daß unser Fleck Elbingerode sammt andern unsern Dörfern hierumgelegen, zu Wernigerode das Bier holen, auch weiter fremdes Bier auszuschänken, denn so weit ihnen solches in voriger Brauordnung nachgelassen, nicht Macht haben sollen. Doch was sie an fremdem Getränke einlegen, sollen sie das davon geben, inmaßen es zu Wernigerode gereicht wird, und dem Einnehmer allhier überantworten." Das Nähere, und welche Bedingungen der Rath und die Stadt Wernigerode sich dagegen machten, gehört in die Geschichte der Abgaben, so wie die Entziehung des Adels: „hätte sich verbürgt, das wäre hohe Steuer!" nur die dürfen hier wohl nicht vergessen werden: daß die Grafen versprochen keine neuen Schulden zu machen, und die Stadt nach Ablauf der acht Jahre mit keinerlei Steuer oder Neuigkeit zu ewigen Zeiten zu beschweren, und sie zu keiner Huldigung wider ihren Willen zu dringen.

### S. 8.

#### Weitere Verhandlungen.

**D**ie fortwährend mehr und mehr sich verzweigenden und verschlingenden Streitigkeiten der Grafen zu Stolberg, über die Theilung der Lande, die Regierung, und die Schuldensonderung, wie die stets drohender heraufsteigenden Verwickelungen und dunkler werdenden Verhältnisse, haben hierauf eine  
viels



vielfache Berufung auf die Landstände herbeigeführt, die der Ausbildung und Macht derselben sehr günstig gewesen sein würde, hätte man sie zu benutzen verstanden. In Ritter- und Landschaft wandten sich oft alle, oft dieser und jener Theil, klagend über den andern, vom Erfolg der Verhandlungen Nachricht gebend, oder in den Streitschriften sich erklärend, man wolle, gehe der Gegner auf diesen oder jenen Vorschlag nicht ein, vor der getreuen Ritter- und Landschaft entschuldigt sein. Sie sollten in einzelnen Nothsachen versammelt werden,<sup>42)</sup> wie Graf Ludwig am 13. Jan. 1558 eine Vollmacht seinen Abgeordneten gab „um etlicher Sachen gemeine Herrschaft Stolberg und Wernigerode besorgend, mit derselben unser Grafschaft<sup>43)</sup> Landständen

42) Würde es ganz nutz sein, ganz schleunig die Landstände der Grafschaft Stolberg und Wernigerode zu beschreiben, (daß) deren Rath und Hülfe in der ganzen Sache ersucht und angelangt würde. Sei es für alle zu langweilig, möge ein Ausschuss eintreten.

43) Obgleich Stolberg, Wernigerode und auch Hohnstein eigene Grafschaften waren, so werden doch alle drei und sämtliche Lande des Hauses Stolberg auf beiden Seiten des Harzes, im 16. Jahrhundert unter dem Namen Grafschaft oder Herrschaft; (alle Prälaten - - Ritter, Knechte, die in der Herschop zu Lüneburg besetzt sind 1373. Verstat. der Lüneb. Landesrechte, angeführt v. Jacobi 44.) gemeine, (gesammte) Herrschaft (im Gegensatz der einzelnen Theile oder Mitglieder); Herrschaft Stolberg; zusammengefaßt, um die Lande, als einen Körper, ein Ganzes, im Sinne des öffentlichen Rechts, zu bezeichnen, was sie auch, seit der Reichstag von 1527, bei der Festlegung der Reichsmatrikul, sie selbst so angegeben hatte, gesetzlich waren. So heißt es bei den

ständen zu traktiren.“ Eben dieser wollte vor einem Ausschuss der Landstände die Irrungen mit seinem Bruder Albrecht Georg austragen, und von demselben die Theilung der Lande entwerfen lassen, sogar dessen Erkenntniß in allen Streitigkeiten unterwarf er sich. (21. Jul. 1558) Endlich wurde selbst vorgeschlagen: die Landschaft zu vermögen, die ganze Verwaltung der Grafschaft Einkommens und Ausgebens auf gewisse Jahre anzunehmen, und was manglele zuzuthun, — wie solches von hohen Standespersonen mit großem Nutzen vorgenommen sei. (12. Jul. 1558) lauter Beweise über das Bestehen und die Wirksamkeit der Anstalt, und was sie hätte werden können.

Die Einleitungen zu dem so vorbereiteten nächsten Landtage beweisen, daß der Ort der Versammlung ganz von der Willkür der Herrscher abhing. Denn es wurde verhandelt, ob die Wahlstatt nach Stolberg oder gegen Wernigerode zu legen sei?

#### S. 9.

den Theilungsverhandlungen (3. April 1557): „desgleichen sollen zu Unterhaltung des Kammergerichts der Grafschaft Stolberg Gebühren durch jeden zu seinem Drittel erlegt, und in dem keine Sonderung vorgenommen werden, damit die Herrschaft mit dieser und dergleichen des Reichs Anlagen nit erhöhet, sondern als für ein einig, unvertheilt Corpus geachtet werde.“ Daß von ganz anderer Seite her eine Trennung der Lande erfolgen, und endlich gar abgeleugnet werden könne, daß unter Stolberg die andern Landschaften vom Reich mitverstanden und reichssteuerbar wären, ließ sich damals nicht ahnden.

Landtag von 1558.

Ein neuer Landtag wurde also auf den 19. August 1558 nach Stolberg ausgeschrieben. An diesem Tage wurde der Herrschaft Stolberg Landschaft die Proposition durch den Kanzler, Doktor Franz Schäßler, eröffnet: Es wissen ungezweifelt ihr die Herren Aelte, von der Ritterschaft, auch Städte, euch der vielfältigen Ursachen, derhalben meine gnädigen Herren in große Schulden kommen, aus vormaligem Bericht zu erinnern. Dieweil dann nünmehr die Sachen dahin gerathen, daß diejenigen, denen gewisse Hypotheken verschrieben, dieselbigen an sich ziehen und also das ganze Corpus getrennt würde, so mögte zu dem Uebrigen schwerlich gerathen und der Bürgen Treue und Glauben errettet werden. Und ist demnach eine hohe Nothdurft, dahin zu denken, damit die Grafschaft in einem Corpus bleiben möge. Dazu wurden drei Wege vorgeschlagen. 1) Die Handlung, daß brüderlicher Wille unter den Grafen hergestellt, (so wohl wegen der Regierung, als Landesteilung unter den regierenden Herren, wegen Bestellung der Vormundschaft über Graf Wolffgangs Söhne, als durch Schließung von Verträgen über die Ansprüche der Apanagierten) 2) daß durch bessern Haushalt Ersparungen, und durch neue Hülfquellen Vermehrungen der Einnahmen bewirkt und ferneres Ausborgen unnöthig gemacht würden. 3) Daß der jetzt entwachsene Glaube und Vertrauen so wohl von der Herrschaft als Landschaft halben, wieder hergestellt, und dadurch desto eher Stillstand bei den Gläubigern erhalten werden müsse. Dieser Weg sei hievor bei hohen und niedern Stän-

Ständen in dergleichen Sachen gebraucht, sei einer Landschaft zum höchsten rühmlich, und zu Wiedererwerbung des Glaubens dienstlich und förderlich; nämlich „so ihr die Verwaltung der Grafschaft gewisse Jahre dergestalt auf euch genommen, daß ihr daraus, und, ob etwas daran ermaugeln würde, mit euer selbst Erlegen und Darstrecken, die versetzten und weiter betagten Zinsen erlegen wollet.“ Sollte die Landschaft diesen Vorschlag nicht eingehen, so möge sie alle ausstehenden Forderungen der Herrschaft <sup>44)</sup> zu sich nehmen, und wenn deren Bestand, im Wege der gütlichen Uebereinkunft, vermindert würde, „so wollen J. G. sich zu euch einer weitem Hülfe und Steuer gerösten,“ als nämlich die Summe aufzubringen, um die versetzten Nemter wieder einzulösen. Durch einen jeden von der Ritterschaft sollen dazu (im Durchschnitte) 2000 Gulden hergeschossen werden, von den Städten durch Stolberg 5000, Wernigerode 6000, Neustadt, Heringen, Kelbra und Elbingerode durch jede 1000 Gulden, vom Abt zu Jlsfeld 3000, Jlsenburg 2000, vom Kloster Drübeck 1000 und vom Komthur zu Langeln 1000 Gulden, wofür die Landschaft Versicherungen ausstellen, und Einnehmer darüber verordnen möge. Oder aber endlich möge die Landschaft alle rückständigen Zinsen auf sich, und dafür die Erhebung der Franksteuer an sich nehmen.

Vom 20. August ist der Stände Antwort auf die Proposition: auf E. G. Erfordern und Vorbescheid sind wir als die Untertänigen und Gehorsamen erschienen, haben, was E. G. durch derselben Kanzler, der Herrschaft Beschwerden halber

---

44) Beiträge I. S. 105. Anm. 44 und S. 107.

halber proponiren, lassen — — angehört. Die Vorschläge selbst wurden gänzlich abgelehnt, weil ohne freundliche und brüderliche Vereintigung nichts fruchtbarliches in diesen Sachen geschehen, die Landschaft die Verwaltung aber nicht übernehmen könne, indem zum mindesten dazu für den Anfang große Geldsummen gehörten, welche sie nicht herbei zuschaffen vermögte, da ihre Lage durch Bürgschaften und Abpfändungen der Güter (Hülfsen) schon zu drückend geworden sei, und diese Last ihre Kräfte überstiege. Sie sei schon im Unglauben, niemand werde ihr borgen noch mit ihr handeln wollen. Auch hüteten viel Hirten selten wohl.

Umsonst stellte man hierauf vor: So verhoffen J. G. auch, daß weder J. G. Aeltern oder sie um eine gemeine Landschaft das verdient, daß ihre vorgewandten Ursachen nicht bedacht und sie also hülfslos sollten verlassen werden, so doch solches der Landschaft selbst zu Schaden und Nachtheil gereicher und auch anderer Herrschaften Landschaft ihre Herrschaften, da gleichwohl solche Ursachen nicht vorhanden, sie dergestalt nicht zu verlassen pflegen. Daß ihr ungezweifelt J. G. Herrschaft und Nachbarschaft (Ann. 46.) einer neuen ungewöhnlichen werdet vorsetzen, das wollen J. G. jederzeit mit dankbarem Gemüth gegen euch unvergessen sein, es haben auch J. G. bis daher die Unterthanen in vielen Reichthümern und andern Anlagen verschont, und gegen die Lehnsfürsten in Schatzung und Steuern, nicht ohne sonderliche Ungnade, vertreten,<sup>45)</sup> und erhalten. Es set

---

45) Eigentlich bloß Herzog Moriz von Sachsen, der solche Schritte zu Landeshoheitsausübungen beginnen wollte, aber noch

sei kein andrer Weg, als der Unterthanen Hülfe, und diese müßten etwas thun. Bei der vorgeschlagenen Auskunft sei wenig und gar geringer Schaden zu befürchten, die Landschaft könne durch wenige dazu geordnete Personen die Verwaltung und Bersehung anstellen und würde also durch Vielheit der Personen nichts verhindert werden, wie bei Mansfeld, Herzog Ott Heinrich (von der Pfalz, nachheriger Kurfürst) und andern Orten mehr beschehen; die Landschaft habe, als solche, noch keine Verbindlichkeit eingegangen, und müsse also Glauben haben. Umsonst wurden in der Noth und dem Drange noch andere Vorschläge, selbst der gethan: den Gläubigern und der Landschaft vereint die ganze Herrschaft einzuräumen, bis diese sich ihrer Forderungen halber bezahlt gemacht und die Beschwerden abgelegt sein würden. Die Landschaft gab auf alles keine andere Erklärung, als daß die Grafen sich zuerst brüderlich vergleichen und wegen der vom Grafen Ludwig allein zu übernehmenden Regierung und Verwaltung vereinigen mögten, wozu sie viele Vorschläge that, (indem sie eine Theilung der Lande — was doch nach Lage der Dinge das einzige Mittel zur Beendigung der Streitigkeiten war — nicht für nützlich achtete) was sie alsdann, als die getreuen Unterthanen, raten und schaffen könnten, wollten sie thun und sich der Gebühr vernehmen lassen, sie wollten alsdann mit Rathen, Reiten, Fahren und

Ge

---

noch zurückgewiesen wurde. Erst seinem durch die Zeiten, die allen Widerstand ausschließende Schuldenlast der Grafen, und die vielfachen Hülfs (Exekutionen) in das Fehn begünstigten Nachfolger August gelang bekanntlich im Jahr 1558 die Unterwerfung.

Gehen, auch der Hülfe halben, sich dermaßen erklären, daß E. G. ihren unterthänigen Willen und Gemüth befinden sollen, und dem schädlichen Feuer wehren helfen.“ Denn sie wollten die Herrschaft nicht verlassen, aber sie könnten nicht unmögliche Dinge möglich machen.

Auch die Ritterschaft blieb auf die Forderung der Grafen: ihr wollet von denen Dörfern und Gütern so jeder inne hat, welche J. G. lehn,<sup>46)</sup> oder in der Herrschaft gelegen sind, die Tranksteuer, von dem darin versenkten, vom Adel gebrauten oder fremden Bier und Wein, auch folgen zu lassen euch nicht weigern, im Bedenken, daß dergleichen von andern Lehnleuten ihren Herren auch beschehen, welche Steuer denn auch der Ritterschaft zu keiner Schmälerung ihrer Renten und Gefälle gereicht, weil davon viel von Fremden gegeben wird, — bei der Ablehnung: diese Biersteuer, so von unsern Untertbanen gefallen mögte, ist etwas gar Geringes, können auch nicht erachten, daß der Herrschaft damit geholfen, so bitten wir unterthänig, E. G. wollen den Ruhm, daß der Grafen Untertbanen vor andern unbeschwert sind, behalten.<sup>47)</sup>

Da

---

46) Dieß geht vorzüglich gegen die von Wertek, als Besitzer der Herrschaft Frohndorf, welche sie vom Hause Stolberg erkaufte hatten, (1505) und, wenn auch nicht Theil der Grafschaft, doch lehn und in manchen Verhältnissen dazu geblieben war, (und noch ist) daher waren sie gewissermaßen nur Nachbarn.

47) Beiträge I. S. 75. Anm. 8.

Da nun die Grafen Ludwig und Albrecht Georg sich über keine Regierungs- und Vormundschafts-Streitigkeiten vereinigen konnten, sondern vielmehr immer erbitterter gegen einander wurden, „und wo Gott die Hand abzeugt, sich die Landschaft viel zu wenig erkennt;“ so bat sie am 25. August; „weil sich nun der Handel etwas lange verzogen, daß die Landschaft erlaubet (entlassen) werden möge. Graf Ludwig, der Verhandlungen, die kein Ende gewinnen konnten, ohnehin überdrüssig, und nach Königstein zurückeilend, gewährte dieß noch desselben Tags, „that sich auch des Erscheinens, gehabten Fleiß, Mühe und Erbitterens der Steuer bedanken.“ Ein Theil der Landschaft reiste gleich weg, aber „die Landstände, die wenigen, so noch alhier“ übergaben am 26. August noch andere Vorschläge zur Vereinigung ihrer Herren, die ebenfalls ohne Wirkung blieben.

So trennte sich dieser Landtag, fruchtlos, und nur wegen Versammlung der Gläubiger, um mit ihnen über Stillstand und Befriedigungsfristen, mit Zuziehung der Landschaft, zu handeln, war man übereingekommen.

Auf diesem Tage erschienen auch Lehnleute, welche nicht im Stolberg'schen begütert waren, daher wird von Seiten der Herrschaft auch die Versammlung: Lehnverwandte und Landschaft benannt, sich selbst nenne sie gewöhnlich kurz: die Landschaft, oft auch Ritterschaft, (oder Lehnleute) und Landschaft.



## Erster Landtag von 1560.

**D**ie immer steigende Noth und Verwirrung, die Klagen derer aus der Ritterschaft und den Untertanen, welche wegen ihrer Bürgschaften für die Grafen ietzt angegriffen waren, und lange ohne Hülfe in Leistung zehrten, erforderten jedoch bald die Wiederholung des Versuchs, ob wirklich durch die Landschaft kein Rath, keine Rettung geschafft werden könne? Mehrere Streitigkeiten unter den Grafen waren auf der Landschaft Vermittelung ausgesetzt, ohne ihre Theilnahme wurde die nothwendige Vormundschaftsbestellung immerfort gehemmt. Darum wurde auf den 23. Sept. 1560 ein neuer Landtag nach Stolberg ausgeschrieben und an diesem der Landschaft,<sup>48)</sup> die Proposition übergeben: daß wir euch anher in solcher Eil beschrieben ist aus nachfolgenden wichtigen und erheblichen Ursachen geschehen: die Vormundschaft der Söhne Graf Wolfgang zu Stande zu bringen; Jemanden aus eurer Mitte zu erwählen, welcher den Kursächsischen schiedsrichterlichen Verhandlungen über die Klagen der Grafen Heinrich und Christoph auf Vernichtung der Regierungsverzichte, neben den Räten, beiwohne; die Eintreibung der ausstehenden Forderungen zu bewirken, damit durch lehnherrliche Einweisungen wegen kleiner Summen nicht wichtige Ämter verloren gehen. „Deshalb werden wir nicht wenig verursacht, euch, als unsern geliebten Untertanen und Verwandten, diese unsere unverursachte Beschwerde zu klagen, und zum höchsten zu bitten: ihr wollet ansehen, wie

D 2

gar

---

48) Ritter und Landschaft in andern Exemplaren.

gar übel wir zu diesen Sachen und Beschwerde kommen, dadurch daß unsers Herrn Vaters und unsere unterthänige, freundliche und wohlmeinende Dienste, damit wir Herrn und Freunden haben dienen wollen, damit euch, unsern Unterthanen, desto mehr Ruhe, Frieden und Schuß erhalten werden mögte, zum höchsten Schaden und Verderben gereicht, daß ihr zu bedenken, da wir gleich uns ganz unserer Grafschaft entäußern müßten, daß ihr doch dadurch zu keiner Benennung der Bürgschaften oder Schadenshaltung nicht kommen könnt, sondern vielmehr in größere Beschwerde gerathen würdet. Darum bitten wir in dieser unserer höchsten Noth und Beschwerde, wollet bei uns thun, was an andern Orten Verwandte und Unterthanen zu Rettung ihrer Herrschaft Glauben, Treue und Ehre gethan, täglich thun, und ihnen rühmlich nachgesagt wird, und euch unter einander dermaßen vergleichen, damit durch euer getreues Zuthun und unterthänige Mithülfe unsere Aemter wiederum mögen eingelöst, und der große Schaden und Unrath möge abgeschafft werden.“ Es wurde also gefordert:

1) Rath wie die ausstehenden Forderungen einzunehmen;

2) Verhandlung mit den Gläubigern durch die Landschaft auf Fristgewährung und Nachlaß, so wie Uebnahme einiger derselben, wogegen die Zinsen angewiesen werden sollten; damit Einlösung der Aemter, und neue Steuern deshalb:

3) Mitvollziehung und Bürgschaft bei einigen Gläubigern, welche diese Bedingung gemacht haben;

4) Vergleichung wegen eines Ausschusses, der erfordert würde, wenn den ernannten Vormündern  
und

und den Grafen wichtige Sachen vorkommen mögten, wozu sie des Rathes der Landschaft bedürftig;

5) Rath in den Befehlssachen, besonders, ob man sich vergleichen solle?

6) Die vom Kaiser ernannten Vormünder zur Annahme der Vormundschaft zu bewegen.

Am 24. Sept. antwortete die Ritterschaft: 49) auf Erfordern sei sie erschienen, erkenne sich dessen schuldig, es wären aber nicht alle gegenwärtig, die von Werter sonderten sich ab; deshalb nannten sie sich auch nur einen Ausschuss der Landschaft, und baten um Verschiebung auf einen andern Landtag. Die von Werter, „als die Lehensleut“ übergaben am 25. Sept. eine besondere Antwort auf die Proposition, zu deren Rechtfertigung sie nichts anführen, vielleicht wollten sie ihrer besondern Verhältnisse wegen mit den andern Lehensleuten und Untertanen sich nicht gleichstellen lassen, sondern auf dem Stolbergischen Landtage eine Art Herrenbank bilden. Ihr Vortrag ging darauf hinaus, daß sie und die Landschaft nicht helfen könnten, aus allgemeiner Armuth. Ein Ausschuss sei Neuerung, und wegen Abwesenheit so vieler Mitglieder jetzt nicht zu Stande zu bringen, bäten: es beim alten Brauch zu lassen, da die meisten Mitglieder in der Nähe gesessen; und ihre Zahl ohnehin so groß nicht sei.

D 3

Die

---

49) Die getrennte Verhandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten ist kein Merkmal der gänzlichen Absonderung der Stände unter sich, am Ende kommen sie gewöhnlich alle drei wieder zusammen. Jacobi a. a. D. 50.

Die Grafen wünschten vorzüglich diese Vormundschftsangelegenheit beendigt, deshalb übergaben auch die vorgeschlagenen Vormünder der Landschaft Bedingungen, welche besser unten im Zusammenhange vorgetragen werden können — der Landtag mußte aber doch vertagt werden.

## §. II.

### Zweiter Landtag des Jahres 1560.

Theilnahme an der Vormundschftsbestellung für die Söhne Graf Wolfgangs.

Bei den Verhandlungen dieses Landtags findet sich endlich der Entwurf eines Verzeichnisses der „Stolbergischen Lehuleute von der Ritters- und Landschaft, so man 1560 den 28. October beschrieben,<sup>50)</sup> allein dieses Verzeichniß ist durchaus nicht vollständig, und wir können daraus auf die alleinige Landstandschafft der genannten Personen und Gemeinheiten keinen Schluß machen. Vielleicht sind auch nur die darin angeführt, welche auf dem Landtage wirklich erschienen. So viel geht indeß daraus ebenfalls hervor, daß auch Lehuleute beschieden oder erschienen waren; deren Güter außerhalb des gräflichen Gebiets lagen, wozu es an Beispielen in andern Landschaften gleichfalls nicht fehlt.<sup>51)</sup>

Am

50) Anlage 2. Die zur Grafschaft Wernigerode gehörigen Mitglieder sind mit einem Stern bezeichnet.

51) Strube Nebenst. Th. 4. Abth. 25. §. 5. zwar die in fremden Landen gelegenen Lehen ausschließend; aber alle Gründe passen eben so gut auf diese, auch sie waren der Lehnst.

Am 28. Oktober übergab die Ritter- und Landschaft die „Antwort auf m. g. H. jüngst gehaltenes Landtags den 23. September des iezigen Jahres übergebenen Proposition,“ mit Entschuldigung des damaligen Nichterscheinens, und knüpfte dadurch die Verhandlungen dieses Landtages mit denen des vorhergehenden eng zusammen.

Anfangs klagten sie darin, daß noch Niemand von den Prälaten wider Recht heute gesehen sei, gingen dann in den Zustand der Herrschaft ein und verlangten mancherlei Nachweisungen und Aufklärungen, besonders über Schuldensummen, Ausstände und Einnahme; während die Grafen Heinrich und Christoph (welche auf die Regierungsrechte Verzicht geleistet hatten, diesen aber ietzt wieder aufriefen) gegen Verhandlungen protestiren ließen, die ohne ihre Zuziehung erfolgten. Die Prälaten und etliche Lehnsleute, ließen die Grafen antworten, hätten sich entschuldigt, aber schriftlich erboten, alles das zu thun, was gemeine unsere Lehnsleute und Unterthanen rathe und thun würden. Dieweil auch, so viel die gesuchte Hülfe anlangt, unter den Lehnsleuten und Städten ein Unterschied, so möge jeder Theil sich seines Bedenkens insonderheit erklären, dazu jeder sein besonderes Gemach erhalten solle. Die gemeinschaftliche Rückantwort klagt über mancherlei Vorfälle, besonders die Unredlichkeit einiger Diener, welche nicht näher bezeichnet werden; sie hätten es 1555 an ihrem Bedenken, Rath, Vorschlägen und Fleiß

D 4

---

Lehnspflicht wegen schuldig das Waffe des Lehnsherrn zu befördern. Daß sie ausblieben, als ihr Landesherr sie selbst besteuerte, daß sie durch ihre Angehörung an fremdes Gebiet sich entzogen, war ganz natürlich.

Fleiß nicht erwinden lassen, „es ist aber andern, daß die alten Herren ihre getreue Landschaft vor alten Jahren an sich gezogen, mit derselben Rath und Gutsdünken regiert. Die Landschaft wisse was bei Kaiser, Königen, Kur; und Fürsten im Brauch gewesen, die Unterthanen und Lehnleute der Grafen aber haben solches bisher Gottlob! nicht erfahren, wie denn auch die Herren von Mansfeld und andere ihre Sachen allewege dahin gerichtet, daß ihre Lehnleute von der Ritterschaft und derselben Unterthanen damit verschont worden. Da auch einige aus ihrem Mittel sich sonderten, so bäten sie, es ihnen nicht zu verdenken, wenn sie sich deren hinfort müßigen und sie in ihrem Rath nicht wissen wollten. So viel die Sonderung der Landschaft in die Ritterschaft und Städte anlange, dieweil es eine Neuerung sein wollte, wird gebeten: E. G. wollen sie, wie bisdaher, gnädiglichen bleiben lassen. Nachdem im allgemeinen alle Forderungen abgeschlagen waren, fügten sie noch hinzu: wir bedenken treulich, daß E. G. vorigem Rath noch folgen, sich einziehen, die unnöthigen Unkosten abschaffen, die Rechnungen und andere Dinge vor die Hand nehmen, den Harz gebrauchen und verkohlen, und nicht um der Jagd willen sparen, sondern denselben zum höchsten nutzen, sich der Kaufleute Handel müßigen und sich ihres Berufs halten, und ob etwas hierin zu scharf, oder zuviel (gesagt) — es der Nothdurst zuschreiben. (So freimüthig: trohig war hier sobald die Landschaft geworden!)

Die Grafen erwiederten: keinem Stande sei eine solche Beschwerung begegnet, als ihnen; nicht wie  
das

das Unglück gekommen, solle untersucht werden, sondern wie zu helfen. Exempel der Hülfe gräflicher Lehnsleute und Unterthanen habt ihr in den Grafschaften Lippe, Hoya und Reinstein. Mansfeld hat solche Ursachen des Unglücks nicht, wie wir. So seid ihr auch mit den Ritterdiensten, ob wir derselbigen in der Fehde wohl bedurft, gleichwohl eine gute Zeit verschont worden, wir wollen uns zu euch gnädiglich versehen, ihr werdet uns eure Hülfe nicht weigern noch abschlagen, insonderheit aber wollen wir gnädiglich begert haben, ihr von der Ritterschaft wollet uns die Tranksteuer von den Dörfern, so ihr von uns zu Lehn traget, wie die Städte und andere unsere Unterthanen gethan, und ihr auch hievore bewilligt (§. 7. S. 36. 37.) auch geben und bewilligen, sind wir zufrieden, daß ihr dazu sonderliche Einnehmer verordnet und so hoch sich solche Steuer erstrecken wird, euch etlicher Verschwerung und Bürgschaften dadurch entledigt.

Ueber den in den vorigen Landtagsverhandlungen noch nicht beendigten Tranksteuerepunkt erklärte die Landschaft endlich: es sei eine Neuerung und also, neben der andern gesuchten Hülfe und Bezahlung, zu Recht nicht herkommen noch gegründet. Ja es ist auch gegen Gott, schwerlich zu verantworten, die Armuth und Unterthanen dermaßen zu beladen. Denn warum? Es benimmt das gemeine Gebet, so ist es auch Gottes Befehl nicht, dieser Gestalt der armen Unterthanen Schweiß an sich zu ziehen. Aber wie dem, daß E. G. nicht denken sollen, die Landschaft wolle E. G. gar verlassen, wie wohl sie sich vor Gott fast ein Gewissen darüber macht, denn auch das Kind in der Wiegen, durch die Nahrung seiner Mutter Brüste hierzu steuern muß, und

auch die von Werter und andere wissen, welche Schenken und Unterthanen haben, daß es den mehrern Theil über dieselbigen gehen wird; so wollen doch die von der Ritterschaft, dieweil die Städte hievor eine sonderliche Tranksteuer, zu merklichem Schaden und Nachtheil, etliche Jahre gewilliget, der großen Noth zu Hülfe, aus christlichem und unterthänigem Gemüth, eine Hülfe vom Getränke bei den ibrigen einbringen, zu Nutz und Gut gemeiner Herrschaft. Also, daß von jedem Faß Wein oder Bier, welches verkauft oder angezapft wird, durchweg 5 Gr. gefallen sollen, drei Jahr lang. Diese Steuer soll mit Rath der Landschaft gebührender Weise zu Abwendung der Beschwerde angewendet werden, davon dieselbe zu jeder Zeit Bericht und Rechnung haben kann, doch daß der Ritterschaft ein genugsamer Revers gegeben werde. Am 1. Nov. erwiderten die Grafen: unsere Vorfahren und wir haben bisdaher je und in allerwege euch im Geringsten nicht beschwert, auch in billigen Anlagen und Steuern eurer verschont, wie wir auch nochmals gemeint, ohne sonderlichen euren Schaden und Nachtheil von euch bewilligt werden könnte. Wollen uns derwegen günstiglich zu euch, unserer Ritterschaft, versehen, ihr werdet die gesuchte Tranksteuer, wie die von unsern Städten und Unterthanen gewilliget, in euren Dörfern und bei euren Leuten, so ihr von uns zu Lehn habt, sechs Jahr lang zu geben nicht beschweren, indem euer Vorschlag ein gar Geringfügiges, trägt nicht über einige hundert Gulden des Jahrs. Sie mögten auf das Faß einige Groschen zu setzen, oder aber, eine Steuer auf ihrer Unterthanen Güter legen, und mit derselben J. G. zu Bezahlung der rückständigen Zinsen behülflich sein.

Und



Und dieweil viele ihrer Gnaden Lehensleute keine Dörfer, sondern allein Güter hätten, welche denn dieser Anschlag nicht mögte belangen, daß dann von denselbigen nach Werth der Güter, die sie von J. G. zu Lehn tragen, auch ein Anschlag gemacht würde, damit M. g. H. derselbigen Wohlmeinung, Treue und gutherziges Gemüth auch vermerken mögten. Daß aber J. G. solche Kontribution der Ritterschaft und Landschaft zusammenwerfen, und daß sie wohl angelegt, Vorsehung thun; da mögen J. G. leiden, daß die Ritterschaft Jemand benenne, dem ihre Hülfe zugestellt und mit dessen Wissen das Geld angelegt wird. Daß aber die Geistlichen und die andere Landschaft auch dazu legen soll, kann nicht sein, denn die Landschaft ihre Tranksteuer zu Erledigung derer Summen dafür sie haften, gebrauchen, es ist auch die Hülfe, welche die Landschaft thut, gegen die der Ritterschaft gar ungleich. Die erstern Vorschläge wiesen die Stände ab; Christoph von Werter und Wilhelm von Wulferodt wurden zur Einnahme und Verwendung ihres guten Willens verordnet; das letztere müssen sie an ihren Ort stellen, wollen aber nicht darin gewilligt haben. Die Grafen stellten ihrer seits an seinen Ort, daß ein Mehreres nicht zu erlangen, mit dankbarlicher Annnehmung dessen, was bewilligt worden. Ueber die Fassung des Reverses gab es noch vielfachen Streit, besonders über die Einschaltung der Grafen Heinrich und Christoph, die Bestimmung, daß die Hülfe zu keinen besondern Schulden eines einzelnen Grafen verwendet werden solle, weil sich dieß nicht mehr überall nachweisen ließ, so wie über den Zusatz, daß die Verwendung nur zur Venehmung der Bürgen geschehe, und wenn diese nicht erfolge,

die

die Verwilligung ohne Kraft sein sollte. Ueberhaupt fanden die Stände in dem entworfenen Revers ihre Rechte zu sehr gefährdet, denn das was der Untertban dem Herrn verwandt ist, ist der Herr dem Untertban wieder schuldig. Auch ein Pferd, das auf seinem Ritterdienst in der Schlacht von Sievershausen (1553) Christoph von Werter verloren und noch nicht bezahlt erhalten hatte, wurde ein Theil der Landtags-Verhandlungen. Wie diese Punkte aber beendet wurden, wissen wir nicht, da der Revers selbst fehlt. In Hinsicht der in der Proposition vom 23. Sept. 1560 aufgestellten Punkte, wurde

1) der Rath, wie die ausstehenden Forderungen einzumahnen, dadurch erledigt, daß das Recht vorgenommen werden müsse, wenn die Güte nicht helfe, wie wohl zu erwarten, besonders bei dem alten Herzog Heinrich zu Wolfenbüttel, an welchen „auf nächstgehaltenen Schützenhose zu Halle beide Kurfürsten zu Sachsen und Brandenburg, auch der Erzbischof zu Magdeburg zugleich Vorschreiben ergoßen lassen,“ ohne Frucht.

2) Die Behandlung der Gläubiger durch die Landschaft und die damit verbundene Unterstützung und Steuer, wurde mit einer großen Klage über das Unglück der Bürgen beseitigt, daß deshalb die Landschaft nicht geeignet sei, einzeln zu unterhandeln, daß überhaupt nicht zweckmäßig verfahren sei.

In Hinsicht der Hülfe „wollte die Landschaft gern wissen, wo sie doch zur Hülfe kommen sollten, da bereits dieser Bürgschaft wegen über ihre Güter Auspfändung verhängt, sie sich zum Theil selbst lösen, Zins und Hauptsumme ausgeben, Leistung und

und andern Schaden tragen müssen.“ Eine Einlösung der Kempter sei etwas sehr bedeutendes. Die Grafen bestritten, daß schon Vielen die Güter wegen Bürgschaft entzogen, und schlugen vor: damit wir desto besser die Kempter lösen können, ihr wollet uns eine Summe Geldes, so hoch als die Kempter würdig, auf etliche Kempter aufbringen, sollen die jetzigen Inhaber abgelegt, und euch die Kempter verschrieben werden, und sollt ihr, wo es bei euch zu erhalten, uns etwas zu Bezahlung der Zinse, etliche Jahr lang, zu Hülfe kommen, damit wir desto eher zu Ablösung der rückständigen Zinsen Rath schaffen können. Die Landschaft schlug das geradezu ab, weil sie in dem Unglauben, der Bürgschaft wegen, und neue Verpflichtungen ihr also unmöglich wären. Daß die Landschaft aber die vertagten Zinsen ablösen und auf sich nehmen sollte, da wollen doch E. G. beherzigen, wie es möglich, denn sie stecken in höchsten Nöthen, sie sind mit Ritterdiensten beschwert, und mit diesen hochwichtigen Bürgschaften dahin gerathen, daß sie auch das Leben, oder ob sie Menschen sind, nicht wissen, vielweniger sie ihrer Güter mächtig. Die Grafen klagten hierauf: daß ihr euch aber zu Ablösung unser verpfändeten Kempter ferner nicht erbietet, ist uns von euch nicht wenig fremd zu vernehmen, da es ohne allen euren Verlust und Schaden wäre, und bitten abermals gütlich: ihr wollet euch eines bessern hierin bedenken. Das Suchen wegen der Zinsen hätten sie nicht recht verstanden, und zweifelten die Grafen nicht, nach erfolgter Erklärung, daß solche unter euch, ohne sonderliche große Beschwerung wohl eingetheilt werden können. Endlich erklärten die Grafen: sie hätten auf diesen Punkt nicht hart bestehen wollen.

3) Zur

3) Zur weitem Versicherung mehrerer Stäubiger war die Landschaft eben so wenig zu bewegen, weil ein Theil ohnehin schon dafür hatte, und die gräßl. Vorstellung, daß es ihnen sehr schimpflich, beschwerlich, und nachtheilig sein, auch ein seltsam Ansehen haben würde, solche geringschätzige Sachen bei unserer Ritterschaft und Untertanen nicht zu erhalten, wurde damit abgelehnt, die neue Versicherung treffe bloß diejenigen, welche schon für den Gegenstand gebürgt hätten, und also habe dieß seine gewiesenen Wege.

5) Die Proposition enthielt zugleich die Geschichte dieser Befehle, welche als ein Beitrag zu den Sitten jener Zeit die Ausnahme verdient. „Wir sind bisher von etlichen muthwilligen Buben ohne alle Ursache befehlet und zum höchsten beschädigt worden, und haben wir mit merklichen Unkosten den Buben nachtrachten und etliche viel rechtfertigen lassen, auch gegen die Hauptsacher, als Schrader, Wolf vom Harz, Hansen Montagen, Andres Ditzmarn, Martin Brosius und Valentin Michel am K. Kammergericht auf die Acht klagen lassen, auch die Sache so weit gebracht, daß dieselbigen vor etlichen Monaten bereits in des heiligen Reichs Acht erklärt worden. So ist auch von den Aechtern Martin Brosius bereits gerechtfertigt, und soll Hans Montag heute zum Bockelnhagen dasselbe Schicksal erleiden, Andreas Ditzmar aber ist mit genauer Noth, als jüngst der Quedlinburgsche Feind ergriffen worden; davon kommen. Es haben aber hiebevorn die beiden Fürsten Herzog Heinrich und Herzog Ernst von Braunschweig, unsere gnädigen Herrn, an uns geschrieben und zwischen Schrader, Wolfen vom Harz und uns zu handeln sich erbotten; darauf wir aber

aber J. F. G. zu wissen gethan, daß die Acht wider diese ergangen. J. F. G. haben sich darauf gegen uns entschuldigt, daß sie solches nicht gewußt, und in unser Bedenken gestellt, ob wir uns mit den Aechtern in Unterhandlung einlassen wollten oder nicht?" Die von Werter in ihrem besondern Bedenken rietthen, zum Trost der treuen Unterthanen und zum Abscheu der andern, daran, sonderlich dieser Art Landes, merklich viel gelegen, auf die Fortsetzung der Acht zu dringen, denn wie Gott der Obrigkeit das Schwerdt gegeben wider die Bösen, also ist auch kein Zweifel, daß er ihr in solchem ihrem Amt beistehen und sie wider allen unrechten Gewalt erhalten wolle. Die Ansicht des zweiten Landtags stimmte damit überein; E. G. Feind belangend, weiß die Landschaft in Wahrheit nicht, was E. G. darin zu thun sein will. Denn E. G. unverschuldet dazu kommen, und gleichwohl sonst derselben Unterthanen viel Schadens erlitten und großen Unkosten aufwenden müssen, auch die Acht über jene erlangt. Darum müssen E. G., als die hochverständigen Grafen, den Rath hierin bei sich selbst haben, denn man berichtet, daß jener schon mehr empfangen, als er anfangs gefordert.

4 und 6) Die Vormundschaft. Graf Wolfgang starb am 7. März 1552 und hinterließ vier ganz unmündige Söhne und eine Tochter. Auf seinem Todtenbette ernannte er ihnen seine sämmtlichen Brüder, den Grafen Friedrich Magnus zu Solms, und seinen Rath D. Franz Schüssler zu Vormündern. Allein so wenig diese aller Förmlichkeiten mangelnde Verfügung, die man unrichtiger Weise wohl ein Testament genannt findet, etwas gelten konnte, so befolgten auch die beiden regierenden Brüder

der solche in der That nicht, sondern besorgten, „vermöge der gemeinen beschriebenen Rechte, als tutores legitimi“ alle Geschäfte für ihre Neffen, da der Graf Solms ohnehin die Annahme ausschlug, und bei den andern sich Schwierigkeiten mannigfacher Art fanden — ohne jedoch irgend eine vormundschaftliche Pflicht zu erfüllen. Die nachfolgenden Streitigkeiten bewogen den Graf Ludwig den Kaiser Ferdinand I. um Ansetzung ordentlicher Vormünder zu bitten. Am 30. Junius 1558 trug dieser auch, als oberster Vogt und Beschirmer Wittwen und Waisen und von Obrigkeit wegen, dem Herzog Ernst von Braunschweig, dem Graf Volkmarr Wolf von Hohnstein, und dem Doktor Schüssler die Vormundschaft auf. Beide erstere weigerten sich, und der Graf Albrecht Georg wollte sich nicht ausschließen lassen. In dem Vertrage, welchen zu Nordhausen am 19. Julius 1559 die Grafen von Mansfeld, Schwarzburg und Hohnstein zwischen den Brüdern Ludwig und Albrecht Georg vermittelten, wurde festgesetzt: daß der Kaiser ersucht werden solle, zu Vormündern einen aus den Freunden, einen aus den gräflichen Räten, und einen von den Städten zu ernennen. Dieß erfolgte durch Beauftragung der Grafen von Schwarzburg und von Hohnstein, Georg's von Wette auf Wiehe, Doktor Franz Schüssler's und des Bürgermeister Thomas Schüke von Wernigerode. Die erstern lehnten die Würde wieder ab, und die drei letztern hielten sich allein zur Uebernahme nicht verbunden, sondern suchten gleichfalls der Last überhoben zu werden. Schon auf dem ersten Landtage übergaben sie Bedingungen: wollen uns versehen, es werden u. g. H. auch die Herren Prälaten, Ritterschaft und Städte uns mit solcher beschwer-

schwerlichen Vormundschaft, wie keine im Reich, vershonon, oder je uns allein damit nicht beladen; uns etliche von den Freunden, oder 1) je zum wenigsten Hans von Stockhausen zu ordnen; 2) die Herren Prälaten, Ritterschaft und Städte uns einen Schein geben, daß unsere Uebernahme der ganzen Landschaft Wille sei, und wir der Vormundschaft also Vollmacht haben, daß u. g. H. und die Landschaft uns vertreten wollen; ferner, daß von u. g. H. und der Landschaft bewilligt werde, da beschwerliche Sachen vorfielen, darin wir, u. g. H. oder des verordneten Ausschusses Rath bedürften, daß alsdann J. G. uns beiräthig sein wollen, und wir den Ausschuß zu beschreiben haben, und von wegen der Landschaft sie uns auch beiräthig sein wollen; auch daß J. G. Obervormünder blieben und diesen jährlich Rechnung abgelegt würde, nach Sachsenrecht und dieser Art Landesgewohnheit, und Kais. Majestät und des h. Reichs Policeiordnung gemäß. Nach mancherlei Zwischenhandlungen wurde am 7. Nov. wirklich ein Vertrag geschlossen: Wir Ludwig und Albrecht Georg, wir die Vormünder, und dazu wir Henningus Abt zu Ilfenburg, Wigmann Kretzsch Propst zu Wasserleer, Henningus Pape Propst zu Drübeck von wegen der Prälaten; Christoph von Werter, Heinrich von der Werna, Dietrich von Gadenstedt, Asche von Cram, Jobst von Schwichold, Wilhelm von Wulferodt, Wilhelm von Birckau, Caspar von Salze, Hans Friedrich von Lutgenrode, Kurdt und Heinrich Bardt Gebrüder von wegen gemeiner Ritterschaft; wir Bürgermeister und Räte beider Städte Stolberg und Wernigerode von wegen der andern Städte; und also für uns und gemeiner Landschaft wegen der Grafschaft:

Delius Beitr. 2. B.

E

ten

zen Stolberg und Wernigerode — lautet der  
 Eingang: Hans von Stockhausen und Heinrich von  
 Nürleben wurden den Vormündern zugegeben, alle fünf  
 durch Bitten der Grafen und der Landschaft dazu ver-  
 mocht. Schadloshaltung, Beistand, wurden verspro-  
 chen, „wie dann wir die Lehnsleute und Unterthanen  
 auf m. g. H. oder der Vormünder Erfordern in solchen  
 Fällen auch treulich unsere schuldige Dienste, Folge, und  
 was wir zu thun schuldig leisten wollen.“ Sie sollen  
 nicht dafür stehen, wenn den jungen Herren durch Ge-  
 walt etwas entzogen, wenn muthwillige Duben ihr  
 Feind werden. Der Kaiser soll die Vormundschaft be-  
 stätigen und dem Kurfürsten August zu Sachsen und  
 Herzog Ernst zu Braunschweig befehlen, sie in beson-  
 derm Schutze zu halten. Keine Ungnade dürfen die  
 Grafen wegen pflichtemäßiger Vorstellungen und For-  
 derungen auf sie werfen; Schutz gegen ihre Mängel  
 nach der Volljährigkeit; und Vertretung der Land-  
 schaft. „Wir die Grafen, Prälaten, Ritterschaft und  
 Städte haben auch bewilligt, so den Vormündern Sa-  
 chen vorfielen, darin sie unser sämmtlich oder sonderlich  
 Rathes bedürften, auf ihr Ansuchen jederzeit beiräthig  
 zu sein, und sollen uns, von der Landschaft, die Vor-  
 münder zu beschreiben haben. Den Grafen, als den näch-  
 sten Erben, wollen sie jährlich Rechnung thun, und im  
 Fall diese solche nicht annehmen, soll es ihnen freiste-  
 hen, solche entweder denjenigen, denen solches die Kais.  
 Maj. als die höchste Obrigkeit befehlen wird, oder aber  
 der jungen Herren Lehnsfürsten zu thun und zu über-  
 antworten, an ebendiese Lehns- Kur- und Fürsten  
 solle wegen Schutzes der Vormünder geschrieben wer-  
 den, — und andere minder wichtige Punkte. Nicht  
 vier Jahr haben die Vormünder ihr Amt verwaltet,  
 — die Streitigkeiten scheuchten sie hinweg!

Am



Am Ende der Landtagsverhandlungen wurde nochmals über das Nichterscheinen der Prälaten geklagt: so wolle gemeine Landschaft solches nochmals hiemit in kein Vergessen gestellt haben, und bittet die Herren Prälaten, Klöster, Stifte und Kapitul, welche ohne Mittel der Landschaft zugethan, dahin zu bewegen, daß sie zu diesen beschwerlichen Nöthen der Herrschaft sich dermaßen bezeugen, daß die Landschaft, und zuvörderst gemeine Herrschaft, es empfinden mögen. Darüber bittet auch die Landschaft, weil allerhand Neuerungen vorkamen, und wider alten Gebrauch, Freiheit und Recht sich einbringen, E. G. wollen sich in dem, was sie schuldig und verpflichtet, erinnern, auch die Lehnsleute und Unterthanen darum hören und solches abschaffen. Als Beispiele führten sie später an, daß die von der Ritterschaft begehrten Ritterdienste gleich bei Verlust der Lehn gefordert, und daß mit dem Ritterdienst selbst willkürlich verfahren, indem der, welcher dem Hause Sachsen gehöre, gefordert sei, um ihn Braunschweig zuzuwenden. Ferner, daß mehrere Gehäge (umzäunte Wildpretspplätze) gemacht wären. Dieß leugneten die Grafen, wissen sich nicht zu erinnern, daß seit Absterben Graf Wolfgangs einige neue Gehäge aufgerichtet, daß J. G. es aber in deren Obrigkeiten, da solche nun etliche Jahre hergebracht, brauchen, sind dieselben nicht zu verdienen, „nachdem es bei männiglich, so hohe Obrigkeit hat, gebräuchlich.“ Die Landschaft stellte es in der Grafen Bedenken, „auch daß die von der Landschaft auf etliche Tage sich selbst auslösen (befristigen) müssen;“ und ganz zuletzt wurde noch verlangt, daß „der Schulden, welche in den Klöstern gestiftet, (Ilfeld, Ilfsenburg)

senburg) der Ritterschaft und Unterthanen Kinder vor andern Fremdlingen sich zu getrösten haben mögten," dieß wurde bewilligt.

So endete der wichtigste und längste der allgemeinen Stolberg'schen Landtage — der auch der letzte war.

#### §. 12.

#### Aufhören der allgemeinen Landtage.

**W**äre die Noth nicht so groß, die alles verderbende Uneinigkeit nicht zu heftig und unbeseigbar gewesen, hätten beide Theile, besonders die Landschaft über den Augenblick wegsehen können, der sie festhielt, wie bald und vollständig hätte sich nach einem solchen Anfange die landschaftliche Verfassung im Stolberg'schen Gebiet ausbilden lassen, ausbilden müssen! Was würden die Grafen sich nicht gegen einige Bewilligungen haben gefallen lassen! Gewiß die Schwesterstände in der Nachbarschaft hätten am Ende des 16. Jahrhunderts keinen Vorzug gehabt. Leider begriff man nicht die Zeit und die drohende Zukunft, die Verhandlungen des Jahres 1560 schließen die Reihe der allgemeinen Landtage, wovon sich Nachrichten finden. Ereignisse, welche die Vollendung herbeizuführen im Stande gewesen wären, wenn eine feste Verbindung bestand, lösten das Band, als ihnen keine Hemmung, kein Widerstand entgegentrat, und ihre furchtbare Größe schob die ganze Landesanstalt, die wichtigste welche es je gab, in den dunkeln Hintergrund unbeachtet und, was noch schlimmer, unbedauert zurück! Die Streitigkeiten der Brüder unter sich, und später mit den zur Regierung

gierung berechtigten Söhnen Wolfgangs erreichten eine solche Höhe, und störten und hinderten so sehr jede vernünftige und zweckmäßige Verwaltung, daß durchaus nichts Tüchtiges und Daurendes entstehen und fortleben konnte, von dem Vorhandenen nur Trümmer blieben. Eine Landschaft voll Ansehn und gesetzmäßiger Kraft hätte schützend eintreten können; aber wie mogte sie ohne Hatz und urkundliche Rechte einem Feuer wehren, das Freunde, Kurfürsten, der Kaiser selbst, umsonst zu dämpfen versuchten! Genannt wird die Landschaft noch öfter in diesen Verirrungen, und als verfassungsmäßige Verbindung erwähnt; einzelne Theile wurden ferner beschieden, (wie die Ritterschaft 1566. 28. Jan. vom Graf Albrecht Georg, um sich bei ihr über seinen Bruder Ludwig zu beschweren und die eigene Handlungsweise zu rechtfertigen) aber welch ein trauriger Ersatz für das Aufhören ihrer Versammlung, für die Unthätigkeit beim Elend des Landes, das aus allen seinen Fugen gerissen wurde! Welch ein Ersatz dafür, daß sie gänzlich vergessen zu sein schienen!

Die Theilung der Stolberg'schen Lande am Harz in drei besondere Herrschaften, (1587.) die nur in Reichs- und Kreisanlagen, und in der Gesamtmahnung gemeinschaftlicher Gläubiger, noch einen Faden des alten Bandes sahen, vollendete die Zerreißung des langbestandenen Verhältnisses, — die drei Herrschaften waren nicht ein Gebiet mehr, und deren Einwohner lernten sich nie wieder als Brüder eines Hauses betrachten, bei der wenigen Rücksicht, welche man auf die Fortdauer ihrer Verbindung genommen hatte. Selbst dieses wichtige

Ereigniß der Landestheilung, bei dem sonst gewöhnlich die Landstände theilnehmend, vermittelnd und bekräftigend erscheinen, ging ohne ihren Antheil, ohne ihre Zustimmung vorüber — wie schlaff mußte das Band schon geworden sein! Immer hätten andere Verhältnisse, andere Herrscher es wieder stärker und enger fassen können; aber noch früher, als der Zufall diese einführte, zerschnitt der, nicht ungeahndete, doch unerwartete Eintritt der Landeshoheit dasselbe schon ganz. In Stolberg wurde sie, wenn auch noch nicht völlig der Form, doch der Sache nach, durch den Vertrag von 12. Mai 1568 dem Kurhause Sachsen eingeräumt: und wenn der Streit über die Ausübung in Hohnstein, welchen das lehnherrliche Haus Braunschweig gegen die sächsischen Anmaßungen führte, die aus der Zahl der Fahren, einst dem ersten Landgrafen Thüringens (aus dem Salischen Hause) bei der Beleihung vom Kaiser übergeben, diese Grafschaft als Zubehör Thüringens, in eigenthümlicher Rechnung, ansprachen, Hoffnungen zur Erhaltung gab; so zerstörte auch solche völlig wieder, die gewaltsame und ungerechte, eigenthätige Besitznahme des despotischen Herzogs Heinrich Julius (1598. 1603.) welche erst 1639 dadurch geendigt werden konnte, daß auch diese Grafschaft der Kalenbergischen Landeshoheit völlig unterworfen wurde.

Eine Gesammt-Verbindung aller bisherigen Stolbergischen Landstände konnte nicht weiter Statt finden, die Landeshoheit hätte ihnen als Verbrechen nachgespürt; die Landschaften gehörten nun zu verschiedenen Reichsgebieten, bildeten fortan kein eigenes Land mehr, sollten kein gemeinschaftliches Interesse

teresse mehr kennen, keine gemeinschaftlichen Anstalten mehr haben, sondern sich nun bloß als Sachsen oder Braunschweiger betrachten, und den Geboten und Auflagen, die von Dresden oder Celle aus ergingen, sich fügen, und dahin zahlen. Dazu hatten sich so manche schöne Landestheile abgetrennt.

Also war die Verbindung der Stolbergischen Herrschaften auf beiden Seiten des Harzes völlig zerrissen, in einzelne Theile hatten sich die Landschaften aufgelöst. Aber in diesen haben besondere Landstände zum Theil bis auf unsere Zeiten fortgedauert. <sup>52)</sup>

E 4

S. 13.

52) Die Stolbergischen und Hohnsteinischen Stände bildeten nach der Wiedervereinigung beider Lande (1639) 1645 abermals ein Ganzes, (nicht gleich griff die Landeshoheit überall ein, noch mit wichtigeren Anordnungen nach dem 30jährigen Kriege beschäftigt) wie die Anlage 6 bekundet, die in aller Form der damaligen Zeit den Stolbergischen Landtag von 1655 behandelt. Allein Hannover fand nachher, bei der vorgerückten Ausbildung der Landeshoheit darin einen Eingriff in diese, und in dem Vertrage vom 13. Mai 1733 (abgedruckt in Struben rechtl. Ved. Th. 2, B. 57. und von Liebhaber, Beiträge S. 43. ff.) wurde festgesetzt:

„W i e r t e n s, nachdem S. K. M. fernerhin nicht gestatten wollen, daß die Hohnsteinische und Stolbergische Landesstände ein Corpus und Landschaft ausmachen, sondern wiederum gänzlich auseinander gesondert sein sollten, so lassen wir uns solches allerunterthänigst wohlgefallen und sollen noch wollen die Hohnsteinische sogenannte Landesstände, so wenig nach Stolberg, als anderwärts extra territorium, noch in der Grafschaft selbst ferner als Landesstände, sondern als Vasallen, Lehn-Leute und Unter-Obrikeiten in Lehn- und Jurisdictionen-

tions-

## S. 13.

## Verhältnisse der Grafschaft Wernigerode.

In der Grafschaft Wernigerode — von welcher Elbingerode, Schauen, und früher noch, (denn bei beiden blieben die landeshoheitlichen Rechte urkundlich vorbehalten, und wurden längere Zeit fort ausgeübt,) das erst 1727 wieder damit vereinigte Stapelburg abgetrennt waren, — finden wir im letzten Viertel des sechzehnten und im ersten des siebzehnten Jahrhunderts keine Nachrichten von einseitigen Landtagen. Der unglückliche Zustand des Landeshaushalts, die Ueberzeugung, daß außer den bewilligten Trank- und Branntweinsteuern, (die sich mittelbar zu Bewilligungen benutzen ließen) keine Landesabgaben weiter zugestanden werden könnten, die Furcht an den mehr sich ausbildenden und schroffer hervortretenden Herrscherrechten durch solche Verhandlungen zu verlieren, wo sie bei den geringen Einnahmen um so geschähter sein mußten, oder das durch in Streitigkeiten verwickelt zu werden, deren Kostbarkeit gleich anfangs abschreckend erschien, — auf der einen, der Mangel spornender Gewohnheit, und der, bei nicht vollendeter Verfassung, fehlende Antrieb zur Theilnahme an den Landesangelegenheiten, die Aussicht, daß eine solche Versammlung nur zu neuen Geldhülfsen führen würde, mochten auf der andern Seite die Zusammenberufung der Landstände unnöthig, oder nicht wünschenswerth erscheinen lassen

---

tions - Sachen convociren, und uns des juris status provinciales convocandi, als zur landesfürstlichen Hoheit gebdrig, fernern nicht annehmen, und die Landesverfassung in der Grafschaft S. K. M. alleinig überlassen.“

fen — und die Versammlung ruhte. | Erst der dreißigjährige Krieg und die damit eustandene allgemeine Landesnoth, die stehend gewordenen Kriegessteuern, und die gebildeten Landeskassen erweckten sie wieder. Die Last war zu groß und zu langdaurend, als daß sie ohne regelmäßige Vertheilung, ohne verwaltende Behörde, ohne Kriegskasse, hätte getragen, daß das Mißtrauen hätte getilgt werden können, ohne das Land selbst beizuziehen, und ihm die eigene Einsicht in den Gang dieser Angelegenheiten zu gestatten. | Oeffentlichkeit war nothwendig. Die Steuern wurden regelmäßig, erforderten eigene Einnehmer und Rechnung. | Die Leute waren so arm geworden, daß man mit dem bloßen willkürlichen Ansehen der Steuerbeiträge, wo jeder gegen den Nachbar, jede Gemeinde gegen die andere, die Stände unter sich, sich überschätzt glaubten, endlich nicht mehr durchkommen konnte. Die Frage über Steuerfreiheit, oder Steuerantheil einzelner Stände kam lebhafter zur Sprache, da die Noth den schon inwohnenden Trieb, die Landesbürden von sich auf andere abzuwälzen, vorherrschend machte. Es wurde nothwendig die Lasten selbst bewilligen und austheilen zu lassen, oder wenigstens deshalb Rücksprache mit den Pflichtigen zu nehmen, von ihnen selbst die erforderlichen Nachrichten einzuziehen. Dazu kam hier besonders der offene Streit, in welchen die Stadt Wernigerode mit dem Lande, über die beiderseitigen Antheile zu den Lasten der Grafschaft sich verwickelte; das Mißtrauen der Bürgerschaft gegen ihren Magistrat und ihre Schatzungsverordneten über die Verwendung der eingezahlten Kontributionen; endlich das Mißtrauen und selbst der heftige Kampf des Magistrats mit der Landesherrschaft,

E 5

über

über viele hier mit einschlagende Rechte — lauter Gründe, welche sonst zur Berufung der Landschaft und zur Berathung mit ihr nöthigen mußten, und nur den unruhigen Zeiten, dem Drang der jedesmaligen Bedürfnisse, dem fehlenden Vorbilde, ist es zuzuschreiben, wenn bei solchem Stoff sich nicht die landschaftliche Verfassung mehr ausbildete.

Uebrigens trug die Grafschaft nur ihre eigenen Lasten, noch war sie unmittelbar für sich bestehend, gehörte zu keinem andern Lande, noch wurden ihr keine Steuern auferlegt, welche nicht durch ihre eigenen Bedürfnisse nothwendig erfordert gewesen, welche nicht lediglich für sie gebraucht, welche nicht von ihren eigenen Behörden ausgeschrieben worden wären. Noch kannte sie keine andere Herrschaft, als die ihrer angeborenen Grafen. Zwar drückte diese Last oft doppelt; denn verfassungsmäßig gehörte die Grafschaft zum Körper des Landes der Grafen zu Stolberg,<sup>53)</sup> und war also eingekreiset in den Obersächsischen Kreis. Was dieser für das Ganze, für Stolberg, ausschrieb, was des Kreises wegen gefordert wurde, davon mußte Wernigerode seinen längst bestimmten Theil nehmen. Aber die Kommissariate der Schwedischen Heere in Niedersachsen, besonders in den als Kriegsbeute behandelten Stiftern Magdeburg und Halberstadt, richteten sich nach der geographischen Lage, und nahmen Wernigerode zu dem Niedersächsischen Sprengel, nicht ohne Theilnahme der vorgesundenen Behörden, denen das kleine, freie Nachbarland längst schon der Gegenstand begieriger und neidischer Herrschsucht gewor-

---

53) Reichsabchied von Worms 1521: Ordnung der 10 Kreise. Obersächsischer Kreis: der von Stolberg u. s. w. (Anm. 43.)



geworden war.<sup>54)</sup> So fordereten oft die Befehlshaber in beiden Kreisen Beiträge von dem erschöpften Lande.<sup>55)</sup> Verblendet genug beförderte das tief gewurzelte Mißtrauen des Stadtraths gegen seine Herrschaft, und der allgemeine Widerwille, der Streitende so leicht ergreift, die unglückliche Irrung und trieb jenen an, sich lieber den fremden Behörden in Halberstadt zuzuwenden, die auf allerlei Weise geneigt gemacht wurden die Wünsche der Stadt zu erfüllen, und ihr ein augenblickliches aber trauriges Gefühl errungenen Sieges zu verschaffen; (S. 15.) trieb jenen an, Völker in die Stadt zu rufen,<sup>56)</sup> welche bald deren, und dann auch der andern Untertanen Plage wurden, und die Verfassung des Landes verändern halfen; trieb ihn an, der Stadt Lasten aufzuwälzen, welche endlich als ein Recht geordert wurden.

#### S. 14.

##### Landständische Versammlungen im Jahr 1640.

Die erste Versammlung, welche wir kennen, war am 26. März 1640 zu Stolberg, und wurde Namens der beiden, noch in Gemeinschaft regierenden Grafen Heinrich Ernst und Johann Martin eröffnet: um über die von den Kaiserlichen Befehlshabern zu Wolfenbüttel und Magdeburg von Stolberg geforderten Kontributions-Reste des Jahres 1638 zu 417 Thlr., so wie 5040 Thlr. vom ganzen Lande  
1638

54) Beiträge I. 176.

55) Schicksale Wernigerode's im 30jährigen Kriege, im Werni-  
Wochenblatt 1810 St. 45. 50. und a. a. D.

56) das. 1812. St. 17.

1638 zu Leipzig bewilligter Römerzugsfelder, 57) mit ihren lieben und getreuen Vasallen, Lehnsleuten vom Adel, Rärhen (der Städte), Beamten und anderen dero Graffschaft Zugeschlenen, in solchem hochangelegenen Werk, gute, reise und heilsame Berathschlagung und consultation zu halten. Nach dem das Erscheinen mit sonderbaren Gnaden und günstigem Willen erkannt war, wurde vorgelegt, was bisher geschehen sei, um diese unerträglichen Bürden von den Unterthanen zu devalviren: so thun J. J. G. G. die Gegenwärtige von der Landschaft gnädig und günstig angesinnen, daß sie dieses hochwichtige Werk in gute und reise Berathschlagung ziehen, ihr rathsames Bedenken, vota und Wohlmeinen J. J. G. sammt und sonders abgeben und eröffnen und alsodenn durch den mit J. G. zusammengesetzten Rath eines richtigen Schlusses vereinbaren wollen. Hierzu wurden die einzelnen Punkte entworfen, worauf den 26. März die Stände antworteten, und am 27. März der Schluß (Anl. 3. 1.) gefaßt wurde. Ob die Wernigerödische Landschaft mit gefordert, aber nur ihretwegen Niemand erschienen war, wissen wir nicht, aber der Zutritt zu dem Schluß der Stolbergischen (Anl. 3. 11.) zeigt, daß die Verpflichtung dazu nicht bestritten wurde. Dann war wieder am 4. Julius 1640 eine landschaftliche Versammlung, wo sie, auf ergangene Vorforderung erschienen, nach geschehener Proposition in Gegenwart der gräflichen Kommissarien, durch Stimmenmehrheit die einzelnen Kriegesschatzungsbeiträge festsetzten. Mehr ist nicht davon aufgezeichnet. (Anlage 4.) Eine eigentliche Versammlung der gesammten Landstände war diese indeß

---

57) das. 1812 St. 19.

indess nicht, sondern nur der Geistlichen und Gutsbesitzer, oder der Ritterschafts Kurie, zu welcher die adelichen Inhaber unterpfändlich versetzter herrschaftlicher Tafel: Güter, für diese Zeit, traten; die Stadt fehlte, weil derselben ein bestimmter Theil des Ganzen zuviel. Von gleicher Art ist die Zusammenkunft, welche auf das Ausschreiben der Kanzlei am 18. September 1640, in deren Versammlungsort auf dem Herrenhofe, am 22. desselben gehalten wurde, und woselbst auch nur Geistlichkeit und Ritterschaft erschienen, „und, was wegen des von der Schwedischen Armee geforderten Magazin: Getraides proponirt und dabei angezeigt werden muß, vernahmen, auch die Nothdurst darauf verhandelen, deliberiren und schließen halfen.“ Nur die in Beziehung hiers auf erfolgte Anlage der Kontribution findet sich, nicht die Verhandlungen selbst.

§. 15.

Versammlungen im Jahr 1647.

Die Streitigkeiten mit der Stadt Wernigerode, ob diese die Hälfte, oder nur ein Drittel der gesammten Anlagen der Grafschaft zu übernehmen habe? waren sehr heftig geworden, und hatten den Stadtrath vermocht, sich heimlich an den Schwedischen Kommissarius in Halberstadt zu wenden, um durch diesen eine Festsetzung des Beitragsfußes, nach ihrer Ansicht, zu erhalten und zu erzwingen.<sup>58)</sup> Der letztere legte auch am 11. Sept. 1646 eigenmächtig Stadt und Land für die monatliche Schakung von 800

---

58) das. 1815 St. 29 und 38, woselbst diese Verhältnisse schon berührt sind.

800 Thaler in die Schwedischen Kassen so an, daß von ersterer nur ein Drittel, von letzterem zwei Drittel, Statt der bisherigen Hälfte, übernommen werden sollten, und als der Graf Heinrich Ernst sich widersetzte, sandte er am 15. Januar 1647 einen Fähnrich und 50 Mann von der Osterwickischen Besatzung auf das Land, welches diese bis zum 22. Jan. verpflegen mußte. Diese Eigenmacht und dieser Eingriff einer fremden Militärbehörde, in die unbestreitbaren und bisher ungetränkt gebliebenen Rechte, diese Entscheidung eines Streits, wozu diese durchaus nicht berechtigt sein konnte, erbitterten den Grafen Heinrich Ernst nothwendig in einem hohen Grade. Indes mußte für den Augenblick ein Entschluß vom Lande gefaßt werden. Dazu wurden die Stände, denen die Stadt sich nicht heigesellen konnte, auf den 15. Januar 1647 zusammenbeschieden, erschienen jedoch nicht. Hierauf erging desselben Tags ein Umlauf an die Ritters, die vom Adel und freien Güter: ob wir uns wohl versehen, ihr würdet euch heute auf unserm Hause Wernigerode eingefunden und was wir nach erheischender Landesnothdurst vorzutragen, angehöret haben; so hat sich doch Niemand gestellt. Wenn aber bei der eingerückten Zwangsmannschaft die höchste, unumgängliche Noth erfordert, der Landschaft Meinung zu wissen; so laden wir euch hiermit abers: eins, daß ihr den 18. Morgens 10 Uhr ohnfehlbar auf unserm Hause Wernigerode erscheinet und des Landes Anliegen auf beschehene Proposition bedenken helfet, mit der Warnung, da solches nicht geschehe, daß wir werden veranlaßt werden, die Exekutores auf euch zu schicken: 59)

Am

59) Auch der Rathsbur zu Langeln unterzeichnete: auf J. S. Citation will ich in Vollmacht oder schriftlicher Antwort erscheinen.

Am 18. Januar wurden, auf des hochwohlgeb. u. g. Herrn Befehl, vom Sekretair Terhell „der Landschaft folgende Punkte proponirt, welche der h. u. g. H. der Wernigerödischen Landschaft zu bedenken geben und derselben Resolution darauf zu eröffnen begehren läßt.“

1) Da die Stadt nur ein Drittel der Landeslasten übernehmen wolle, und jetzt bei dem Kommissär diese Festsetzung erlangt habe, dieser militärischen Gewalt aber jetzt nicht zu widerstehen sei; so würde der Landschaft Meinung zu wissen begehret, ob sie sich hierzu gutwillig verstehen, und mittelst Protestation verwahren, oder die Exekution über sich ergehen lassen wolle. Alsdann könne die Bauerschaft nicht über den bisherigen dritten Theil getrieben werden, und müssen wegen des Uebrigen die andern Landstände zutreten.

2) Nachdem auch Klöster, von Adel, Inhaber adelicher und freier Güter, jeder sich beschwere, er sei zu hoch angelegt, so begehrt J. H. G. daß sie sich selbst mit einander verhältnißmäßig vergleichen und den Antheil vorläufig auch mit auf den dritten Strang ausmitteln. In Verbleibung dessen, wess den J. H. G. veranlaßt, Ihres obrigkeitlichen Rechts sich zu gebrauchen, und die Anlage selbst anzuordnen.

3) Da Niemand bei der Hand, der in Kriegsexpeditionen zu verschicken, und dieß gleichwohl von Nothen; so soll die Landschaft eine tüchtige Person ausmachen und vorzuschlagen bedacht sein, und zugleich erklären, wie sie vermeint dieselbe zu unterhalten.

Die Landschaft erklärte sich nach gehaltenen Unterredung:

Sie

Sie wären gehorsamlich erschienen, hätten J. H. G. gethane Proposition angehört, und hielten für das Beste, wenn sie, die Landschaft, sich selbst beim Kriegskommissair anfinde, und ihre Verwahrung und den Vorbehalt der zustehenden Rechte ereignenden Falls einlegte. Den Freien würde es unmöglich fallen den dritten Strang zu ziehen, die Austheilung des Kommissarius nenne auch nur das Amt, von den Flecken könne Jemand zugeordnet werden der mit zum Kriegskommissär ginge. Bis dahin baten sie wegen der zwei letzten Punkte Aufschub.

Der Sekretair Terhell gab von diesem Beschluß dem Grafen Nachricht, und brachte die Antwort zurück: dieser wolle mit dem Kommissarius, weil er ihm den Schimpf gethan und die Exekution auf den Hals geschickt, nichts mehr zu thun haben, die Landschaft könne es versuchen, es solle den Dorfschaften angemeldet werden, damit sie aus ihrem Mittel Jemand dazu verordneten.

Den Geschwornen <sup>60)</sup> aus Nöschendorode und von den Dorfschaften geschah hiervon sogleich besonderer Vortrag, sie müssen also ebenfalls berufen gewesen sein, aber sich besonders versammelt haben, wovon die unvollständigen Akten nichts angeben. Die Dorfschaften beschwerten sich, daß die Freien bisher so wenig beigetragen, baten den Dorfschaften ihr gewisses Antheil zu sehen, so wie den Freien, oder dahin zu sehen, daß die Freien halb der Stadt, halb dem Lande zugegeben würden, oder beiden Theils

---

60) Wie die Schulzen der Kirchspiele des Landes Hadeln die Vertreter desselben sind.

Theilen das was von denselben geliefert würde zu Gute kommen möchte. Die Wahl einer Person zu den Verschickungen in Kriegsangelegenheiten stellten sie der Herrschaft anheim.

Erschienen waren: der Mönch (Propst) aus dem (damals katholischen) Kloster Wasserleer, Simon Streidet, von Reisenstein, Johann Ritter Verwalter zu Schmahfeld, Johannes Bote Verwalter zu Besenstedt, Johann Hasenwinkel wegen des Lichtenbeck'schen Guts daselbst, Christoph Wurimbrand wegen der Beltheim'schen Güter zu Wernigerode, Jost Gerlach zu Minsleben wegen des Schwicheld'schen Guts daselbst.

Hier war also wieder eine wirkliche landständische Versammlung, und deshalb merkwürdig, weil zum ersten Mal die Dörfer durch Abgeordnete, wenn auch nicht in der nämlichen Versammlung, Theil nahmen. Nur die Stadt fehlte, die den Landtag veranlaßt hatte. Doch wurde ihretwegen die Form nicht geändert. Da jene Abordnung der Stände wenig Nutzen gebracht zu haben scheint; so gab am 1. Februar 1647 Graf Heinrich Ernst durch ein Patent: „Euch den ehrwürdigen, edlen, gestrengen, ehrenvesten, achtbaren, vorsichtigen, weisen, und erbaren, unsern lieben Getreuen, denen von den Klöstern, von der Ritterschaft, Inhabern der adlichen und freien Güter, Bürgermeistern unser Stadt Wernigerode, und sämmtlichen Geschwornen auf den Dorffschaften aus beigefügter Abschrift zu vernehmen, was an uns der K. Schwedische Kommissarius zu Halberstadt Christian Schmidt wegen einer neuen hochanlaufenden Contributions = Forderung gelan- gen lassen.“

Delius Beltr. 2. B.

3

Weil

„Weil aber aus gewissen Ursachen (doch unbedenkenlich unser dießfalls zustehenden Rechts) wie Bedenken tragen hierin Verordnung zu machen und Verhandlungen zu pflegen, so begehren wir hiermit gnädiglich, daß ihr euch, weil die Sache besorgender Exekution halber, nicht aufzuschieben, ehesten Tages zusammen bescheidet, was euer aller Nothdurft erheischet, berathschlaget, und mit gedachtem Kommissario auf erträgliche Wege Handlung versucht, daß die Sache dem alten Herkommen gemäß eingerichtet werde. Dessen, wie es zu eurem selbst Besten und Erhaltung gemeint, verlassen wir uns, also zugeschehen.“

Der Komthur zu Langeln war ebenfalls aufgefordert und versprach Folge zu leisten, auch das Dorf Minsleben unmittelbar, der Magistrat erklärte sich: wenn nun die übrigen Herren Interessenten dem alten Herkommen nach sich neben uns Orts und Zeit vergleichen, soll dießseits keine Zeit, nach Gelegenheit, aus Händen gelassen werden.

Bald darauf entschied Königsmark, dem diese Schakung zugetheilt war, am 29. März 1647 für die Beibehaltung des bisherigen Fußes der Anlage. Aber erst nach nochmaliger Bestätigung des Ausspruchs am 29. Mai und 8. August ließ der übermüthige Kommissarius von der Einmischung in landesherrliche Rechte ab.<sup>61)</sup> Die Stadt wandte sich nun an den Lehnsfürsten, den Kurfürsten zu Brandenburg, bei dem sie gewohnt worden war, Klagen gegen ihre Herrschaft anzubringen.

Darum finden wir am 7. Julius des gedachten Jahres noch eine Versammlung der Landstände unter dem

61) Wernig. Wochenblatt 1815 St. 29. S. 118.



dem Vorſitz gräflicher Abgeordneten auf Befehl des Graf Heinrich Ernſt gehalten. Es ward ihnen vorgetragen:

1) Daß zwischen der Herrſchaft und dem Rath der Stadt wegen der Kriegesſteuer am Kurf. Brandenburgiſchen Hof zu Berlin eine Zeit her Streitigkeiten geſchwebt, indem dieſe nur ein Drittel geben wolle, das andere den Klöſtern und denen vom Adel, das dritte Theil den Dorſſchaften aufbürdend, und daß daher die Klöſter und der Adel einen Anwalt zu Berlin beſtellen mögten, indem die Herrſchaft die Dorſſchaften über ein Drittel nicht belegen laſſen würde.

2) Daß die Herrſchaft Anton Gebhard, der in Kriegerſachen verſchickt wurde, nicht länger un-  
terhalten wolle, ſollten ſich mit ihm vereinbaren.

Doch die Verſammelten hielten ſich nicht zahlreich genug und verſchoben die Sache, worauf die Kommiſſarien ihnen die Sache überließen.<sup>62)</sup> (Anlage 5.) Als am Ende eben dieſes 1647. Jahres die Einquartierung und Ausrüſtung der Reiter des Oberſten Ende ungewöhnlich drückte, wurden unterm 23. Oktober, „da wegen geſchehenen Anforderung Kon-  
munition geſchehen muß,“ alle Klöſter, abliche Perſonen, Inhaber deren und der Befreiten Gü-  
ter, auf den Sonntag den 24. deſſelben Monats auf das Schloß gefordert, zu vernehmen, wie ihnen obige gemeldete Landesnothdurft vorgetragen werden wird, auch ſollten ſie dahin ſehen, daß von Jedem auf die Kontribution wenigſtens etwas mit zur Stelle  
§ 2 gebracht

62) Von der Seite iſt die Entſcheidung der Frage nicht er-  
folgt. Der Magiſtrat übernahm im Vergleich vom 10.  
Sept. 1652 die Hälfte erkundlich.

gebracht werde. Dieß geschah aber nicht, und der Graf Heinrich Ernst ordnete die Steuer daher selbst am 26. Oktober an und theilte solche unter die Landstände und Befreiten <sup>63)</sup> aus.

§. 16.

Versammlung im Jahr 1655.

Hierauf ist wieder Stillschweigen über die landständischen Versammlungen, nur vom 2. April 1655 ist uns eine Aufforderung der Räte der Regierung übrig geblieben, worin sie auf Befehl ihres gnädigen Herrn die Klöster, die vom Adel, und Freien der Grafschaft vorladen, da zu Beschickung des zu Frankfurt an der Oder auf den 1. Mai angesetzten Münzprotaktions-Tages Spefen von Nöthen sein, sie den 4. April vor der Kanzlei erscheinen und dieselben wegen Bescheids gewarten sollen. Anlage und Rechnung zeigt, daß das Geschäft vollendet ist, aber nicht den Antheil, den die Landschaft daran nahm.

§. 17.

Desgleichen 1664.

Noch bluteten die Wunden des dreißigjährigen Krieges, <sup>64)</sup> als die Einquartierungen Brandenburgischer Mannschaften und die Kontributionen an den Kurfürsten begannen. Anfangs als eine freiwillige Beisteuer <sup>65)</sup> später als eine Verpflichtung, endlich als ein Ausfluß der Landeshoheit.

Auf

63) Wernig. Wochenblatt 1815. St. 37. S. 153.

64) Erst mit dem Jahr 1656 hörten die aus diesem Kriege entspringenden Zahlungen auf. Ebendas. St. 52.

65) „Weil solche Truppen“ aus unsern Landen nicht mehr allein erhalten werden können, ihr nicht weniger als andere uns zugehörige Lehnverwandte, uns bei dieser Conjunction mit

Auf eine ähnliche Weise forderete der Kurfürst  
am 5. Januar 1664 zur Hülfe für die Zurüstungen  
F 3 gegen

mit einiger Hülfe unter die Arme zu greifen geneigt sein  
werdet; (Schreiben des Kurfürsten Friedrich Wilhelm an den  
Grafen Henrich Ernst vom 15. Decemb. 1657) und ob wir  
zwar bishero euch nicht zugemuthet, wir doch zu unsern  
Vehnsverwandten und insonderheit zu euch das gnädigste und  
feste Vertrauen setzen, ihr werdet in Erwägung der Sachen  
Bewandniß, das euch zugewiesene Regiment auf eine geringe  
Zeit mit gebührendem Unterhalt versehen lassen; (Schreiben  
des Kurfürsten 2. Jan. 1658) wir nicht unterlassen werden  
eure uns erzeigte Willfährigkeit mit kurfürstl. Huld und  
Gnaden zu allen Begebenheiten zu erkennen; (desgl. 20.  
März und 5. Sept. 1658) wie uns sonsten zu sonderbarem  
Gefallen gereicht, daß ihr die Last bishero so lange getragen,  
als habt ihr euch bingegen zu versichern, daß dasjenige was  
ihr bei diesen Coniuncturen, aus gehorsamter Devotion und  
Willfährigkeit bisher gethan, euch zu keiner Consequenz gezo-  
gen, sondern vielmehr von uns dankbarlich erkannt werden  
soll; (13. Mai 1658, 1. Jun. 1660, 15. Jan. 1669.) weil wir sol-  
ches nicht allein zu unserer, sondern auch des sämmtlichen Reichs  
und dessen defension brauchen, verhoffen wir, ihr die Schuldig-  
keit, damit ihr sowohl uns als dem Römischen Reich und des-  
sen höchstem Oberhaupt verbunden, erkennen, und daher euch  
nicht zuwider sein lassen werdet, uns zu Unterhaltung unserer  
Armee, zu assistiren, wobei wir euch dann zugleich versichern,  
daß, wie dieses aus unumgänglicher Necessität herrühret, also  
es euch auch zu keinem Präjudiz oder schädlicher Consequenz  
gereichen soll; (5. Nov. 1659) wir nehmen zu gnädigsten  
Dank an, daß ihr den behörigen Unterhalt der Compagnie  
reichen lassen wollet; (23. Okt. 1660) Ge. kurfürstliche  
Durchlaucht erkennen mit gnädigem Dank, daß der Herr  
Graf bereits eine geraume Zeit hero die Spanische Eskadron  
mit nöthigem Quartier daselbst versehen lassen, können aber  
nicht umhin den Herrn Grafen günstiglich zu gedenken, ver-  
meldete Eskadron nur noch auf eine ganz kurze Zeit inhero  
Stadt und Grafschaft Wernigerode anweisen zu lassen;  
(Schrei-

gegen die Türken, und zum Ersatz der dem Hause Oesterreich, oder dem Kaiser, zugeführten Kriegsvorräthe, eine freiwillige Beisteuer, „im sonderbar gnädigsten Vertrauen, der Graf Heinrich Ernst werde seine jedesmal bezeugte Devotion auch bei dieser Gelegenheit im Werk zu contestiren, und ihm mit einem erklecklichen Subsidio unterthänigst an Hand zu gehen, geneigt sein; mit der festen Versicherung daß dessen ihm bezeugende Willfährigkeit zu keinem Präiudiz gereichen, noch in einige Konsequenz gezogen, sondern mit allen kurfürstlichen Gnaden erlause werden solle.“ 66)

Der Graf Heinrich Ernst, nachgiebig im siebenjährigen, kränkenden Alter, die Streitigkeiten mit dem Lehnsherrn stets vermeidend, welche bei den geringen Einkünften, die jene Schulden und der 30-jährige Krieg übrig gelassen hatten, zu kostbar fielen, die Gefahr nicht kennend, gab dem Abgeordneten Hoffnungen; seiner Behörde Rath: sich nicht so gleich

(Schreiben des Fürsten Johann Georg zu Anhalt Statthalter und ersten Ministers des Kurfürsten 5. Jul. 1669.) auch ist bekannt, was so wohl zu Regensburg, als auch bei dem Kreisconvent wegen einer allgemeinen Verfassung wider die von allen Orten her androhende Gefahr in deliberation gekommen, daher wir unsere bisherige Kriegsverfassung auf ein merktliches verstärken und zu solchem Behuf von unsern getreuen Vasallen und Schutzverwandten einige zureichende Subsidia und Beisteuern gesinnen müssen, als zweifeln wir nicht, ihr werdet uns bei diesen Coniuncturen wegen eurer von uns zu Lehn rührenden Grafschaft Wernigerode mit einem erklecklichen Summe monatlich an Hand zu geben und damit so lang zu continuiren geneigt sein, bis die Gefahr cessiret und alles sich wiederum zu Fried und Ruhe veranlassen wird. (Kurfürstl. Schreiben 10. Decemb. 1671.)

66) Anlage. 7. I.

gleich zu geben, sondern vorerst abzulehnen, den Kurfürstl. Abgeordneten Peine mit einem Präsent ruhig zu machen, dann wäre zu hoffen, des Dings würde also wohl vergessen, kam zu spät. Aber er erkannte, daß bei dieser außerordentlichen Bewilligung, welche nicht als eine gewöhnliche Kontribution betrachtet werden konnte, zunächst die Unterthanen, welche sie allein zu tragen hatten, vernommen werden mußten, und beauftragte daher am 11. Januar seinen Hofrath Parthesius; zur Versammlung des Raths zu Wernigerode, der Landstände, und der Geschwornen der Dörfer, <sup>67)</sup> dieser ludete, auf solche Anweisung hin, zum 15. Januar die Stände, als der Klöster Administratoren und Verwalter, die vom Adel und dergleichen Befreiten Güter Inhaber, Bürgermeister und Rath beider Städte Wernigerode, dann auch Wiermann und Geschworne in Flecken und Dörfern; vor, in der Kanzlei sich einzufinden, den Vortrag anzuhören, darüber sich mit einander zu besprechen, und nach gepflogener Deliberation sich eines Gewissens zu vergleichen und in unterthäniger Gehör sich zu erklären. <sup>68)</sup>

Erfordert wurden oder erschienen, außer den Abgeordneten der Klöster, von der Ritterschaft und den adelichen Ständen: der von Gadenstedt, und der Inhaber eines Guts desselben zu Langeln; Statt der von Beltsheim die Inhaber ihrer Güter zu Wernigerode und Langeln; der von Stockheim; von Schwiebold; die Vormünder der von Reisenstein zu Minsleben und Darlingerode; Major Otleben; Doktor Jacob Haberstroh; Johann Vogt Erben; Hauptmann Christian Kreusel; die Stadt Wernigerode durch

67) besgl. 7. II.

68) besgl. 7. III.

durch vier Abgeordnete; die Viermänner zu Ilseburg und Möschenrode, und die Geschwornen und Bauernmeister der acht Dörfer; der Verwalter des verfechten gräflichen Gutes in Beckensfeldt.

Von den gräflichen Abgeordneten wurde ihnen die Absicht der Versammlung eröffnet, das kurfürstliche Schreiben vorgelesen. Die Stände entfernten sich darauf zur besondern Unterredung und erklärten dann: sie könnten nicht befinden, wie solches wollte möglich sein. Es sei ein Krieg, der das ganze Reich, nicht den Kurfürsten allein betreffe; sie hätten die vom Reich dem Kaiser deshalb bewilligten 50 Römmermonate erlegt und würden das Fehlende noch einbringen. Auch zur Verteidigung des Obersächsischen Kreises werde gesteuert, durch die Kreisbewaffnung würden alle Lande des Kreises, also auch die kurfürstlichen gesichert, und damit dem Kurfürsten an die Hand gegangen. Ueberdies könne man nicht wissen, was künftig noch weiter vom Reich und Kreise bewilligt werden und ihnen zur Last fallen mögte. Die Stadt führte für sich noch die große Schuldenlast an, die Nahrungslosigkeit, die schon getragene Einquartirung, deren Betrag sie zu 15000 Thaler anschlug, die ansehnlichen Rückstände an Römmerzügen, womit sie dem Römischen Reich verwandt wäre, die bevorstehende Erlegung von 50 Römmermonaten, von Kreissteuern.

Die gräflichen Abgeordneten, nach den Vorschriften ihres Herrn, erwiederten nur: es wäre zu bedenklich, daß dieser nicht allein als ein unmittelbarer obersächsischer Kreisstand, sondern auch als ein kurfürstlicher Lehmann zu betrachten wäre, dergleichen man nicht allerdings würde umhin können. (Beilage 7. IV.) Die Stände erklärten sich hierauf noch denselben

selben Tags schriftlich auf eben die Art abschläglich.  
(7. v.)

Bei einer Konferenz, welche der kurfürstliche Bevollmächtigte (Regierungs-Sekretair von Peine aus Halberstadt) veranlaßte, äußerte dieser gegen die städtischen Abgeordneten solche Drohworte von kurfürstlicher Ungnade, und daß durch die Abschlagung den wohlbekannten Wernigerödischen Mißgönnern Anlaß gegeben werden würde, diesen Ort mit Ordindranlagen und Einquartierung, wie allen andern Grafschaften geschehen, mitzunehmen, und versicherte hoch, daß alsdann zum mindesten eine Kompagnie Reiter hier würde geworben werden müssen; daß wenn sie sich nicht accommodiren wollten, und der Landesherr ihrer Kurf. Durchl. unterthänig dergestalt zu willfahren, ihnen der Wille gemacht werden, und es über sie ausgehen dürfte. Dieß schreckte die Abgeordneten eines Stadtraths, welcher in so vielfache Verührungen mit dem Kurfürsten getreten war, bei dessen Kabinet und Behörden so viele seiner Streitigkeiten zur Entscheidung lagen, gegen welchen dort stets Klagen der Bürgerschaft erhoben wurden, in denen er nicht immer schuldlos erscheinen konnte — so weit war es gekommen — sie wurden geneigt, für eine Bewilligung von 1000 Thaler zu stimmen, wenn der Kurfürst beim Kaiser die Erlassung von 62 Römmermonaten verschaffen (welches, wie Peine behauptete, diesem ein Geringes wäre) und eine Versicherung ertheilen würde: daß diese Beisteuer nur für dieses eine Mal und ohne alle weiteren Folgen gefordert würde, „davor sie sich am meisten fürchteten.“ Auch dieses versprach Peine unter hohem Vermessen: daß weder er, noch einiger anderer von denen Halberstädtischen Ministris von dieser Kommission

Non gewußt, am wenigsten aber selbige ausgewirkt hätten. Da aber befürchtet wurde, daß die Erlassung der Römermonate durch den Kurfürsten nachtheilige Konsequenzen setzen könne, und der Kurfürst diesen Ort wohl gar zu eximiren und unter seine Kollekten zu ziehen dadurch veranlaßt werden dürfte; so blieb es das Rathsamste, die Summe der 1000 Thaler als ein freiwilliges Geschenk durch die Herrschaft anzubieten.<sup>69)</sup> Ein Schreiben der Rärche an Peine (Anlage 7. VI.) versicherte das neue Opfer. Ueber die dabei erwähnte nochmalige Verathung der Landschaft finden sich die Nachrichten nicht. Der Kurfürst nahm am 9. Februar diese Summe als ein freiwilliges Subsidium an, (Anlage 7. VII.) und die Beiträge, von welchen die Stadt, verfassungsmäßig nach dem Vergleich vom 10. Sept. 1652, die Hälfte übernahm, wurden ausgetheilt und erhoben.

Hier war also ein förmlicher Landtag des ganzen Landes vorhanden, den Prälaten, Ritterschaft, die Stadt und der Bauerstand besuchten; es wurden die Formen

69) Am 14. Febr. berichtete Partheßus: die Bürgerschaft ist sehr schwierig, daß man zu solcher Collectirung und Kurfürstl. Kontribution einen hochpräjudizialen Anfang gemacht, und mögte ich selbst wohl wünschen, daß man diesmal sich nicht dazu verstanden hätte, ein andermal, wenn man so erhebliche Entschuldigungen nicht eben hat, wird man gewißlich ein Mehreres thun müssen. Peine prätendirt daneben für den Geh. Krieges Kommissarium Meiners eine erhebliche discretion (wie er selbst später eine gute discretion, die ihm versprochen worden, forderte, wovon Niemand etwas wußte, welche sich aber wohl auf die allgemeine Aeußerung in Weil. 7. VI. bezieht) er habe sich oft der Worte verlauten lassen: daß es pro nunc in Ansehung abliegenden Reichs- und Kreisbeschwerung auf ein so Geringes gelassen, welches dem Rath nicht wohl gefiele, und zu vermuthen, daß bald ein Mehreres werde gefordert werden. „Der Peine süßet gefährliche Canfilia und wird uns noch sehr mit dergleichen drücken.“



Formen gebraucht, welche bei solchen Geschäften anderwärts gewöhnlich sind, nur nicht die des Landtagsabschiedes, weil die Verhandlungen sich nicht auf dem Landtage endigten. Es wurde der Beschluß der Landstände über eine Landesangelegenheit erforbert und von ihnen ein solcher abgegeben. Wie wäre es möglich, ihnen ihren, hiernach so klar erscheinenden Charakter abzusprechen? Der einfache Zweck und die Kürze der Verhandlungen erklärt den Mangel genauerer Formen und weiter erstreckter Wirksamkeit.

### §. 18.

#### Wer war Landstand?

Uebrigens treffen wir im Ganzen noch die nämlichen Landstände an, welche im 15. und 16. Jahrhundert erschienen; obgleich in dem kleinen Ländchen die landständische Versammlung nicht so geschlossen war, wie in den größern Reichstheilen. Einige Besitzungen wurden zertheilt und hörten auf, einen besondern Abgeordneten zum Landtage zu senden (wie die der von Minsleben, Borchdorp, Stasius, Keller); andere Güter bildeten sich und traten dagegen zu, wie das Reifenssteinsche in Minsleben, die Wocke zu Altenrode.

1) Die stärkste Veränderung war im Prälatenstande eingetreten, dieser wurde nur noch der Gewohnheit wegen genannt, und stand nur noch dem Namen nach da. Die Klöster waren seit der Reformation der That nach säkularisirt, nur die Formen behielt man aus verschiedenen Rücksichten noch bei. Der Abt von Ilfenburg hatte seit länger als einem Jahrhundert aufgehört, seine Abtei sich in ein gräfliches Residenzhaus verwandelt; die Frauenklö-

ster

ster Drübeck und Wasserleben waren Tafelgüter, und den Klosterfrauen, die nach Gutdünken der Herrschaft eingesezt wurden, nur ein bestimmter Unterhalt ausgeworfen; das Kapitul zu S. Sylvester war den Hof- und Stadtpredigern einstweilen zur Unterhaltung angewiesen, und da diese in der Regel schon steuerfrei waren, auch keine Veranlassung, durch sie die alte Korporation vertreten zu lassen, die Geistlichkeit überhaupt wurde aber nicht zum Landtage berufen. Der Komthur zu Langeln, wie wir sahen, noch in der neuesten Zeit, sters zu den Stimmenden gezählt, entzog sich, nachdem die Noth geendet hatte, und wäre lieber gar nicht einmal Angehöriger der Grafschaft gewesen, gegen die Landeslasten schützte er nun die Ordensfreiheiten vor. (Wernig. Wochenbl. 1815. St. 50 S. 206.) Darum heißt es mit Recht in dem Vertrage zwischen der Herrschaft und der Stadt vom 10. Sept. 1652 §. 7. ausdrücklich: der Prälatenstand habe ganz aufgehört.

2) Seit dem 16. Jahrhundert waren folgende landtagsfähige Mitglieder der Ritterschaft:

a) die von Gadenstedt wegen ihres Guts zu Wernigerode, die Schnakenburg, im 16. Jahrh. zusammengekauft; wegen Altenrode, vormals der von Oldenrod; wegen eines Guts in Reddeber, vormals ebenfalls der von Oldenrod; wegen eines Guts in Langeln, im 16. Jahrh. aus verschiedenen kleinern Lehnstücken gebildet;

b) die von Cramm, nachher die von Weltheim, wegen eines Guts zu Wernigerode und eines zu Langeln;

c) die von Thale wegen eines Gutes zu Wernigerode, nachher von Stockheim;

d) die von Keller, nachher Vogt und endlich Bors;

Bornemann, ein Gut in Wernigerode und verschiedene zerstreute Besitzungen;

e) die von Schwicheld ein Gut in Wernigerode und ein dergleichen in Minsleben;

f) die von Reifenstein wegen Minsleben und eines Guts in Darlingerode;

g) die Barthe, Keller, Lichtenbeck, wegen eines Guts zu Beckenstedt;

h) die Heiden, (Thale) endlich Otleben wegen eines Guts zu Sillstedt;

i) Kreusel wegen der Boote zu Altenrode;

k) Bogt und Haberstroh wegen eines Hofes zu Sillstedt und zerstreuter Besitzungen.

3) Von den Städten erschienen die Stadt Wernigerode, gewöhnlich durch mehrere Deputirte (sie mußte ja die Hälfte aller Landeslasten wenigstens seit 1652 vertragsmäßig übernehmen), und vordem auch Elbingerode.

4) Der Bauernstand erschien lange Zeit nicht, erst im 30jährigen Kriege erlangte er hier den kurz dauernden Vorzug vor den meisten deutschen landschaftlichen Verfassungen, wo der Adel ihn noch immer, als seine Hintertassen, ausschloß. Die Vorsteher der Gemeinden Nöschenrode und Ilfenburg (die Wiemann) und die Geschwornen jedes Dorfs vertraten ihn.

5) Ganz vorübergehend war das Erscheinen der Unterpfaund: Inhaber herrschaftlicher Tafelgüter, denn dieß konnte nur während des Pfandbesitzes Statt finden, und war nur eine Besteuerung der hier angelegten fremden Kapitale, nicht des Guts, das, wie alles Kammergut nie steuerbar zu den Landeslasten war; auch wurden die Inhaber nach einem weit niedrigeren Fuß angezogen, als sie nach der Größe der Tafels

Erfolgsgüter angezogen werden mußten, wenn diese den Maassstab des Steuerbeitrags abgaben.

S. 19.

Aufhören der landständischen Versammlungen.

Seit dem Landtage von 1664 schweigen die Nachrichten von allen weiteren Verhandlungen und Beratungen der Wernigerödischen Landstände. Die Zeiten wurden ihnen immer ungünstiger; wo man sie nicht zu versammeln brachte, suchte gewiß Niemand seiner Alleinherrschaft das hemmende Gewicht anzuhängen. Die Landstände wurden nicht mehr als eine löbliche und wohlthätige Anstalt des Landes betrachtet, sondern als eine Last, eine verhasste Beschränkung. Die Steuern, welche die Grafschaft dem Kurfürsten zu zahlen seit 1657 sich allmählig gewöhnt hatte, waren regelmäßig geworden und stehend, darüber bedurfte es keiner Vereinbarung, keiner Veranlagung der Stände, die nie den gräflichen Behörden die Erhebung hatten abnehmen, und noch viel weniger streitig machen wollen. Der Beitrag der Stadt war genau bestimmt, welches Interesse hatte sie für einen Landtag? Endlich nahm der Kurfürst Friedrich Wilhelm die Landessteuern 20. Okt. 1687, als Ausfluß der ihm zustehenden Landeshoheit, in Besitz, und Friedrich 3. richtete 1688 das Kontributionswesen des Landes und 5. Febr. 1689 das Accisewesen der Stadt ein; noch weniger wollte dieser sich von den Ständen der Grafschaft etwas bewilligen und vorschreiben lassen, wodurch sein Anspruch sogleich in ein nachtheiliges Licht gesetzt wurde, er, dessen Politik im Innern gerade auf Lähmung der Stände hing, die er möglichst in den dunkeln Hintergrund unterthaniger Bereitwilligkeit zurückschob, während er den

Wort

Vorgrund durch seine hohe und unbeschränkte Souveränität allein auszufüllen gedachte. Mit dem Eintritt der Landeshoheitsstreitigkeiten aber, hörte der Graf gleichfalls auf, nachdem der vornehmste, und hier einzig gebliebene Gegenstand der Wirksamkeit und des Lebens der Landstände nicht mehr von seiner Beurtheilung und Behandlung abhing, Antheil an der Anstalt zu nehmen, und hätte er fortfahren wollen, jene zu versammeln, würde das Recht dazu nicht wieder einer der vielen streitigen Punkte geworden sein? Darum haben die Landstände in der Grafschaft Wernigerode und ihre Zusammenkünfte seitdem geruhet und sind so in's Vergessen gekommen, daß kaum Jemand mehr ihr ehemaliges Dasein und Wirken geahndet hat, und sind verschwunden, — wenn nicht auch sie des erhabenen Monarchen königliches Wort wieder in das Leben rufen.

#### §. 20.

#### U e b e r s i c h t.

Aus allen diesen Erörterungen geht nun hervor:

1) Daß wahrscheinlich von jeher Landstände in der Grafschaft Wernigerode vorhanden waren, die aus den drei gewöhnlichen Klassen, der Prälaten, Ritterschaft und der Städte bestanden, und zeitgemäße Stellvertreter des Landes waren;

2) daß sie seit dem 15. Jahrhundert deutlicher und schon in einer gewissen staatsrechtlichen Gestalt hervortreten und am Ende desselben durch das Schuldenwesen der Grafen zur weitem Ausbildung gekommen sind;

3) daß im 16. Jahrhundert eben diese Wirkung, eine völligen Entwicklung, in Verbindung mit den Landständen des gesammten Stolbergischen Gebiets, entgegengeführt, aber bei der Größe der Schulden und Streitigkeiten, bei dem Mangel an Umsicht

Umsicht und Klugheit der Mitglieder des Vereins, auch wieder von dem Ziel entfernte; daß die Landeshoheitsansprüche, die Trennung der Lande unter verschiedene Herrscher, die Abreißung bedeutender Theile, diese Gesamtstände wieder auflösten;

4) daß der dreißigjährige Krieg und die nachherigen Brandenburgischen Geldhülfsen wieder besonders die Bernigeröbdische Ständeverfassungen hervorriefen, daß aber im Jahr 1664 die letzte derselben erwähnt wird;

5) daß die Grafen früher verbunden waren den Rath und die Einwilligung der Landstände zu erfordern, daß diese zur Gültigkeit mehrerer Verhandlungen nothwendig waren, daß besonders von ihnen die Auflegung der Steuern und Abgaben noch in der letzten Zeit abhing;

6) daß der Prälatenstand zwar zuletzt nur noch dem Namen nach bestand, daß aber auch der Bauernstand, durch die Geschwornen (Schulzen) der Dörfer, Theil an den Berathungen nahm; daß das Erscheinen der Ritterschaft an der Inhabung von Ritters Gütern klebte, so daß auch die Pfandbesitzer erschienen, daß aber die Veränderungen im Bestande Einfluß darauf hatten und neu sich bildende Güter von selbst eintraten; indeß die Vertretung noch keinesweges gehörig geordnet war, jedoch immer Grundeigenthum dazu erfordert wurde;

7) daß die Ausbildung noch nicht so weit vorgeschritten war, um das Recht zur Versammlung urkundlich sich erworben, um eine kollegialische Verfassung völlig eingerichtet zu haben; daß noch keine Beamten der Stände gefunden werden, sonst aber alle Erfordernisse der Landstände vorhanden waren.

Beilagen.

# B e i l a g e n.

## I.

Verhandlungen des Stolberg'schen Landtags  
vom 2. bis 4. März 1555.

## I.

Proposition der Grafen an die Landschaft.

**N**achdem euch zum theil ungezweifelt furkommen,  
wie wir in ethliche beschwerung geraten, Ihr auch  
von vnserwegen Zum theil gemahnet, vnd noch denn  
mehren theil fur mehr summen hafftenn, Ihr aber  
dennoch erfahrenn vnd bericht: empfangen muhtet,  
Woher vns solche beschwerunge kommen was die vor-  
ursacht vnd wie es Darumb gelegen haben wir euch  
Darumb beschriebenn euch deren nachfolgender gestalt  
Zuberichtenn Vß das wir hirtuf euren radt ahnhoren  
muhten wie solchenn beschwerungen Zubejegen wie  
sich nun von anfang solche beschwerunge Zutragen  
helt sich also Das Weiland der Wolgebornn Her  
Both graue Zu Stolberg 2c. vnser freuntlicher lieber  
her vater seliger, Dem Durchleuchtigen hochgebornen  
Fürsten vnd hern, hern heinrichen dem Jüngernn Her-  
zogenn Zu Braunschwig 2c. vnserm gnedigen hern in  
s. f. g. hochbeschwerlichen nothen in vorschlenen iaren  
Eilffthausent goltguldenn; vnd dan thausent gulden  
mung Dienstlichenn vorgestrackt, Welche summa s. 2  
bei andernn s. f. g. Zum bestenn vßbracht vnd vorZinsett,  
aber s. 2. vnd darnach vns in funf vnd zwanzig iaren  
vndd bisshier kein Zins widerumb wollenn geschweigen  
Deliuß Zeit. 2. B. G der

der Heubtsumma entricht worden, Vnd ob wir wol bei  
 f f g mit allem vleis fur f f g vorJagung auch her  
 nacher Dienstlichen derwegen mit erzehlung vnser be  
 schwerung angesucht wie ihr aus vnserm nechstem  
 schreibenn so ahn f f g wir gethann zuuerlesen, haben  
 wir doch bishero kein entliche antwort noch bezalung  
 von f. f. g. erlangen mugen. Vber des stecenn wir  
 auch fur f f g in beschwertenn burgschaften deren wir  
 vns zum theil selbst ledigen vnd nun Zwolf Tharlang  
 fur f. f. g. ethliche summen zum theil bezalen vnd  
 vorJinsen müssen, Vnd zudem werdenn wir von vns  
 ers auch gnedigen herrn herzogenn Erichs zu Braun  
 schwig wegen fur denen vnser Her vater seliger gedechts  
 nus gelobt, solcher gelobt halber nicht in geringenn  
 schadenn vnd beschwerung gesagt wie dann fur sein  
 f g wir auch ethliche summen zalenn vnd hiebuor  
 in Dreithausent gulden In Leistung vorzerenn vnd  
 Zaten lassenn müssen Vnd nachdem iziger Zeit der  
 halb vnser Diener ethliche zu hildesheim leissen Vnd  
 numher gahr ein lange Zeit geleistet, die wir auch  
 wol, wo sie heraus sollenn selbst losen müssen, Daz  
 wir kunnen von Stathalterenn vnd Rethenn vñ viel  
 saltiges ansuchenn vnd ermanen so viel nicht erlangen  
 noch erhalten das die vnsern ausgelosett viel weniger  
 das wir vnser auffstandes entricht vnd stehet vns also  
 nicht ein geringe summa des orts auffenn Ferner so hat  
 bei mehr wolgemelthen vnserm hern vatern seligen  
 der auch weiland wolgeborn her Ulrich graue zu  
 Reinstein vnser lieber Schwager seliger zum offtermal  
 bei f l angesucht f l Zuratenn vnd zu helffenn, damit  
 sie aus beschwerung kommen muochten Diweil dan  
 Reinstein vns mit freunttschaft also zugethann vnd  
 vorwandt das vnser her vater seliger auch wir f l gerne  
 geholffenn habenn f l vñ Reinsteins embsiges vnd  
 vleissiges anregung auf das haus vnd ambt Dornenburg  
 ethlich vnd virzig thausennt gulden ganz willig gelte  
 henn vnd furtgestreckt, Wilch haus vnd ambt auch  
 f l ein Zeitlang Innegehabt, aber dessenn vnansehenn  
 Das vnser her vater seliger solcher pfandschaft mehr  
 schadens den mugens gehabt, hat doch Reinstein nach  
 ab



absterben s. l. bei unserm bruder seliger vund vns heftig vnd vleissig angehalten von solcher pfandschafft abzustehen vnd angezeigt, wo wir s. l. von solcher pfandschafft abtreten wurden vns vns s. l. Threnn meriglich nuzen vnd frommen zuschaffen in betrachtung solcher anzeige vnd vormeintes nuzens seint unser bruder seliger vnd wir von der Pfandschafft Dorneburg abgestanden vnd vns mit andern hypotheken vnd vorwahrungen Als burgschafft vnd dem ampt vnd haus Blanckenburg lauts der pfandvorsreibung versichern lassen, Vber das ist der auch wolgeborne her Wolfgang seliger gedechtnus wolgedachtem unserm schwager von Reinstein zum bestenn, vnd v. s. l. vielfaltig ansuchen, vnd bitten vnn der pfandschafft Pöppenburg davon s. l. jertlichen einen statlichen nuzen vber s. l. vorzinsung gehabt, auch abgewichen s. l. das gelt v. s. l. leiderliche pensionn, vnd das haus vnd ampt Greife sambt seiner ein vnd Zugehörunge welchs dafür vnderpfandett furgestreckt vnd zukomen lassen, alles der meinung unserm Schwager von Reinstein als dem freunde aus beschwerung zu helfen, wie vns aber der pfandschilling v. s. l. Dorneburg bejaget vnd die Zinse entrichtet deffenn seit ihr zum theil notturfertig von vns berichtet vnd seind unsern Jungen vnmündigen vettern ihre Zinse gleich wie vns noch fast lenger Dan Zwölff Tharlang hinderkendig blieben Diewegen dan vns vnd unsern Jungen vettern ahn heubtsumma vnd Zinsenn vber siebentzig thaufent gulden bei Reinstein hinderkendig Wie aber haben gleichwol die summa welche wir Den mehrern theil bei andern s. l. zum besten vbracht, mit beschwerden vorzinsen, auch damit wir Der Zinse halben nicht seumig dieselben mit beschwerden vubringen vnd gleichergestalt vorpensioniren müssen vnd dagegen v. s. l. vielfaltiges ansuchen auch einmahnung der vnderpfand vnd burgen, wieder Zins heubtsumma noch vnderpfand erlangen mogen,

Weiter habenn vor unsern gnedigkenn hern den  
Churfursten Zu Brandenburg als unserm Lehensfursten;  
vß dessen gnedigist begereñ, wir was gegen Doctor  
G 2 Nico-

Nicolen vom ende In burgschafft eingelassenn Vnnd ob vns wol dagegenn statliche ruckvorsicherheit gebenn vnnd das ambt Plauen vorunderpfendet, auch die Vnderthanenn desselbigen anweisen vnd vns hulden! lassenn habenn wir doch entlichen vnser vorschreibung selbst mit grossem nachtheil vnd beschwerung losenn vnnd solche summa gulden Die sich nunmehr vber sieben vnd Zwanzig thaussent thaler erstreckt bei andern vffbringen müssen vnnd In der wieder bezalung bishero nicht kommen mugen das wir auch derhalben igo hefftigen vor kay Magt. Cammergericht beclagt, vnd vff denen wegen wie ihr aus der Citationn Zuurnehmen ruhet, aber gleichwol vber alles vnser anregen wieder bezalung noch die vorschriebene Vnderpfande erlangen kunnen Vnnd also auch nicht in geringe beschwerung gesetzt.

So zweifeln wir auch nicht ihr den mehrren theil wol berichtet welcher gestalt vnser her vater vnd bruder seliger, auch wir bei grauen Albrechten von Mansfelt ethliche summen vff bloße schlechte vorsicherheit vnd vorschreibung stehendt gehabt vnd damit vnser freuntlicher lieber bruder seliger vnd wir des vnsern Desto mehr versichert vff vielfeltiges ansuchenn bittenn vnnd Embstiges anhaltenn grafenn Albrechten von Mansfelt so viel darzu gethann das wir ihme vffs haus vnd ambt alstat funff vnnd siebenzig thaussent gulden furges treckt vnnd solche nuggen vff angeregtt heubtgelt aus gemelthem ambt Zerlichen haben soltenn wie vns dan solchs durch grafenn albrechten angeschlagenn vnnd was daran mangeln wurde ahn andern nugen gewehren vnnd ersetzen solt Als aber wir in besitz vnd gebrauch solchs ampts komenn haben wir nicht ein geringen mangel vnd Zerlichen abgang in solcher angeschlagenen nuggen befundenn Derwegen aber auch bei Mansfelt nichts ausrichten mugenn

Folgend aber vnnd vber Dieses ist graf albrecht abermals kommen vnd vns noch vmb ein summa gulden freuntlich gebethenn vff dasselb sein ferner freuntlich ansuchenn vnnd

vnd erbieten vieler freuntschaften Ime fünf vnd sechs-  
 zig thaufent gulden davor ehr vns denn seigerhandel  
 sambt andern, lauts desselbigen buchstabes vorunder-  
 pfendert vnd eingesent, furgestreckt dauon ehr vns ein  
 Ierliche pension vorschrieben deren wir auch ehe graff  
 albrecht aus der herschaft kommen bis aufs letzte Ihar  
 entricht wordenn, Als aber Anno 1546 graf albrecht  
 in der kriegsruhung Zwischen der Romischen kay. Magt  
 vnd dem gewesenen Churfursten zu sachsen zc. seliger  
 vnd hochloblicher gedechtnus seiner herschaft vorjagt,  
 wiewol ehr vns damals das Haus Altat mit gewalt  
 eingenommen vnd dauon nicht wenig fruchte vnd an-  
 ders In ethliche thaufent gulden lauffende abe vnd  
 gegenn Mansfelt fuhrenn lassenn, derenn wir auch  
 diesen tag auch kein erstattung entpfangenn Haben wir  
 bei der Ro kay Magt vorschrifft ahn die grauen vonn  
 Mansfelt vnd gemein gneubiger erhalten, Volgend  
 auch Penal Mandat außbracht vns des vnserenn zufriez-  
 den Zustellenn, ader vns denn Seigerhandel als vnser  
 vorschriebenn vnderpfandt einzureumen, daruf sic vns  
 Denn Handel Zugestalt, aber doch mit Diesem beschiede  
 das wir abermals vber neunzig thaufent gulden ahn  
 Retardaten vnd andern schulden abtragen mustenn,  
 Vnd do wir nun solcher fünf vnd sechs zig thaufent  
 gulden sambt daruf ethlicher betagten nutzungen  
 nicht habenn wollenn verlustig wordenn, seint wir ge-  
 drungen wordenn solche neunzig thaufent gulden zu  
 erborgenn Als wir nun des handels am bestenn ge-  
 nieffenn sollenn, ist vns der von grauen albrechten als  
 sein Sohn graf Wolrath im furstenthumb Braunschwig  
 mit ethlichem kriegsvolg gelegenn mit der that genom-  
 men Vnd ob wir wol Dadurch vorursacht grafen  
 Albrechten vor dem Durchleuchtigsten hochgebornenn  
 fursten vnd hernn, hern Morizen Weilandt Herzo-  
 gen zu Sachsen vnd Churfursten zc. seliger vnd  
 hochloblicher gedechtnus vnserm gnedigsten hern Vnd  
 volgendes s. Churf. g hernn brudern itzigem Churfursten  
 vnserm auch gnedigsten hernn, als den lehenhern  
 Zuorelagenn Vnd auch die sachen aldo Durch Churf.  
 g gesprochen vtheil dergestalt erhalten, das graf al-  
 brecht

brecht schuldig vns denn Handel widerumb mit aller  
entpängener abnukunge vnd erlittenen schaden einzur-  
reumen, ist vns doch die wirgliche einreumung wie von  
Churf. g Zuwolge der wolgesprochenen vrtheil beuoh-  
tenn vnd den grafen von Mansfeld aufgelegt noch nicht  
erfolget vnd nuemehr solcher grossen somma fast ins  
dritte iar vauorzinsset entraten müssen darauß wir danz  
allenthalbenn nit geringen schaden vnd nachtheil er-  
littenn vnd solcher nit zalung halb in grossen vntat  
vnd beschwerung kommen Vnd mugen euch also mit  
warheit berichtenn das vns bis auf diese Zeit bei vns  
fernn schuldighenn In die achtzig thaufent guldenn, ahn  
Zinsen hinderstendig die wir auch ider Zeit Zurückborgen  
vnd entlehnen müssen

Es hat auch vnser her vater seliger vnser freunt-  
liche liebe schwestern ahn einige hulffe der landtschafft  
aufackerer so habenn wir auch die Jarher ethliche reichs  
hulffe von dem vnsern bezalt So wisset ihr auch in was  
noiwendige gebede wir alhie gerathen Zu deme  
haben wir Zuerkauffung des bergwerkes auffm eichen-  
berge alhie damit dasselbig erbauet, vnd sonderlich  
der herschafft Zehende vnd andere nukung gefordert  
auch Zu anrichtunge der handel di dan dermassen an-  
gefangenn das die gehulge vnd eisen so sonst nicht zu  
fromenn hettten konnen genutzt werdenn darzu Zum be-  
stenn gebraucht ethliche summen geborget wiewol sich  
die nukunge ethwes vorzogen So wöllenn wir doch zu  
got hoffenn das es nuemehr dahin gericht das solchs  
wes dahin gerandt zu guthem nukkenn gedeien vnd  
ahne nachtheil sein solle

Vnd ob wir nun wol allenn muglichen vnd mensch-  
lichen vleis angewandt, damit wir von vnsern schul-  
diger bezalt werden mughtenn, vnd ahn solchem ahn-  
regen vnd mahnen, den eufferstenn vleis nicht gespart  
vns auch von deren eintheils gewisse vnd entliche vor-  
trostunge geschehen die Leipziger Wergte zalunge zu-  
thun, daruf wir vns auch Zu mehrmahlen vorlassen,  
Vnd den vnsern beuohlen, dauon vnser betagte  
Zinse Zubezalen, So ist doch den vnsern ober alles vor-  
sehen



Als vortterben solchs lauffen wurde Dessen vnd aller treue thun wir vns zu euch als vnsern getreuen lehenleuten genzlich vorsehen vnd seind es vmb dieselbigen mit gnaden vnd allem guthen Zubeschulden.

## II.

### Antwort der Ritterschafft auf den vorstehenden Antrag.

Auff der Erwidrigenn vnnnd Wolgebornenn vnser gnedigen herrn, herrn Christoffs Thumprobsts zu Halberstatt zc. herrn heinrichs vnnnd herrn albrecht georgen, gebroder, grauen zu Stolberg konnigstein Rugschfortt vnnnd Wernigerode zc. vnser g hern schriftlich erforderenn seint wir E g ritterschafft in Vnderthenigkeit ganz willig vnnnd geene alhit erschiennenn E g vorbringen vnderthenig angehört, Achtenn der Danksagung vnser erscheinens vnnnotig Dann wir vns schuldig E g weiter wege Zugefallenn Zusein erkennen, Wir haben auch nach der lenge vnnnd doch vngerne vornehmen, in was grosse vnnnd mechtige beschwerung E g her vater her Botho Weiland graue zu Stolberg zc. milder vnd seliger gedechtnus, Vnnnd volgendes E. gnaden selbst, mit den Durchlauchtigstenn vnnnd Durchleuchtigen hochgebornen Chur vnnnd fursten zu Brandenburg, Vnnnd beiden herzogenn zu Braunschwig vnsern gnedigsten vnd gnedigen furstenn vnnnd herrn, zc. Desgleichen mit den auch wolgebornenn vnnnd Edlenn hern, herrn Gleichen Weiland grafenn zu Reinstein, vnnnd hern Albrechten grafenn zu Mansfelt In Weitleufftigkeit gerathen Also das e g bei hochgedachtenn Chur vnnnd furstenn, Desgleichen bei wolgemeltenn grauen vber viel angewenthen vleis, zu Ihren vorgestreckten summen bisanher nicht kommen, ader di eelangenn mügen, Vnnnd E. g. Derselbenn Die lenge zu entratenn ganz vortterblich Hieuf vnser Der von der Ritterschafft radt gesucht vnnnd aebethenn wie man Zuforderst hoch vnnnd wolgedachte Chur vnnnd furstenn Desgleichen die angezogene grauen Zur bezalung bringen mucht.

Die:

Die weil dann wir von der Ritterschafft vns schuldig erkennen vñ solch e. g. suchen vnser einfeltig bedenkenn mit zutheilen, sehen wir fur bequem an nach dem wir zu Diesenn Dingenn ist neu gezogen Das e. g. Die Jernigenn so Dieser sachen Zum meisten zu schaffen vñnd derenn vormaltung In henden gehabt wie Diesem obliegenden abzuheffenn wehre gefordert vñnd angehört hat,

Über Das wirt von vns vor gut angesehen So viel Die Chur vñnd Furskenn anlangt, Die weil es vñnd hohe personenn vñnd Durch geringe mittel Zur bezalung schwerlich mugenn gebracht werdenn Das e. g. Diese hohe sachen den rechtsuorstandigen in Die handt gehenn vñnd mit Inen Darvonn ratschlagenn Wirdenn sie wissen anzuzigen wie hochgedachte personenn durch rechtlichen Zwang zur bezalung zubringenn wehrem,

So viel aber Denn Churfursteñ zu Brandenburg belange achtens wir von der Ritterschafft dauor, Die weil der wolgeborn vnser e. g. her. graf albrechtgeotze, Ihrer Churf. e. g. Radt vñnd Diger in groffem ansehenn vñd wolgehort sein, Das J. g. zu beforderung J. a. selbs nuz die vnderthenige ansichung vñd gebürliche zalung thun mocht, mit vormeldung J. g. iger hochuorsteendenn beschwerungen, Oder aber das entstande vñ die Landtschafft mit kommer vñnd andern Rechtlichenn wegen zu Dringen Demit e. g. Zu Dem Ihren wieder kommen michte,

Ferner Die wolgeborne v. g. heñ Zu Reinsten belangende, wolthen wir vñgerne dazu ratthen das e. g. mit denen von Reinsten (Die weil sie einander beiderseits mit blut vñnd freundschaft nahe vortanthen) Der gemeltenn schulde halbenn in vnwillen vñnd vnfreundschaft solten erwachsen, Zu erwegung in was beschwerung vñnd nachtheil vñuorschult sie gesetzt sein, das derhalbenn mit J. g. ein billich mitleiden Zutragen

Die weil aber so die noth so groß, müste man aus Der ein tugent machen vñnd die vnderpfand so e. g. vorschriebenn, zu sich Ziehenn So halt man die zu

als vorterbien solchs lauffen wurde Dessen vnd aller treue thun wir vns zu euch als vnsern getreuen lehen-  
leuten genglichen vorsehen vnd seind es vmb dieselbigen mit gnaden vnd allem guthen Zubeschulden.

## II.

### Antwort der Ritterschafft auf den vorsehenden Antrag.

**A**uff der Erwidrigenn vnnnd Volgeborenn vnser gnedigen herrn, herrn Christoffs Thumprobses zu Halberstatt ic. herrn heinrichs vnnnd herrn albrecht georgen, gebroder, grauen zu Stolberg konnigstein Ruzschefort vnnnd Wernigerode ic. vnser g. hern schriftlich erforderenn seint wir E. g. ritterschafft in Vnderthänigkeit gang willig vnnnd geerne alhit erschiennenn E. g. vorbringen vnderthenig angehört, Achtem der Dancksagung vnser erscheinens vnnnotig Dann wir vns schuldig E. g. weiter wege Zugefallenn Zusein erkennen, Wir haben auch nach der lēge vnnnd doch vngerne vornehmen, in was groesse vnnnd mechtige beschwerung E. g. her vater her Borho Weiland graue zu Stolberg ic. milder vnd seliger gedechtnus, Vnnnd volgendes E. gnaden selbst, mit den Durchlauchtigstenn vnnnd Durchleuchtigen hochgebornen Chur vnnnd fursten zu Brandenburg, Vnnnd beiden hergoenn zu Braunschwig vnsern gnedigsten vnd gnedigen furstenn vnnnd herrn, ic. Desgleichen mit den auch wolgeborenn vnnnd Edlenn hern, herrn Bleichen Weiland grafenn zu Reinstein, vnnnd hern Albrechten grafenn zu Mansfelt In Weitleufftigkeit gerathen Also das e. g. bei hochgedachtenn Chur vnnnd furstenn Desgleichen bei wolgemeltenn grauen vber viel angewenthen vreis, zu Ihren vorgestreckten summen bisanher nicht kommen, ader d. j. erlangenn mügen, Vnnnd E. g. Derselbenn Die lēge zu entraten gang vorterblich hiruf vnser Der von der Ritterschafft radt gesucht vnnnd aebethenn wie man Zuforderst hoch vnnnd wolgedachte Chur vnnnd furstenn Desgleichen die angezogene grauen zur bezalung bringen mucht.

Die:



Dieweil dann wir von der Ritterschafft vns schuldig erkennen vñ solch e g suchen vnser einfeltig bedennenn mit zutheilenn, sehen wir fur bequiem an nachdem wir zu Diesenn Dingenn ist neu gezogen Das e g Die Feinigen so Dieser sachen Zum meisten zu schaffen vñnd derenn vorwaltung In henden gehabt wie Diesem obliegenden abzuhelfenn wehre gefordert vñnd angehört hat.

Über Das wirt von vns vor gut angesehen So viel Die Chur vñnd Fürstenn anlangt, Dieweil es vñnd hohe personenn vñnd Durch geringe mittel Zur bezalung schwerlich mugenn gebracht werdenn Das e g Diese hohe sachen den rechtsuorstandigen in Die handt gebenn vñnd mit Inen Darvonn ratschlagenn Wer denn sie wissen anzuzeigen wie hochgedachte personenn durch rechtlichen Zwang zur bezalung zubringenn wehrem,

So viel aber Denn Churfurstenn zu Brandenburg belangt achtens wir von der Ritterschafft dauor, Dieweil der wolgeborn vnser g her graf albrechtgeort, Ihrer Churf. g. Radt vñnd Dieser in grossem ansehenn vñd wolgehort sein, Das I. g. zu beforderung I. a. selbs nuz die vnderthönige anführung vñd geburliche zalung thun mocht, mit vormeldung I. g. iger hochuorsteendenn beschwerungen, Oder aber das entstande vñ die Landschafft mit kommer vñnd andern Rechtlichen wegen zu Dringen Demit e g. Zu Dem Ihren wieder kommen michte.

Ferner Die wolgeborne v. g. hēn Zu Reinstein belangende, wolthen wir vñnerne dazu ratthen das e g mit denen von Reinstein (Dieweil sie einander beiderseits mit blut vñnd freuntschafft nahe vortwilt) Der aemelten schulde halbenn in vnwillen vñnd vnfreuntschafft solten erwachsen, Zu erwegung in was beschwerung vñnd nachtheil vnuerthelt sie gesetzt sein, das derhalbenn mit I. g. ein billich mitleiden Zutragen

Dieweil aber so die noth so groß, müste man aus Der ein tugent machenn vñnd die vnderpfandt so e g vorschriebenn, zu sich Ziehenn So halt man die zu

sich nehmen wirt. Ist kein Zweifel, Das leuthe Zufins  
denn wehren Die vñ angezogene Vnderpfandt E g ein  
ansehnliche summa gulden vorstreckenn mochten, Dos  
mit e g ethlichen tragsalen vñ beschwerungen hetz  
ten abzuhelfenn, Desgleichen ethliche gleybiger auch  
damit Zustillenn.

Nachdeme e g von graf albrechten von Mansfeld  
für ihre aufgelegte gulden sehr statliche vnderpfande  
verschrieben als nemlich das hays vñ ambt Alstet  
desgleichen Denn Seigerhandel.

Daruf ist vnser treulich bedenden, das man Alstet  
mit sambt dem Seigerhandel, e g freunden ader eines  
hohen standes personen, wde die Zuvermugen übergeben  
vñ auftruge, ob abermals Durch Diesen weg der  
herrschaft muge geholffen werden;

Vñnd diereit am meisten ahn dem gelegen sein  
will, das e g sich Züsorderst brüderlich vñ wol mit  
einander begehenn vñnd vortragn, Wollen wir von  
der Ritterschafft insonderhest Darumb gebethen vñnd  
e g solchs hiemit treulich jagemich gesuert haben, das  
e g in keinen weg sich von einander zegen ader trennen  
lassenn wollenn, Sondern bei vñnd überein halten,  
Vñnd sich eithlichen eins rechtenn bestendigen regiments  
vñnd eines regirenden hern veraleichenn vñnd vortra  
genn Vñnd nach bestelltem regiment Ihren hausehalt  
zu hofe vñnd in alken emptern einziehen allenn über  
flus vñnd varath souiel Immer möglich abschaffenn,  
Werdenn E. g. In wegz befinden das solchs E. g.  
brüderliche eintracht zu e g selbst wolart, hohenn  
freigenn, künftlichen nutz vñnd fromen gedenn vñnd  
gerathen wirt.

Gemeine gleybiger betreffende ist der von der Rit  
terschafft treulich bedenden vñnd rath diereit der ist  
viel Zü stede die mit schmehe vñnd ander schrifftenn,  
desgleichen mit gemelden beschwerlich angrieffenn werden,  
Das e g diesem allen abzuhelfenn vñnd solchs Zuor  
kommen Zum forderlichstenn gemeine gleybiger ahn den  
freiffen

treiffen da sie geöffenn zu sich bescheidenn Vnd mit ihnen persönlich vmb stillestandt vnd gedult gehandelt sein wir trostlicher hoffnung vnd zweifels nicht E. g. werden durch die persönliche handlung viel guts ausrichtenn, das sonst schwerlich wehre abzuwendenn vnd Zuerhalten,

Was den letzten artickel thut betreffen die Bergwerke vnd handel so in beiden herschaften angericht sein, vnd getrieben werden solten, gunten wir von der Ritterschafft E. g. von herzen das di mit uns getrieben wurden, Vnd nachdem wir vns schuldig erkennen hirinnen auch das beste Zurathen Werden wir doch aller vnrichtigkeit vnsleis vnd vntreu bericht, die weil dan gemelte handel vnd bergwerk, ohne sonderenn grossenn hohen vorlag nicht mügen gefordert, gehoben ader getrieben werden, auch nicht möglich denen personen so die vorwaltung iger Zeit haben, solch hoch groß werg, weil kein sonderlicher nachtruck, allerley leichtfertigkeit vnd vnbestandt von ihnen gespurt, in die lenge hinnaus Zuführen Auf das nun e g nicht in weitem nachtheil vnd beschwerung, mügen gesetzt werden Bittenn wir Vndertheniglich unsere treue Wahrnehmung dahin Zuwarncken, Das wir allesamt e. g wol fast viel lieber gefordert, dan gehindert sehen muckten, Stellen auch in keinen Zweifel, do e g dessen hievor bericht worden e g wurden in der Zeitt zu Diesem sahen denn gethann habenn Vnd diese handel vnd bergwerk mit andern leuthenn, so es vorstandt habenn, vnd mit dem vorlag volgen konnen nochmals bestellen lassen, Damit aus der lenge des vorzuges der herschafft nicht ein entlich vnwiederbringlich vortreiben, muge erfolgen

Des habenn e g wir vf derselben gnediges suchen vnd begerenn aus Vndertheniger wolmeinung nicht wollenn Vorhalten Vnd erkennen vns e g als vnsern gnedigen herrn Zudienen schuldig

III. Unt.

## III.

Antwort der Städte auf die Proposition  
der Herrschaft.

**W**ff der wolgebornen vñnd Edlenn Der grauen Zu Stolberg konnigstein Ruchefort vñnd Wernigerode 2c. v. g. hern antragenn eylicher beschwerung halbenn, So I. g. begegendt, welchs vns Vnderthanen hergliche leit Daruf von I. g. wegeñ vnser Vnderthenig Radt bedenkenn gnedig gesunnen Gebenn wir als Die vnersfahrenn vnderthanenn Diesenn vnderthenigenn bericht

Vñnd Erslich was Die Durchleuchtigenn Hochgebornenn fürsten vñd Hern hernn heinrichenn den Jungern Vñnd hernn Erichenn beide herzogenn zu Braunschwig 2c. B. g. fürsten vñnd hern, belangende, Sehen wir vor guth ahnn das die wolgeborne V. g. hern vonn Stolberg 2c. hochgedachte beide fürstenn, dieweil Ihre f. g. 150 binnen landes persönlich besucht, ader so statlich bespicht hettenn, I. f. g. dieselbige beschwerung angezeigt, mit Vndertheniger bitt I. f. g. wolthenn I. g. vñnd derselbigenn vorwanthenn doch aus Denn beschwerthen gnedig vorhelffen lassenn, Dann wo solchs nicht so hoch vonnothenn soltenn I. f. g. damit nicht bemuht noch angelanget werden,

Der Wolgebornenn v. g. hernn Der grauen vonn Reinsten sachen betreffende, ließenn wir vns gefallen das bei I. g. angesucht wurde, Wff das ethliche heubtsumma entricht, ader ethwann ein Vnderpfandt darann sich doch v. g. hernn ihres schadens Zum theil erholenn möchten, Ingereumbt, damit diese herrschaft vñnd I. g. vnderthane, die beschwerten nit allein tragen vñnd leiden mustenn, 2c. Den mann jo der graueschaft Reinsten vorterb so wenig gerne sehe als vnserer gnedigen herrschaft.

Mit dem Churfürstenn aber vonn Brandenburg vnserm gnedigisten fürstenn vñd hern, sehenn wir auch vor hoch nottig vñnd guth ahnn das aldieweil vnser g. her graff albrechtgeorge 2c. bei f. Churf. g. etwas

etwas hohes verdienet sein gnaden hettenn personlich  
bey s churf g zum Underthenigsten mit anzeigung der  
Herschafft grosse beschwerung angesucht, vnd vmb gne-  
dige bezalung gebethenn Wolthenn wir Zu got hoffenn,  
I g soltenn etwas nuzes vnnnd fruchtbarlichs Bey s  
churf g in Underthenigkeitt schaffenn

Was graf Albrechts vonn Mansfeldts sachen an-  
langt wolthenn wir so es gottes des almechtigen wille  
wehre, Das vnser gnedige herschafft Stolberg Ir gelt  
wieder hettenn ader bekommen konthenn vnnnd die hen-  
del Irgendts Imandes anderz Zugeschlagenn die es  
wol genießenn mughtenn, Domit weiter Vnrath Cost  
vnnnd schaden vorhutt vnnnd nachpliebe.

Das auch angezeigt das der wolgebornn her Both  
gotfeliger loblicher gedechtnus Weiland grauen Zu Stol-  
berg 2c. vnser gnedigen hern her vater, vnser gnediger  
her, I g freulein vnnnd Tochter ahne steuer Der Landtschafft  
statlich vnnnd gnedig ausgestatett wußenn wir woll  
Vnnnd wolteus mit got wunschen Das es mit vnser  
gnedigenn herschafft noch also stunde, als Zurselbenn  
Zeitt, wolteu wir der grossenn beschwerung in der  
herschafft wol entledigett vnnnd vorschonet sein,

Die bergwerge vnnnd sonstenn handel Die man Zu  
nuß Der herschafft angefangenn betreffende Ließenn  
wir geschehen das dieselbigen guthenn nuß schaffenn  
vnnnd vortgang gewonnen wir besorgenn vns abers  
vorn widerspiel, vnd sehen von Herzen gerne, das,  
do leuthe vorhandenn wehren, das v g hern erstattung  
geschehe, Vnnnd I. g Dieselbigen bauen ließenn, Doch  
das j g in, allewege Denn Zehendenn silberkauff vnnnd  
holzgelt bekommen konthenn, wurde mannicherley vn-  
rath dohindenn pleibenn.

Auch hieltenn wir fur sehr nottig wo es v g hern  
nicht Zuentgegen das alle gleubiger so mann habenn  
kunthe bescheiden wurden Vnd hernachmals Handlung  
mit denen getroffenn Ob nun Durch guthe souil er-  
halten werden kunthe, das sie doch die Zinse ein  
Zeitlang so der herschafft Zuerschwindenn wehre vfnem-  
menn

mennt vnd die heubtsamara weither stehenn lieffenn, darzu mußt mann mit hehem vleis aln obberurtenn orthenn bei Churfürsten Fürstenn vnd grafen treulich vmb bezalung anhaltenn So wolthenn wir ferner als die vnderthanenn vns auch mit guthem radt gehorsamlich erzeigenn.

Vnnd Bittenn hiezu vnderthenig, das wo es möglichenn v g hern wolthen gnedig diese beschwerdenn selbst bedendenn Vnnd vß das mit Denselbigenn rath vnnnd maß michte getroffenn werdenn, gnediges einsehens habenn, Das auch der vberleng Cost zu Hofe vnnnd sonstenn In Der herschafft abgeschafft Auch I g mit einander als vnser lobliche vbrigkeit, wie gotfurchtige grafenn, Vnnd wie gotlob vnnnd Danck biß anhero geschehenn, mit pflanzung gotlichen Wortes guther ordenung vnd pollicij darunther neben e g Vnd der gangenn Ritterschafft wir als die vntherthane Tranquill In aller wolffart vnnnd gotseligkeitt friedtlich in Vnser trenter herschafft regirendenn vnnnd wir gehorsamlichen lebenn michtenn, Darumb wir dan die almechtigkeitt gottes des hemmelischen vaters teglich mit stetem einbigenn gebeth treulich anruffenn wollenn Vngewisselter hoffnung, der treue got werde vnser arm gebeth gnediglichenn erhorenn, Vnnd hernacher was gebeth nach seinem gotlichen willenn vorleihen Vnnd vetterlich gebenn Amen Actum den 2 Martij Ao. 55.

Der herschafft Stolberg vnd Wernigerode  
Stet Reiche vnderthenig bedendenn.

# IV. Letzte Erklärung der Landstände.

**W**olgeborne grauen, gnedige herrn, Wir Prelatenn Die von der Ritterschafft vnnnd die von Denn Etetenn Welche Dieses tages hiersein haben E. g. schriftliche Triplica In Vnderthenigkeit vorlesenn Vnnnd kunnen e g Daruf nicht vorhaltenn, Das wir Diese vorgangene tage E. g. grosse beschwerungenn So artickels weise schriftlichen gestalt gewesen Nach allem Unserm Vormugen vnd einfeltigen vorstande beratschlaget, Vnnnd tragenn keinen Zweifel do, e g dieselbigen eigentlich vor Die Hand nehmen werden, Vnnnd mit vleis erwegenn, E g werden darinnen befinden das e. g. wir als die treuen lehenleuthe, vnnnd vnderthenn getathenn darbey wir es auch nochmals ruhen vnnnd wenden lassenn,

Aber gnedige herrn Das e g In gestalter Triplica Den artickel die gleubiger Zubeschreiben vnnnd Zubehandelen, vnserm radtschlag nach, thun wollenn, wirt e Gnaden vnnnd vns als der Landschafft zu allem bestenn gereichenn.

Denn aussens belangend werden dj. so E G als bereit mit Diensten vorhafft sich als Diener erzeigenn vnd vorhaltthen, allein bedencken sie do sie dem nachreithenn, abwarthenn sollenn, Musten e g gescheffen liegen vnnnd stecken bleibenn, Daraus E g nachtheil erfolgen wurde Was aber mit (nich?) Georgen von werther anlangt bitt e g ich vnderthenig, mich hiemit zuverschonen, wie ich dan das dj ganze Landschafft gebeihen die damit Zufrieden aus dem das ich aus aufgelegtem Churfürstlichem beuel, dergleichenn herrn Dienstenn des vorhindert Das ich aber of e g schriftlich ansuchenn E. g. vnd derselbigen Landschafft mit radt vnnnd Dienst Zuerzeigen weiß, so ferne ich durch gescheffte vnnnd sonst nicht vorhindert bin ich willig,

Denn artickel Zubehandlung der gleubiger stellen wir zu e g, werden e. g. nach gelegenheit der hendel die

dieselbigen personen, so darzu Dinlich wol Zufordernn wissen, Wirt sich ein ider des vnderthenig verhaltenn,

Die vorburgschafft Der itigen Vnnd folgenden Zinsen achten wir ist Davon zu disputirenn von Vnnothen sein, den von dieser artickel mit gemeinen gneubigern gebraucht wirt (wie in Vnsrem schriftlichenn Ratschlag stehet.) ist ihm abgeholfenn vnd thut sich doch ein ider seinem Vorigen erbietenn nachzusehenn

Auch bittet die ganze Landtschafft mit den abgeloften vnd nachvolgenden sigel sich gegen Inren Zuorhaltenn wie in vorgestaltenn artickeln gebethenn

Was die bruderliche einigkeit hofhaltung Regierung vnnnd anders anlangt, welches in kurz vbergangen Derhalben bittenn wir nochmals vnderthenig vnnnd dienstlich e g wolthenn sich vnserm vorigen pithen nach in einigkeit vnnnd Zusammensetzungen, vor einen man erzeigen wirdt got daran ein gefallen E g zu aller wolthat vnnnd gedeienn vns als den Vnderthanen auch zum besten gereichen hettenn auch derwegen souiel dester mehr freut vnd grosser hertz in e g sachen ethwes zuhandelnn ader aufzurichtenn,

Die graueschafft Ruzschefort Seigerhandel Alstat vnnnd Reinstenische schulden betreffenn bittenn wir noch wie vor, e g demselbigen ofz furderlichst wie es in vnserm gestaltenn bedenkenn vor guth ahngesehenn nach sekhenn In erwegung was wichtigkeit e g allerseits vnnnd der Landtschafft darane gelegenn.

Die Hendeler belangende, sehen wir noch fur gut ahnn das die beneben den geistlichen prelatenn E g in Dieser noth, eine vorstreckung of Die hendel vnnnd sonstenn thetenn wie wol ehemals andernn hernn von dergleichenn gesehenn,

Die trancksteuer betreffende haben wir was vnser person anlangt vns in neasten gestalttem artickel erklet, Vorbej wir es nochmals lassenn ruhenn vnnnd wendenn, Den wir der andern so vorritenn vnnnd zur siede nicht gewesen



gewesen nicht mechtig, wir Zweifelnn aber nicht, Do  
E g. dieselbigen werden ersuchen sich (sie) werdenn sich  
segenn e g nach vormugen Zuerzeigen wissen seint wirs  
alsdann auch erbottig

Die steuer der Stedt wollen sie vorigen irem er-  
biethen nach das ahn Ihre gemeine gelangen lassen,  
sie wissen aber nicht was groß ader klein drangsteuer  
ist die im thur vnnnd fuerstenthumb geben wiet dan der  
steuer gleichenn bisanhero ahn Diesenn orthenn nie ge-  
breuchlich Do es auch bis vf graff Ludwigen v g hern  
Zukunft ein verzug haben konth wollen sie des hiemir  
vnderthenig gebethen haben,

Auch bittet Adlarius Marschalg jnen seines ein-  
salts des auffschusses Zuerlassen

Das schreiben ahn v g hern graf Ludwigen ist ge-  
stalt vnnnd sol seinen vortgang gewinnen,

Dies alles Zum vberflus haben E g wir In vn-  
derthenigkeit nicht Zuvorhaltenn wissenn, Vnnnd Bitten  
noch wie vor. umb gnedigen vrlaub ic.

Aus den Landtagsakten.

Verzeichniß der Stolberg'schen Landstände  
1560.

Stolbergische Lehenleute von Ritter- und Land-  
schaft So man Anno 1560 den 28 Octobris  
beschrieben.

- |              |                                           |                      |
|--------------|-------------------------------------------|----------------------|
| 1. Christoff | } Gebrüder von Werther vff der herrschaft | } Frohndorf<br>Wiehe |
| 2. Jorge     |                                           |                      |
| 3. Heinrich  |                                           |                      |

Geferttern

- |            |                                                         |
|------------|---------------------------------------------------------|
| 4. Wolf    | } Gebrüder von Werter vff der herrschaft<br>Reichlingen |
| 5. Philipp |                                                         |
| 6. Anthonj |                                                         |
- \* 7. Barteld vonn Kautenbehr zu Kethmar Im Ge-  
richt Peine <sup>1)</sup>)  
 \* 8. Alsch von kram zu Wernigerode <sup>2)</sup>)  
 \* 9. Claus von Borchstorp <sup>3)</sup>)  
 \* 10. Curt von Schweichell der älter vmb der jung  
Curt <sup>4)</sup>)  
 \* 11. Jacob vom Dale zum Dale <sup>5)</sup>)

\* 12 heins

- 1) Die von Kautenberg auf Kethmar, in der Amtsvogtei  
Ilten (nicht Peine) hatten das Dorf Holzheim, Güter zu  
Heimar, groß und klein kopfe, von den Grafen von Wern-  
nigerode zu Lehn.  
 2) Güter zu Wernigerode und Langeln, desgleichen.  
 3) Viele Sehnien im Halberstädtischen, Güter zu Versel n. f. w.  
desgl.  
 4) Wie auch N. 16 Güter zu Wernigerode und Minsleben,  
Burglehne zu Harzburg, desgl.  
 5) Güter zu Wernigerode, desgleichen.

- \* 12 heinrich vund Gebhardt <sup>6)</sup> — — Erben zu — — —
- \* 13 von Hohn zu haus Reindorf. <sup>7)</sup>
- \* 14 Albrecht von Sundhausen Erben. <sup>8)</sup>
- \* 15 Heinrich von der Aschenborg uf Ampfort. <sup>9)</sup>
- \* 16 Ludwig von Schwielchs Erbenn.
- \* 17 Dietrich von Sadensiedt hauptmann zu Wernigerode. <sup>10)</sup>
- \* 18 Wilhelm Reisenstein zu Wernigerode. <sup>11)</sup>
- \* 19 Johann von der Aschenburg zu Neuendorf.
- 20 Jobst von Arnswaldt zu Berge.
- 21 Volkmar — Koete zu Kelbra
- 22 hans Friderich von Tütgerode zu Kelbra
- 23 Christoff von Arnswaldt zu Kelbra
- 24 Baltazar von Bendeleben zu Kelbra
- 25 Wilhelm von Bulferodt zu Kelbra
- 26 hans Hacken Erben zu Tullede
- \* 27 Eurd. vnd heinrich Bardt gebrüder zu Tullede vnd Bennungen <sup>12)</sup>
- 28 Christoff von Beringen zu Pattendorf
- \* 29 Adolarius sampt seinenn geuettern die Werrff hohenn Gossersiedt, Dixel Torge vnn Quirinns
- 30 Christoff vnn Moriz vnn Schmon gebrüder zu Grundorff

H 2

31 hans

- 
- 6) Von Hohn zu Wersiedt, welche Zehnten im Quedlinburgschen und Anhaltischen zu Lehn tragen.
  - 7) trugen Zehnten im Halberstädtischen zu Lehn.
  - 8) Hof zu Wernigerode, sonst auf der Südseite des Harzes begütert.
  - 9) wie auch N. 19. Viele Zehnten, Bursglehn zu Harzburg, als Lehn.
  - 10) Das Dorf Altenrode, Güter zu Reddebet, Langeln, als Lehn, ein Hof zu Wernigerode.
  - 11) Güter zu Winsleben und Darlingerode, auch in der goldenen Aue angeessen.
  - 12) Auch Besitzungen im Wernigerdischen.

- 31 Hans von Trebis zu Großen-Rehausen
- 32 Anthonius vnd Philips Knaut zu Ostermundra
- 33 Wolff Mulich zu Hadelleben
- 34 Merren von Rosenau
- 35 Hans Worm zu Woldermanshausen,
- 36 Christof von Rosenau Erben zu Wtleben
- 37 Heinrich von Sunthanen daselbst
- 38 Christoff Hans Caspar Cornelius von Kugleben  
zu Kuleben.
- 39 Hans von Schlotheim } zu Kuleben
- 40 Hans von Stockhausen }
- 41 Hillebrandt von Ebra zu Bilsa
- 42 Hans Heinrich vnd Georg von Schidungen
- 43 Günther von Wulfferodt zu Bthleben
- 44 George Wansen Amtman zu Langensalka
- 45 Heinrich von der Werna daselbst
- 46 Berthram von Wingigerode sampt seinen Bettern  
zum Bodenstein vnd scharffenstein
- 47 Wilhelm vnd Philips von Ebra zu offerungen
- 48 Wilhelm vnd Merren von Birgkau zu Breitingen
- 49 Ulrich Knauts Erben zu A (guesdorf)
- 50 Caspar vom Salz zu Ditte — — —

### Geistlichen

- \* 51 Apt zu Jssenburg
- \* 52 Probst zu Wakerlehe
- \* 53 Probst zu Drubick

### Redte der Städte

- 54 Stolzberg
- \* 55 Wernigerode
- 56 Kelsbra
- 57 Heringen
- 58 Neustadt
- \* 59 Elbingerode

Aus den Landtagsakten.

3.

Verhandlungen des Landtages zu Stolberg  
den 26. und 27. März 1640.

I.

Landtagsabschied vom 27. März 1640.

**A**uß die hochwollgeborne Graffen Vndt hern, herr  
Heinrich Ernst Vndt herr Johann Martin Graffen  
zu Stolbergk Werningeroda Vndt hohnstein u. hern  
zu Epstein. Mungenbergk Breubergk Alimond Lohra  
Vndt Clettenbergk, Vahrn Welchergestalt dern von  
Gott anuortrawten Graffschafft landen Vndt leüthen  
bey diesen hochgefehrlichen Kriegskleufften, allerseits  
große Dracksahln Vndt beschwernüssen obhanden stün-  
den, Insonderheit aber 170 eine Vnerischwindliche  
Summa so sich vff 5040 thlr Erenghsteuren Vndt 417  
thlr der Graffschafft Stolbergk zukommenden Resten,  
erstrecken thut, Von dero armen Vnterthanen vnd  
Vnuermügenden leuthen gefordert, auch in entstehung  
landesvorderbliche exécutiones Vnd andere Vnhermiez  
derbringlich Vnheill angedrauet wurden, insonderbahre  
hochvorstendige erwegung gezogen; Hierbey aber, wie  
diese Vnertregliche last abzuwelken, Vndt den Vorderb-  
lichen Vnheill occurriret Vndt remediret werden möchte,  
in landesveterlicher forasalt begriffen, Vnd derwegen  
der getreuen Landtschafft in der Graffschafft Stolberg bes-  
cheiden Vndt in fegenwarth J Gn. hn Graf Johann  
Märdten mit selbigen die wichtigkeit des — — Vnd  
der gefahr auch welcher gestalt heillsahme mittell er-  
griffen werden möchten in reife berathschlagung Vndt  
deliberation gezogen, So ist nach gehaltener heillsah-  
mer berathschlagung Vndt hinc inde der sachen erwe-  
gung, nach gethanen Vndt der Landtschafft Vorgetra-  
genen proposition, Vnd dero darauff erfolgeter erclerung  
Vndt discussion, Vor Diesesmahl reifflichen beschloßen  
Vndt concludiret worden.

h 3

1) Diez

1) Diemeill die gentliche erlasung der angeforderten Summa bey den Herrn Gouverneurs in Wollffenbüttell Vndt Magdeburgk ferner anzuregen, so verhaft als geschehlich gehalten, außer Diesem sie doch solches Wies der vff Churfürstl. Durchl. zu Sachsen Vorweisen würden, So soll bey Churfürstl. Durchl. eheste noch mahlige Vntertechnigte ansuchung Derowegen gethan, Vndt Weill Ihr. Churfürstl. Durchl. in dero iüngern rescript-anziehen, Das noch nicht bengebracht, ob vnnnd Was man Vff abschlag der Zu Leipzig bewilligten Kreyssteuren gegeben, Die Salische <sup>13)</sup> Vndt andere Liquidationes, doch das deren calculus nach der Keyß. Vndt Salischen ordinanz reduciret werde, extracts Weiß mitgeschickt Vnnndt nach anleitung nachgesetzten puncten solche ansuchung formiret werden.

2.

Vff den fall die gentliche erlasung nicht zuerhalten, Wie doch gezeweifelt Wird, soll doch eine erfrewliche erlasung Vndt erleichterung gebethen werden Vndt dabey die bey den andern Vndt dritten punct der consultation angezogene motiuen, rationes Vndt Vmbstende fleißig in acht genommen werden.

3.

Sollen ehestes tages Vnnndt sobaldt nur immers möglichsten dazu zugelangen, Weill periculum in mora Vndt die militärische execution zu besorgen, eine abschickung ahn den Hrn commandanten in wollffenbüttell maturiret, obengedacht Vndt bey 2. Vndt 3. consultations Punct angezogene Vmbstende Woll hinterbracht vnd fleißig gearbeitet werden, das man semel pro semper bey einem gewissen Vndt ertreglichen gelassen, oder doch

---

13) Durch ein Schreiben Ferdinand 3 von 23 Jan. 1639 wurden dem Generalfeldzeugmeister von Salis auf Stolberg und Wernigerode Quartiere angewiesen, deren Betrag an der nächst verwilligten Kreiskontribution abgezogen werden sollte. Wernig. Wochenblatt 1812. S. 70. ff.

doch die angabe Vff ein liederliches gerichtet, Vnd  
ahn Den vbrigen eine ahnsehnliche erlassung geschehen,  
Vndt damit bis nach Der erndte frist ertheilet werden  
müge.

4.

Die ausfallenden herben zubringen sollen nochmaln  
selbige ersuchet, ihnen ihre schuldigkeit für augen ge-  
stellet, sich zur billigkeit zu bequemen angemahnet,  
die ihnen aus ferner Widersetzigkeit entstehende Unge-  
legenheiten zu gemüth geführt werden, dabey Dan  
Die Umstände Vnd notiven bey den 4. Vndt 6. con-  
sultations Punct Woll zu attendiren sein werden,

Was aber in specie die Haringische von Adell  
sollen dieselben nochmaln vff einen gewissen tagt ehe-  
stets anhero beschieden vnd bey diesem Werck Umbzu-  
treten, vnd das ihrige zu praestiren angehalten werden.

Der Fürstl. fraw wittiben zu Heringen <sup>14)</sup> soll  
fürzlichen Vnd mit guten grunde remonstrirer werden,  
das das halbe Ampt heringen ohnmittelbar seine schul-  
digkeit zu diesen Vnd andern Reichs Vndt Kreissteuern  
abzutragen schuldig, auch Jederzeit abgetragen, da  
aber Ihr Fürstl. gn. solches in der Reichsmatricul deßen  
portion entledigen köntten, Were man dieses orths,  
baserne es selbigen ohne schaden Vndt Vffdemmung  
Woll zufrieden, hiergegen Wollte man auch, da aus  
Weiter tergieration einzige Niedrige Ungelegenheit  
entstehen möchte, daran entschuldiget sein.

Da dan einer Vndt ander orth Vff seinen gefasten  
Wiederwillen bestehen wurde, kan man nicht Umbhin  
den h. commendanten eine abtheilung was Jeden orthes  
nach portion der also Dan abgehandelten quotae Zu-  
komme zu vbergeben vund dahin sich zubearbeiten das  
deroselben portion Vndt antheil den andern nicht Vff-  
geleget, sondern iglicher bey seinem quota gelassen wer-  
den müge.

4

5. Die:

---

<sup>14)</sup> Clara Herzoginn zu Braunschweig Wittwe Graf Wilhelms  
von Schwarzburg hatte Heringen als Wittum im Besit.

Diemeill aber das beste mittell die Commendanten zu einer ansehnlichen Vnd erfreulichen erlassung zu disponiren geachtet Wirdt das man zur angabe eine suß bahres geldes zugleich bey handen habe, So soll zu vffbringung einer ertreglichen Summa alsobaldt ein Termin nach der anlage so vom Julio 1639 bis hieher in der Graffschafft gehalten Worden, ausgeschriben, Vndt noch vor Ostern von iedem orth erleyet werden.

Diemeill aber solcher zu obengedachter Summa Vnd nothwendigen Zehrungs Vndt andern Kosten nicht Zureichen will, Zu deme auch nicht alles Vff den hauß Vndt ackerman geschlagen Werden kan, als ist eine sonderliche anlage Vff alle Vndt iede in der graffschafft, auch die Jhr. greßl. gn. selbst zusiehende Scheffer Vndt Müller gemacht, dergestalt Vndt also, Das ieder Scheffer Von Jedem heubte Schafvieh, so sein Vnd nicht des eigenthumblichen hern, Durch die Bancklung vndt alt, darunter Doch die sauglinge nicht begriffen 8 Pf. geben Vndt binnen Ostern gewis erlegen, ein ieder müller von seinem eigen, ohne schaden vndt nachtheil des eigenthumbs hern, auch ohna abfürzung einziger Pacht von iedem wasserteichen gange. 1. Ducaten Von einem geringen Vff das Wenigste. 1. Reinscheren goldgülden geben Vndt binnen ebenmefziger Zeith ohnfehlbar erlegen sollen.

Hierbey aber ausdrücklichen bedinget, Vndt Wort behalten ist Vndt sein soll, ist auch der landtschafft Versprochen Vndt zugesagt das Dieses zu keiner nachtheiligen einführung Vndt consequentz gezogen, sondern nicht mehr Vndt weiter, als zu dieser landesnoth gemeiner Vndt angesehen sein solle, auch hinführo, Weder die Scheffer noch müller mit diesen Vndt derogleichen beschwert werden sollen, Zum andern das diesem Zuschuß die Scheffer Vndt Müller Von den ihrigen einzig Vndt allein, Vmb ihrer handtierung Vndt sicherheit willen, So sie Vnter dem greßl. Schuß Zugentessen, geben, Vndt Keinesweges den eigenthumbs Pacht oder trifft hern derowegen etwas zu Vndt abrechnen sollen.

Whe:



Wirkundlichen ist Dieser schluß einwilligung Und  
beredung in schriftten gedoppelt Versaget, Vff seiten  
Ihr. Ihr. hochtreff. an. gn. mit dem greff. Cangelen  
insiegell bedrucket, Vff seiten aber der Landtschafft mit  
dero anwesenden eigenhändigen Unterschrift Vndt Piz-  
schafft bestetiget. So geschehen am 27. Martij Anno 1640.

(L. S.) Greff. Stolberg Cangelen daselbst.

(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)
Erich Volckmar von Berlepsch wegen des ambts Kofla	hanß wilhelm Von Ebra	Bethman von Weidenbach

(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)
Georg Adolph von Bilaw	der Rath zu Stolberg	Ambt Hann.

## II.

Beitritt der Graffschafft Wernigerode zu den  
Landtagsbeschlüssen, den 1. April 1640.

**A**uff der Hochwohlgebornen Grafen vnd Herren, Herrn  
Heinrich Ernsten vnd Herrn Grafen Johan Martin,  
Grafen Zue Stolberg, Wernigeroda vnd Hohnstein,  
vnserer gnedigen Grafen vnd Herren gethane an. pro-  
position, Auch von Stolbergischem theil daruff gegee-  
bene vnterthenige erklerung vnd schluß, Auch vnser  
theils wegen der Graffschafft Wernigeroda, Vnser bes-  
denken vnd erklerung einZuebringen:

1. Ist man mit den ersten puncten einig
2. Wie auch mit dem Andern.
3. Ingleichen mit dem Dritten; Jedoch das niemans  
des wegen der Statt vnd Landes allhie mit  
Zuegezogen werde.
4. Was die Graffschafft Stolberg anlanget, werden  
Sie selbigen orts dahin bedacht sein, wie Sie die  
Ienige orte, so sich entziehen wollen wider herben  
brin-

Verhandlungen der Landstände der Graffschaft  
Wernigerode bei der Zusammenkunft  
am 7. Julius 1647.

Actum Wernigeroda den 7ten July ao 1647.

2t. Förster.

Ego.

**A**uß auff des Hochwohlgebornen Vns. gn. Hn. befehl  
die Landstände auff heutt Dato citirt worden, Erschienen von denselben, Diterich Johann von Gadenstedt, Simon Steidel Monachus wegen des Closter Wasserleers, Johann Bothe, Verwalter Zu Beckenstedt, Johann Hasenwinkel, conductor des Lichtenbeckischen Hoffß daselbst, Jost Gerlach wegen Schwicholts Hoff Zu Rinsleben, Augustin Simons Zu Langlum wegen des daselbst einhabenten Gadenstettischen Hoffß, Heinrich Westering wegen des Closter Drübeck Hoffß daselbst, wegen der Veltheimischen güter kam niemandt.

Reiffenstein ließ sich entschuldigen

Ingleichen das Closter Drübeck, dessen excusation Martinuß der schreiber anzeigte

Vndt wardt ihnen samptlich Vorgetragen.

Sie wußten sich Zu bescheiden, was zwischen der Herrschafft vndt dem Rath alhier in po contributionis militaris am Churf. Brandenburg. Hoff Zum Berlin eine Zeit hero vor differentien geschwebet, Indeme der Rath nicht mehr die Helffte onerum bellicorum sondern nur ein Drittel Zu tragen sich schuldig achten wolte, mitt furgeben das die Closter vndt Von Adel das ander, vnd die Dörffschafften, das dritte Drittel abführten müßten Ob nun wohl die heerschaft das Ihrige bißhero darhen gethan, so wolte es doch nicht attendirt werden, Solten derowegen die Clöster vnd von Adel dahin bedacht sein, wie sie einen Syndicum vnd Anwaldt Zum Berlin constituiren, vndt ihr nothurfft, so gut als Sie könden selbst aufführen möchten, denn wann ein widriges Urtheil erfolgen solte, so würde

würde die Herrschaft den Dorfschafftena, so wenig über ihren Drittheil beschweren können, als die Stadt sich über ihre Vermeinte Tertiam was wolte aufbürden lassen, vndt als dann wieder die Elbster, vom Adel vnd freyen exequiren müssen

Zum (2) were der Herrschaft nicht lenger gelegen, Anthon Gebhardten lenger auff ihren Kosten Zu halten Sie solten mitt ihm, wie vor diesen ihnen mehrmals angedeutet worden, seines unterhalts vnd salarii halben handlung pflegen, so genau als sie könten;

III

Paten Vmb einen abtritt, vndt als sie wieder einkommen, liesen sie durch den Münch anzeigen Sie weren nicht alle besammen, vndt könten die anwesenden, vnwissendt der andern sich nicht resolviren, Sie wolten sich aber fürderligst Zusammen vnterreden vndt weren erbötig vff anderweitt erfordern sich alsdann widerumb der gepür einstellig zu machen.

Nos.

hetten Vernommen was ihnen angemeldet, könten sehen, wie sie Jemandt bestelten vndt ihre sache ausführeten.

3 Seiten in Folio von der Hand des Sekretair Terhell.

6.

## Stolbergischer Landschafts - Receß

vom 21. März 1655.

Dem Hochgebohrnen Grafen und Herrn, Herrn Johann Martin, Grafen zu Stolberg, Königstein Rochefort, Bernigeroda und Hohnstein, Herrn zu Epstein, Münzenberg, Brenberg, Aligmond, Lohra und Glettenberg. 2c. ist unterthänig vorgetragen worden, was Dero getreue Ritter und Landschaft, bei gehaltener (Tagfarth,) welche Ihr H. G. End. am 19 hujus anhero bemeinet, Ihrer hiebevorn wegen Administration Dero Caksa, sowohl andern solcher Administration wegen, anhangenden Berichten eingebrachten Grayaminum  
erins

erinnern und daneben unterthänig suchen und bitten lassen. Wiewohl nun Ihr hochE. gänglich dafür gehalten, es sey durch die am 18 Xbr: 1653 bei dem dazumahl gehaltenem Vorbescheid ertheilte Resolution solchem allem albereit dermaßen überflüssig remediret, daß mit erheb. Bestande darüber nichts weiter unersütert einlauffen mögen: Damit aber dennoch um so viel desto weniger in Zweifel gezogen werden dürfte, ob auch in allem eine solche Vorsehung dadurch geschehen sey, daß inskünftige kein ferner weiter Zersahl hierob zu besorgen, Als haben mehr hochgedachte Ihr hochE. zu Bezeigung Ihrer Landesväterlichen und hochobrigkeitl. Vorsorge sich auf anderweitige Unmaßgebliche beschehener Remonstracion und Erinnerung noch fernerweit dahin declariret, resolviret und erklärt, wollen es auch von Dero getreuen Ritter- und Landschaft hinführo dergestalt gehalten wissen, daß 1) ein possessio- nirtes und qualificirtes subjectum in Ihrer Graffschaft zur Collectur bestellet, und weil hierzu Bürgermeister Hennig Oppermann vorgeschlagen worden, derselbe bis auf fernere Ordnung hierzu Kraft Ihrer hochtragenden Obrigkeit confirmiret, dieser aber, oder wer an seine Stelle sonst verordnet werden möchte, zurörderst in würckl. Pflicht Ihr hochE. Beyseyns oder Dero Deputirten oder Ausschusses von der Landschaft im Fall wider solche Persohnen von demselben nichts erhebliches zuerinnern genommen, und dahin befehliget und gewiesen werden, daß Er Ihr hochE. getreu, hold und gewärtig seyn soll, mit denen von der Ritterschaft und Landschaft erhobenen eingebrachten und zur Cassa gelieferten Geldern gebühlich und treulich zu verfahren, richtige Rechnung zu führen, dieselbe vor Ihro hochE. Regierung und Gegenwart der Deputirten jährl. abzulegen, gebührend zu justificiren, auch wann es begehret, und vor nöthia erfunden wird, deren Extract auszuantwortten, den Deputirten bei Ihrer Anwesenheit bezuwohnen, zu protocolliren, und was des Landes Nothdurfft erfordert, mit schreiben zu verrichten, auch deswegen einen Handschlag zu erstatten, und wann sich Restanten befinden werden, dieselben zurörderst

berst in der Güte zur Schuldigkeit anzumahnen und zu exerciren, in Entstehung aber gütlichen Abtrags eine Specification der Gräfl. Cangeln zu übergeben, und die darauff angeordnete Execution und befehligte Executores unverzüglich an die saumseel. oerter abzufertigen, woben gleichwohl die Bescheidenheit zu halten; daß wider die von Adel, so weit (mit) gerichteten und Unterthanen von Hochgräfl. Gnd. Herrschaft beliehen oder sonst von sich selbst von Reichs: Crayß und andern Anlagen bezweigl. gegen die Landsassen nicht exempt sind, Rittersassen, Freyen, und Städte, solche Execution und vorgehende ernstl. Excitatoria unmittelbarl. aus der Cangeln, wider die Amtsassen aber durch eines jeden Orths Amtmann, vermittelt seines Schultheißen oder Voigts, durch Auspfändung verfahren werden solle, damit auch (2) bei künftigen Nothwendigkeiten und allgemeinen Landes Deliberationen nicht nöthig sein möge die gesamte Ritter und Landstände singulatim zu erfordern, und dadurch nicht allein vergebliche größere Kosten zu verurfachen, sondern auch die Consultationes der allgemeinen Landes Nothdurfft desto mehr zu difficultiren, ist von mehr hochged. Ihro hochGnd. uf unterthäniges Ansuchen und Bitten einer getreuen Ritter- und Landschafft ein enger Ausschuß verordnet, und hiez zu Christian von Rixleben Hauptmann Johann Glesing, deme die Ritterschafft, Schrift: sassen und das Kloster Jlefeld, ihre Vollmacht diesfalls aufgetragen haben wollen, Bürgermeister Joh: Benjamin Grumbach zur Neustadt, und Heinrich Hattenhäuer, Landmann, Schultheiß aus dem Amte Hohnstein, dann Johann Friedrich von Bendeleben zu Berga, noie seiner unmündigen pfleg: Ebhne von Bendeleben zu Bennungen, und der Schultheiß daselbst aus dem Amte Rosla und wegen Düttgeroda Hans Wilhelm von Ebra zu Ulstrungen, und Andreas Gerboth aus dem Amt Hann, und wegen Dietersdorf und Wolffsberg, Bürgermeister Philip Gröling, wegen der Stadt Stolberg, Peter Bötcher aus dem Amte Quesenberg, und wegen der Dörfer Stempeda, Rodisheim, und Herrmannsacker der Schultheiß daselbst Hans Bornmann, deputiret worden, welche

welche sämmtlich sich mit förderlichsten anhero nachet Stolberg zusammen bescheiden, und nach der bishero gebrauchten fundamental-Repartition, so ihnen zugesellet werden soll, mit Zuziehung der Beamten und einer Gemeinden Communion in Städten und Dörffern, auch Bürgemeister, Schultheisen, Vorsteher und ältesten, und wen Ihr HochGnd. sonst hierzu verordnen werden, eine Revision voriger alten Anlage vor die Hand nehmen, aufs beste rectificiren adequiren und in ein förmlich Catastrum bringen, sodann von Ihro HochG. Gnd. uf eingelangten unterthänigen Bericht nochmals überleget und nach besonderer Gleichheit und Billigkeit authorisiret und bekräftiget werden möge. Und wann nun (3) nach solchem und hinführo Reichs = Erantz und andern Anlagen auch wohl etwa solche Collecten, welche die gemrine Ritter und Landstände willkührlisch abzuführen sich ereignen möchten, sollen ehe dann dergl. von Hochgräfl. Herrschaft ausgeschrieben und würcklich eingebracht werden, solcher obermeldter Aufschuß allemahl, oder im Fall es des Landes Rothdurfft erfordern wolte, die gesamte Ritterschafft und Landschaft erfordert, und sodann darauff das respective befundene, oder sonst von ihnen verwilligte Quantum, vermöge der Reichsabschiede, Constitutionen, Obersächs. Erantz = Schlusses, und andern in dieser Grafschafft üblichen Ordnungen, Observantien, und etwa vorhandenen Verträgen in eine richtige Abtheilung solchem revidirten Catastro nach, gemacht, und von Hochgräfl. Herrschaft ausgeschrieben werden; Auch sonst und (4.) mit keinen unndthigen Spesen ohne Vorberußt und Bewilligung solcher deputirten die Ritter und Landstände beschweret werden, es wäre dann Sache, daß eine so geschwinde und eilfertige Expedition vorfiere, daß damit ganz nicht zu säumen, noch einige Zeit vorhanden, solchen Aufschuß in aller Eilfertigkeit zusammen zu bringen, welchesfalls die Hochgräfl. Herrschaft, jedoch unbeschadet was bey dem ersten Punct für eine Vorsehung gethan worden, solche nach landesväterlicher Eorofalt und Billigkeit für sich selbst, oder vermittelst Ihrer Regierung auszuschreiben und zu verkündigen. Was aber

aber bey Versammlung solches Ausschusses von der Landschafft an Zehrungskosten alhier, Bothenlohn, und sonst zu des Landes nothwendigen, unumgänglichen allgemeinen Ausgaben fürfallen möchte, solches wird auf Hochgräfl. Gnaden Schein, oder da solcher, wegen Abwesenheit nicht zu erlangen, von Gräfl. Cansley und einer aus dem Ausschusse erteilten Signatur aus der Calsa nicht unbillig gefolget und damit in Rechnung bezeuget. Demnach auch bishero vielfältige Saumläßigkeiten in Einbringung der von HochGnd. Ausschreiben Anlagen verspühret worden, ist uf solchen Fall.

5.) Verordnet, daß wann an die von Adel, Ritter, Freyen und Städte von der Gräfl. Cansley, an die Amtsfassen aber von jedes Orts Beamten, monitoris, mit Erinnerung einer gewissen Zeit, erscheinen sollen, hierauff aber die collectirte sich mit ihrer Schuldigkeit nicht einstellig machen, wider die Schriftfassen aus der Cansley, und wider die Amtsfassen von den Beamten Executiones vermittelst Auspfändung ihres Viehes, und Erlegung der Drescher in ihre Scheuren vollstrecket, und das abgepfändete binnen 4 Tagen nach der Execution wieder gelöst, oder uf vorhergehenden Tax eines jeden Orts Schöppen verkauffet, von dem darauff gelöseten Gelde, zuörderst denen Executoribus ihre gesetzte Gebühr abgestattet, und das übrige zu Bezahlung der Collecte verwendet, auch da solche nicht zureichen sollte, mit der Auspfändung noch weiter auf Massen wie schon gedacht verfahren werden solle. Ferner und

6.) weil in dem 28. Xbr. 1654 getroffenen OberSächs. Crayß-Schlüssen, wegen nothwendiger Defensions Verfassung gemessene Provision gethan worden, und Ihr HochGnd. hierauff albereit gewisse Verordnungen, mit Bestellung eines officierers, dessen Salarirung uf 70 rthlr. an Geldte, samt nothwendiger fourage an Hafer, Heu und Stroh uf 2 Pferde, und andern albereit gethan haben so bleibt es dabey billig. So wollen auch

7.) die Getreue Landstände mit ihren dienstl. und unmaßgeblichen Erinnerungen, wegen einer Polizen-  
Deliquit Beitr. 2. B. J Ord:

Ordnung, jetziger Zeit laufft nach förderlichst, und zum längsten innerhalb 14 Tagen vom dato an in Unterthänigkeit einkommen, und sich sonsten allenthalben gegen das Hochgräfl. Haus Stolberg als ihre Lehns- und hohe Obrigkeit nicht anders als wie treuen Vasallen und Unterthanen zusetzet, eignet und gebühret, verhalten, Hochgräfl. Herrschaft aber Sie bey allen ihren hergebrachten Gerechtigkeiten und Freyheiten anädig manutenuiren und erhalten lassen wollen. Treulich ohne Gefehrde. Zu wahrer Urkunde dessen unter offgedacht Jhro Hochgräfliche Gnaden Hand und Secret solcher Landtags- Abschied ertheilet worden. So geschehen Stolberg am 21 Martii ad 1655.

(L. S.) Hans Mertin S. Stolberg.

Und Wir unten benahmte bekennen und versprechen hiezumit für Uns und im Nahmen einer ganzen Ritter- und Landschafft, allen also gehorsaml. nachzukommen. Treulich sonder Gefehrde. Dat. utf.

(L. S.) Hans Christian von Rixleben allein vor meine Unmündigen vor wegen Grimde- Hans Wilhelm von Ebra vor mich.	(L. S.) Johann Glaser roda.	(L. S.) Johst Georga Sie- gemeyer für sich und Herrn Wilden zu Bischofferoda.
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------

(L. S.) Johann Georg Ruperti Balher Lorenz von Wei- Amtman zu Hohnstein. denbach in Vollmacht meines Bruders.	(L. S.) Hans Friedrich von Bendeleben in Vormundschaft meines Vettern zu Bennungen.
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------

(L. S.)  
Daniel Wolf, Amtmann.

(L. S.) Philip Grubling	(L. S.) Hans Jacob Scharf Amtmann zu Hahn	Joh. Wolfram Lettenborn- scher Verwalter zu Roslo, in Mangelung meines Pertschafte,
----------------------------	-------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------

(L. S.) Hennig Oppermann Valentinus Gotthus	(L. S.) Heinrich Schmid wegen des Amtes Duesenberg	Johst Christoph Wagner Michael Wagner Land- manns Schulze in Man- gelung meines Pertschafte.
---------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------

(L. S.)  
Johann Benjamin Grumbach  
Neuere Abschrift.

7. Ver-



# Verhandlungen des Landtages in der Graffschaft Wernigerode von 1664.

## I.

Kurfürst Friderich Wilhelm zu Brandenburg Beglaubigungsschreiben für den Sekretair von Peine an den Grafen Henrich Ernst zu Stolberg, wegen eines Antrags auf freiwillige Beisteuer zu den damaligen Kriegsrüstungen. Berlin 5. Januar 1664.

Von Gottes gnaden Friederich Wilhelm, Marg Graff zu Brandenburg, des Heiligen Römischen Reichs Erß Cämmerer vnd Churfürst, zu Magdeburg, in Preußen, zu Göllich, Eleeff, Berge, Stettin, Pomern 2c. Herzog 2c.

Unsern gnädigen gruß vnd geneigten willen zuvor,

**S**ochwolgeborner Besonders Lieber vnd Getreuer: Es ist Euch vnd männiglichen mehr als zu bekant, in was große gefahr das Heilige Römisch. Reich Unser geliebtes Vatterland, durch den vom Erbfeind gegen die Römisch. Kayserl. Maytt 2c. vnd dero Rönigreich Hungarn angefangenen Krieg, vnd darauf gethane ansehentliche progressen gerahen; Gleich wie nun allen getrewen Patrioten, denen die sicherheit vnd wolfarth des Reichs zu hergen gehet, gebühren vnd obliegen will, nicht allein Ihrer Kayserl. Maytt 2c. vnd dem Reich dasjenige willfährig zu praestiren, was zu rettung der bedrengten Christenheit vnd dämpfung eines so mächtigen grausamen feindes ersprießlich sein kan, vnd bey gegenwertiger ReichsVersammlung zu dem ende deliberiret vnd geschlossen worden: Also will danehben die hohe noth erfordern, daß Wir, als der gefahr vnd denen feindlichen invasionibus am negsten gelegen, auf sorgfältige Verwahrung Unserer grenze, vnd beherrige Versehung Unserer Vestungen in zeiten bedacht  
3 2
sein:

sein: Und ob Wir zwar darunter bißhero Keine mühe noch Kosten erspahret; So will Uns doch solches in die lánge allein zu schwer fallen, insonderheit weil Wir ohnlángst allerhöchstged. Ihrer Kánslerl. Maytt zc. mit einem ansehentlichen subsidio an Wold vnd munition vnter die arme gegriffen, vnd dardurch Unsere Bestungen sehr entblóhet: Und weil Wir zu wiederanschaffung allerhand nothwendigen provision, diejenige so Uns mit Lehnspflichten vnd vnterthánigkeit verwandt sein, umb eine freywillige besteuwr anzusprechen auß obgemelter rhrfache veranlaßet worden, vnd dan zu Euch das sonderbahre gnádigste Vertrauen tragen, Ihr werdet Uns Ewre gegen Uns vnd Unsern Estat jedesmahl zu Unserm gnádigsten gefallen bezeugte devotion auch bey dieser gelegenheit im werck zu contestiren, vnd Uns mit einem erklecklichen subsidio vnterthánigst an Hand zu gehen geneigt sein: Als haben Wir Ueberbringern dieses Unsern Halberstáttischen Secretarium Johan Friederichen von Peine, an Euch abfertigen wollen, welches Euch Unsere intention mit mehrem hinterbringen wirdt: Und gesinnen Demnach von Euch gnádigst, nicht allein dessen anbringen vollkommenen glauben bezumessen, sondern Euch auch darauf dergestalt zu erklehren, wie Wir desfalls Unser sonderbahres Vertrauen zu Euch gerichtet; Worben Ihr Euch dan festiglich zu versichern, daß Ewre Uns bezeugende willsfáhigkeit Euch zu keinem praejuditz gereichen, noch in einige consequentz gezogen, sondern von Uns vielmehr mit allen Churfürstlichen guaden vnd günstigen willen, womit Wir Euch sonst auch allezeit wollgewogen vorbleiben, erkennet werden soll. Geben zu Eöln an der Spree d. 5ten January A. 1664.

Friderich Wilhelm Churfurst.

Dem Hochwolgeborenen, Unserm Besonders Lieben vnd Getrewen, Heinrich Ernsten, Grassen zu Stolberg, Kúrnaststein, Ritscheffort vnd Weernigeroda, Herrn zu Epstein, Múnzenberg, Braumberg vnd Niamund.

Urschrift auf Papier, auf drei Seiten. Das Siegel ist der Adler mit den kleinen Wappenschildern auf den Flügeln.

II. Aufz

II.

Auftrag des Grafen Henrich Ernst an den Rath  
Parthesius zur Versammlung der Landstände, wegen  
der freiwilligen Beisteuer für den Kurfürsten.

11. Jan. 1664.

Heinrich Ernst, Graff zu Stolberg Wernigeroda  
und Honstein zc.

Unsere gnädigen gruß zuvor, Ehrenbesten, und  
Hochgelahrter Rath und lieber Getreuer.

**W**as gestalt Churfürstl. Durchl. zu Brandenburg,  
unser gnedigster Herr, Uns gnedigst angelangt,  
Deroselben zu dem iegigen Türckischen Wesen mitt einer  
freywilligen beisteuer unterthänigst an Handt zu gehen,  
das ist auß dem einschlus mitt mehrern zu ersehen,

Wann dan zusorderst unsere unterthanen darüber zu  
vernehmen sein wollen, Als begeren Wir hiermitt gna-  
dig, wollet so woll den Rath beider unser Städte Werni-  
geroda, als die Landstände und etwa Geschworne  
auff den dörffern auff einen gewissen tag in unser  
Cansley vorkaden, ihnen dieses Ansinnen zu verstehen  
geben, und von ihnen vernehmen, wessen sie sich erklä-  
ren, wie viel sie zu geben, und wie baldt sie damit  
auffzukommen vermeinen, Zumahl der abgefertigte Se-  
cretarius keine auff künfftigen Montag mitt antwort  
verstehen sein will, und müssen wir auch eine gewisse  
resolution wissen, damitt S. Churfürstl. Durchl. Wir  
hinwiederumb unterthänigst beantwortten können. Daran  
beschiehet unsere meinung, und seindt euch mitt gnaden  
gewogen.

Datum Jlsenburg den 11ten January 1664.

Henrich Ernest Graff Zu Stolberg.

Dem Ehrenvesten und Hochgelahrten unserm Rath zu  
Wernigeroda und lieben Getreuen Johan Justo Par-  
thesio, beyder Rechts Doctorn.

Urschrift in gewöhnl. Form.

I 3

III. Um:

III.

Umlauf des Raths Parthesius an die Landstände  
zur Versammlung in der Kamlei,

12. Jan. 1664.

— — — einer hochimportirenden — — — lande  
angehenden sache sowoll — — — lich durch dero hals  
berstadtchen — — — Peyne einige gnad — — — gethan,  
darüber ihre hochgr. — — — ihrer getreuen Landstände  
vnd unterthanen — — — unterth. meinung einzunehmen  
— — — So haben dieselben uns gnädig — — — die  
Stende des ersten tages sohrzufordern — — — Churfürstl.  
Durchl. gnedigstes ansinnen vnd — — — ihnen sohrzutras  
gen, wan wir dan auff den nechstkunftigen freytag ist  
der 15 hujus die sache sohrzunehmen gemeinet So  
wollen wir die Stende in Gesambt, Als der in dieser  
graffschafft gelegenen Closter Administratoren vnd Ber  
waitere die vom Adel vnd dergleichen befrenete güter  
inhabere, Bürgermeister vnd Rath beider Städte Wernigerode, dan auch Biermannen vnd geschworne in flecken  
vnd Dörffern hiemitt peremptorie sohrgeladen haben, das  
sie gesetzten Tages morgens fur 9 uhr unausbleiblich zur  
Gr. Cangelen sich einfinden, den sohrtrag anhören, dan  
darüber sich mitt einander bereden, vnd nach gepflos  
gener deliberation sich eines gewissen vorgleichen vnd  
untertheniger gebühr sich erkleren wollen, Domitt ihrer  
Churf. Durchl. ihre hochgr. gn. mitt gehoriger antwort  
chstes unterthenigst begegnen mugen, dessen versehen  
wir uns Zu ihnen also, vnd seynd ihnen sambt vnd  
sonders freundl. zu dienen vnd zu willfahren erbdthig  
vnd gefliessen. datum Wernig. den 12 Jan. ao. 1664.

Ad mandatum illustrissimi Comitis et domini  
nostri subscripsit

Johan Justus Parthesius consili-  
Stolb. Wern.

Denen von der Ritterschafft vnd der adelichen stendt  
— — — hoffe dieser Graffschafft Wernigerode inhabern  
als insonderheit

dem

dem von Gadenstedt  
 dem von Veldtheim,  
 dem von Stoeckem  
 dem von Schwichholdt zu Minsleben

D. Jacob Haberstroh  
 Major Otleben zu Eylstedt  
 Johannes Bogdts sehl. Erben

— Christian Kreiffeln

3 denen Biermann zu Ilfenburg vnd im Reschenrohe

4 denen Geschwornen vnd Bawrmeistern  
 zu Eylstedt

Mynsleben

Langlen

Wasserleben

Beckenstedt

Drübeck

Olden vnd Derblingerohde sambt vnd sonders

5 dem Brandischen Verwalter zu Beckenstedt Georg  
 Philip Bothen dieses

Der urschriftliche Entwurf, am obern Theil zerstört.

#### IV.

Verhandlungen der gesammten Stände über das  
 freiwillige Geschenk an den Kurfürsten.

15. Januar 1664.

Actum Wernigeroda Frentagß den 15ten Januar  
 anno 1664.

Nachdem auff uns. gn. hñ. befehl die landtstende,  
 Stadt undt Dorffschaften vorbeschrieben, auff heute  
 Zuerscheinen vndt anzuhören was ihnen vorzutragen,  
 undt sich dem zu folge eingekelt  
 Verwalter des Closter zu Drübecke  
 Major Otleben

Dr. Hafferstrohe

Lieut. Borneman wegen Bogtß Erben

Reiffensteinischer Vormundt Eberhardt Frowin v. Hen-  
 rich Weber

## Capitain Kreyßel

Brandischer Verwalter zu Beckenstedt

Höher Simon Gadenstedtscher,

Baltin wilcken Veltheimischer Güter einhaber zu Langsum

Lüdecke Gerlach von Silstedt wegen Veltheimischer Güter

Von wegen des Rathß B. Klingaspor B Kunden Martin

Botnemann vndt Theodorus Mohr Rathß Secretarius

Biermann auf Reschenroda vndt Geschworne von den

Dorffschafften ingesämpft

Ist ihnen das von Churfurst Dlt zu Brandenburg an uns. ghu sub dato Coln am 5 Januarii 1664 abgange undt. durch Secretarium Johann Friderich von Peine eingeliffertes schreiben, worin S. Churfl. Dht eine freywilligae steuer zu behuff des Türckischen wesens, begeren, erdßnet, Vorgelesen, undt Sindt sich zulänglich Zuercleren ermahnet worden

Gesämpfte erschienenene Stände haben einen abtritt genommen, sich mitt einander zu unterreden wegen der landstände Zeigte Dr Hafferstrohe an, was massen sie sich erinnerten, Allein Sie konten nicht befinden wie solches wolte möglich sein, v. bedechten, das dieses ein solcher Krieg sei so nit allein Ihr Dht sondern das ganze Rom Reich betreffe, hetten ihres orths gethan, was sonst das ganze Rom Reich gethan vndt rbernommen hetten nit allein die 50 Romermonat, so kaiserl. Mantt. verwilligett, erleget, sondern auch erbtug waren, daß ubrige auch noch vollendtß zu erlegen wußten auch nit anderst als die Verfassung des Creises zu defension desselben, worunter Ihr Dht begriffen angesehen Also wurde Ihr Dht eo ipso damitt an die handt gängen uber das wußten sie nicht was künftlich mehr kommen wurde vnd würde ihnen unerschwinglich fallen

wegen der Stadt condescendiren Sie in negativam

1 wegen der grosten schuldenlast

2 were keine narung

3 die grose inquartirung so sie albereit erduldet vndt Sie über 15000 thlr. gecostet

4 weren sie mitt ansehendlichen retardaten der Römetz zuge dem Rom. Reich verwandt.

5 Müßen

- 5 Müßen die 50 romermonat bezahlen  
6 Fiele die CraißVerfassung auch beschwerlich.

Nos.

were zu bedenken, daß mann nit allein als ein immediat ober Sächsischer Craißstandt, sondern auch als ein Churß Lehennman zu consideriren were, derothalben mann nicht allerdings würde umbhin können,

Orig. Protokoll\* von der Hand des Mitkommiffarius  
Schr. Terhell.

## V.

Vorstellung der Stände an den Grafen Henrich Ernst, die freiwillige Beisteuer für den Kurfürsten abzuwenden. 15. Januar 1664.

Hochgeborner Graff,

Gnädiger Herr.

**W**aß E. Churfürstl. Durchl. zu Brandenburg 2c. unser allerseits gnädigster Herr / an E. Hochgräfl. Gn. eines freywilligen sublidij halber zu Vernehmung dero Bestungen gnädigst gesonnen, ist von E. Hochgräfl. Gn. anhero wolverordneten herren Rätthen uns mit mehreren vorgestellet worden. Ob wir nun zwar den beschetzten Vortrag mit unterthänigst undt unterthäniger Reverentz angenommen, auch nichts liebers wünschen möchten, als daß hochgedachter Sr. Churfürstl. Durchl. gnädigstem begehren unterthänigst von uns gelebet werden könnte: So hat sich dennoch bei hierüber angestellter reiffer deliberation befunden, daß die eufferste unmöglichkeit sey, den gehorsamsten willen, vorigo werckstellig zu machen. Den einmahl und was die arme bedrengte Stadt in specie betrifft, ist E. hochgräfl. Gn. gnädig wissend, unter was schweren Schuldenlast dieselbe steckt, und gleichsam ächzet, und daß man dieserwegen wo nicht möglichste Zahlung geschiehet, allenthalben anlegender arresten wegen, in größesten furchten stehen muß, Dagegen so auf dem Lande als in gedachter Stadt die liebe Nahrung leider sich von tagen zu tagen derog-

stald abschneidet, daß dem mehrern theill Bürgern und Einwohnern Bluthsaur wird, Ihnen und den Ihrigen, daß liebe tägliche Broht zuschaffen. So wissen ferner E. Hochgräfl. Gn. sich gnedig! Zuerinnern, waß vor ein großes wir vor Jahren zu Verpflegung der von mehr höchstgedachter S. Churfürstl. Durchl. unserm gnädigsten herrn gerichteter Reichs Arme hiebei tragen mußen, dadurch dan die Unterthanen in so großen abgang ihres Vermögens gerathen, daß 'es noch in vielen Jahren schwerlich Zuerlegen sein dürfte.

Wozu nicht weniger dieses kömbt, daß an denen zu Ofenbrück und Münster verwilligten Hundert Römmer Monaten, diese Graffschaft annoch mit einem großen quanto hinterstellig blieben, auf dessen eintreibung der Herr Reichs Pfennigmeister sub comminatione paratae executionis, nunmehr gahr hart dringet. Nicht zu gedencken, daß dabeneben die zu Regenspurg ohnlanast verwilligte 50 Römmer Monat pro praeterito et praesenti bezahlet, und dasjenige, waß bey neulichstem KreißTage zur defension dessen angeordnet, herbei geschaffet werden muß, auch nicht zu wissen stehet, waß etwa ins Künfftige noch ferner auf dem Reichs Tage und bey den Kreißen vor weitere Verfassung angeordnet werden möchte. Eines mehrern vor dieses mahl in geliebter kürze zugeschwigen. Wan nun solches alles E. Hochgräfl. Gn. sowol bewußt, daß eine lautere unnöht darob weitleufftige wordtführung zu machen. So gereichet an dieselbe unser unterthäniges inständigstes bitten, die gnädig geruhen wollen, es wol Zuerwegen, selbiges durch dero vielvermögenden umschlag mehr höchstermeldeter S. Churfürstl. Durchl. unterthänigst und beweglichst zu remonstriren, und dieselbe gehorsamst Zuerbitten, daß bei so hochbetrückter trangsahl dieselbe gnädigst geruhen wollen, uns arme Leüte mit sothanem unnützlich aufbringenden anmuhten, gänglich zu verschonen, Die hierunter erweisende hohe Churfürstl. Gnade, sind wir mit einem andächtigen inbrünstigem gebethe, vor S. Churfürstl. Durchl. und dero hochlöblichstes Churhaus, auch daß der Allerhöchste Sr. Churfürstl. Durchl. hochführende consilia alger  
meiner



meiner Christenheit zum besten, gnädigst befodern wolle,  
nebst sonst möglichsten unterthänigsten, doch gahr ge-  
ringen diensten in tieffester Demuht zuerkennen, so woll  
E. Hochgräfl. Gn. unterthänig Zuehorsahmen, Zeit  
des Lebens schuldiger dan schuldigst, Inmahken negst  
Götlicher getreuer empfehlung stets verbleiben

E. Hochgräfl. Gn.

Unterthänige Gehorsahme gesambte  
Landstände.

Wernigeroda den 15. January Anno 1664.

Im nahmen der gesamb-  
ten Freyen

Carl Ditleben

Jacob Haberstroh Dr. m. p.

Eberhardt Frohwein der  
vnmundiegen von Rief-  
enstein vormunder

Elias Friderici im Nah-  
men der Elbster.

Bürgermeister vndt Racht  
hierselbst

In Namen der Bierman  
im Röschenroda

Michel Ketmer

Im namen der Gemeine  
zu Ilseburg vnt Wä-  
serleben

harmen furher

Auf bitte der Anderen körp-  
schaften weil sie schrei-  
bents vnerfahren

Michel Ketmer

Dem Hochgebohrnen Graffen und Herrn Herrn Heinrich  
Ernstien, Graffen zu Stolberg, Königstein, Rütches-  
fordt, Wernigeroda und Honstein, Herrn zu Epstein,  
Münzenberg, Brenberg, Altmünd Lohra und Cletten-  
berg zc. Unserm gnädigem Graffen und Herrn zc.

Urschrift 4 Seiten auf Papier.

VI. Schrei-

## VI.

Schreiben der Stolbergſchen Rätthe zu Bernigerode an den Sekretair von Peine, worin dem Kurfürſten 1000 Thaler, als freiwilliges ſubſidium charitativum, zugeſichert werden. 22. Januar 1664.

Als dem hochgeb. unſerm gn. Er vndt Herrn, unterthenige relation von dem was am abgewichenem Montag zwifchen dem Herrn vndt hieſigem Hoffrath auch des Raths deputirten zu Sylſtedt tractiret vndt hinc inde angeführet worden, abgeſtattet, haben ſich ihre hochgr. Gn. endlich, Nachdem ſie die Landſchaft nochmals Zurath gezogen, dahin reſolviret, das Ihrer Churfürſt. Durchl. Zu unterthenigſten Ehren Sie als ein treuer Vaſall jedoch Ihr vndt dero nachkommen an dero hohen wohlhergebrachten rechten vndt freyheiten ohn einigen abbruch vndt praejuditz mitt ein Tauſend thlr an die Handt gehen, vndt auff ablangliche termine, wie ſchwere es auch bey dieſen kummerlichen Zeiten vndt überhaufften groſen beſchwerden, damitt hergehen wirdt, freywillig zu erlegen. Der unterthenigſten feſt geſetzten Zuverſicht, Seine Churf. Durchl. werde dieſes als ein freiwilliges ſubſidium charitativum annehmen, hieſiger armen unterthanen beſchwertten Zuſtand beherzigen, vndt ihrem gnädigſten erbiethen nach daſſelbe in keine conſequentz ziehen, noch zu einiger gerechtigkeit deuten, Sondern, mitt dergleichen abfordern unſern gn. Herrn Dero nachkommen vndt ihre unterthanen inſkünftige gänglich in gnaden überſehen vndt bei erſeſſlich hergebrachter libertet, gleich wie ihrer Churf. Durchl. hochſtlobliche Vorfahren gethan, gnedigſt ſchützen erhalten vndt geruhig verbleiben laſſen.

Wie nun ihre Churf. Durchl. in ihrem gnädigſten Zuſchreiben, deſſen ihre hochgr. gn. ſchon verſichert, der Hr. auch hoch conteſtirt, das es dergleichen gefehrliche meinung nicht hette, vndt ihrer gn. treugeſinnetes gemuht gegen ihre Churf. Durchl. daraus werde erkandt werden,

den, So haben wir fr. zubitten, ihrer hochgr. gn. unterth. freiwilliges erbiethen bey ihrer Churf. Durchl. vnd dero hohen ministris mit forhrstellung dieses schlechten orths unermugsamkeit auff's beste zu recommentiren, undt das oberwehnter massen ein versicherungsschein erfolgen inuge, allen muglichen fleis anzuwenden. ihro hochgr. gn. werden solche gonsfige Mühwaltung in allen gnaden, Dero Stende auch mitt wirklichen dank gegen den hern zu erkennen ohnvergeßend seyn, undt wir bleiben auch unsers orths dem H. angenehme dienste Zuerweisen allemahl willig vnd geflißen.

Wernig den 22 Jan ao 1664.

Gr. Stoltb. Räthe.

Urschriftlicher Entwurf.

## VII.

Kurfürst Friderich Wilhelm nimmt die von der Grafschaft Wernigerode angebotenen 1000 Thaler als ein freiwilliges Subsidium an, und versichert dem Grafen Henrich Ernst, daß diese willfährige Bezeigung keine nachtheiligen Folgerungen bewirken solle.

Berlin 9. Febr. 1664.

Von Gottes gnaden Friederich Wilhelm, Marg Graff zu Brandenburg, des Heptigen Römischen Reichs Erz Cammerer vnd Churfürst, in Preußen, zu Magdeburg, Cülich, Cleeff, Berge, Stettin, Pommern &c. Herzog &c.

Unsern gnadigen gruß in wolgeneigten willen zuvor, Hochwolgeborner, Besonders Lieber vnd Getreuer; Es hat Uns Unser Halberstädtischer Secretarius vnd Commisarius Johan Friederich von Peine mit mehrern unterthst. hinterbracht, wohin Ihr Euch wegen des respectu der Grafschaft Wernigeroda von Euch gesonnenen subsidij endlich erklehret; Wan Wir dan die  
von

von Euch offerirte Eintausend Reichsthr nicht allein gnädigst acceptiret, sondern auch darauf Ewre gegen Uns tragende beständige devotion mit gnädigstem wolgefallen verspühret; Als werden Wir nicht unterlassen solche Ewre willfährige bezeugung zu allen begebenheiten mit Churfürstl. Hulden vnd gnaden gegen Euch zu erkennen; Undt habt Ihr Euch darbey zu versichern, daß dieses alles in keine consequentz hiernechst gezogen, sondern die von Euch versprochene summe als ein freywilliges subsidium von Uns angenommen werden soll: Im übrigen werdet Ihr der zahlung halber Unsere fernere intention von vorgemeldetem Unserm Secretario mit mehrern vernehmen, vnd seind Euch schließlic mit Churfürstlichen gnaden in wollgeneigtem willen gewogen. Geben zu Edln an der Spree d. 9ten February Ao 1664.

Friderich Wilhelm Churfurst.

Auffschrift wie bei Ziffer I.

Urschrift auf Papier, zwei Seiten; das Siegel wie bei Ziffer I.

Inhalt

# Inhalt

des ersten Hefts des zweiten Bandes.

## Nachrichten zur Geschichte der Landstände in der Grafschaft Wernigerode.

§. 1. Vorerinnerung aus der allgemeinen Geschichte der Landstände in Deutschland.	Seite 1
§. 2. Älteste dunkle Zeit der Landstände in Wernigerode	13
§. 3. Erwähnung des Raths und der Einwilligung der Stände	16
§. 4. Verschiedene Stände der Einwohner in der Grafschaft	17
§. 5. Verpflichtung der Grafen, das Land und die Stände zu hören, deren Einwilligung zu erfordern	23
§. 6. Allgemeiner Stolbergischer Landtag von 1499; Bewilligung der Bierziese auf demselben	27
§. 7. Landtag von 1555. Bewilligung der Trankesteuer	33
§. 8. Weitere Verhandlungen	42
§. 9. Landtag von 1558	45
§. 10. Erster Landtag von 1560	51
§. 11. Zweiter Landtag des Jahres 1560	54
§. 12. Aufhören der allgemeinen Landtage	68
§. 13. Verhältnisse der Grafschaft Wernigerode	72
§. 14.	

§. 14. Landständische Versammlungen im Jahr 1640 . . . . .	Seite 75
§. 15. Versammlungen im Jahr 1647 . . . . .	77
§. 16. Versammlung im Jahr 1655 . . . . .	84
§. 17. Desgleichen 1664 . . . . .	84
§. 18. Wer war Landstand ? . . . . .	91
§. 19. Aufhören der landständischen Versammlungen . . . . .	94
§. 20. Uebersicht . . . . .	95

## B e i l a g e n.

1. Einige Verhandlungen des Stolbergischen Landtags vom 24 März 1555 . . . . .	97
2. Verzeichniß der Stolbergischen Landstände 1560 . . . . .	114
3. Verhandlungen des Landtags zu Stolberg den 26 und 27 März 1640 . . . . .	117
4. Vertheilung einer außerordentlichen Steuer, unter die Prälaten und Ritterschaft der Grafschaft Wernigerode 1640 . . . . .	123
5. Verhandlungen der Landstände der Grafschaft Wernigerode bei der Zusammenkunft am 7. Julius 1647 . . . . .	124
6. Stolbergischer Landschafts: Recesß vom 21 März 1655 . . . . .	125
7. Verhandlungen des Wernigerödischen Landtags von 1664 . . . . .	131

## Druckfehler.

§. 14. N. 14. Z. 10 v. o. muß das Eingeklammerte wegfallen:

